

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementpreis: 1,10 Mark pro Monat  
 Vierteljahr: 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat  
 Eingetragene in die Post-Zeitung-  
 Verzeichnisse. Unter Ausschluss für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2,50 Mark, für das übrige Ausland  
 4 Mark pro Monat. Postabonnements  
 rahmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erchelei Halle.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die festgelegte Anzei-  
 gelinie oder deren Raum 50 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Berichts-  
 und Besprechungsaussagen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte  
 Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellenangebote und Stellenanzeigen  
 das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 17. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Erneute Kämpfe um die Beherrschung des Dniestr.

## Die französischen Verluste bei Arras.

Berlin, 16. Juli. (W. T. B.) Im allgemeinen ist es nur schwer möglich, die Verluste des Gegners in einer größeren Schlacht einigermaßen richtig anzugeben. Da die französische Regierung es ängstlich vermeidet, die Verluste der Republik selbst bekannt zu machen, ist es von besonderem Interesse, diese wenigstens schätzungsweise festzustellen. Nach der Schlacht bei Arras ist von deutscher Seite ein Versuch dieser Art gemacht worden. Dabei wurden unter anderem auch die Aussagen der französischen Gefangenen verwertet, deren Truppenverbände an den Kämpfen beteiligt waren. Wie wir der „Gazette des Ardennes“ entnehmen, ist der Gesamtverlust der Franzosen an Toten, Verwundeten und Gefangenen in der Schlacht bei Arras nach dieser auf allen erreichbaren Unterlagen beruhenden gewissenhaften Feststellung wie folgt zu schätzen:

III. Armeekorps	15 000 Mann	XXXIII. Armeekorps	11 000 Mann
IX. „	6 000 „	XLVIII. Division	6 000 „
X. „	10 000 „	LIII. „	4 000 „
XVII. „	4 300 „	LV. „	3 500 „
XX. „	10 500 „		
XXI. „	8 000 „	Zusammen:	78 300 Mann

Vergleicht man diese Zahlen, die zweifellos ziemlich genau der Wirklichkeit entsprechen, mit dem Ergebnis, das die Kämpfe bei Arras für unsere Gegner gehabt haben, so kann man es durchaus begreiflich finden, daß die französische Regierung dem Volke die Größe der von ihm gebrachten Opfer zu verbergen sucht.



Karte zu den Kämpfen im Argonner Wald.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Der Tag war verhältnismäßig ruhig. In den Argonnen bei Marie Thérèse Kampf mit Bomben und Handgranaten. Zwei deutsche Angriffe, der eine gegen Hauteche Bouchée, der andere gegen Boureuilles wurden zurückgeschlagen. Auf der übrigen Front ist nichts zu melden, außer einigen Artilleriekämpfen, besonders nördlich von Arras, im Abschnitt von Quennevilles auf dem rechten Aisneufer, in der Nähe von Troyon, auf den Maas Höhen, in der Umgebung des Grabens von Calonne und in den Vogesen in der Nähe von Biffenbach.

Paris, 16. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Gebiete nördlich von Arras

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. Juli 1915. (W. T. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Am 14. Juli ist bei einem Angriff in der Gegend von Souchez ein Grabenstück südlich des Kirchhofs verloren gegangen.

Wiederholte Versuche der Franzosen, uns die in den Argonnen erstickten Stellungen zu entreißen, schlugen fehl. Die Stellungen sind fest in unserer Hand. Die gestern und vorgestern hart westlich der Argonnen geführten starken französischen Angriffe scheiterten gegenüber der tapferen Verteidigung durch norddeutsche Landwehr, die dem Feinde in erbitterten Nahkämpfen große blutige Verluste zufügte und ihm 462 Gefangene abnahm. — Seit dem 20. Juni haben unsere Truppen in den Argonnen und westlich davon mit kurzen Unterbrechungen erfolgreich gekämpft, neben dem Geländegewinn und der Materialbeute ist bisher die Gesamtzahl von 116 Offizieren 7 009 Mann französischer Gefangener erreicht worden.

Auf unserer an die Argonnen östlich anschließenden Front fanden lebhafteste Feuerkämpfe statt, feindliche Angriffe wurden mühelos abgewehrt.

In der Gegend von Leintren (östlich von Lunéville) spielten sich Vorpostengefechte ab.

Auf feindliche Truppen in Gerardmer warfen unsere Flieger Bomben.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Popeljan haben unsere Truppen die Bindau in östlicher Richtung überschritten.

Südwestlich von Solno und südlich von Przasnysz machten wir unter siegreichen Kämpfen weitere Fortschritte.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert. Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. Juli. (W. T. B.) Amtlich wird verkündet: 16. Juli mittags.

### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe am Dniestr dauern an. Die Versuche der Russen, unsere auf das Nordufer des Flusses vorgebrungenen Truppen durch heftige Gegenangriffe zu werfen, blieben ohne jeden Erfolg. Wir machten zwölf Offiziere und dreizehnhundert Mann zu Gefangenen und erbeuteten drei Maschinengewehre. — Bei der Erzwingung des Dniestrüberganges und in den darauf folgenden Gefechten fand das kärntner Infanterieregiment Nr. 7 wieder Gelegenheit, besondere Proben seines Heldentums abzulegen. — In der Gegend von Sokal kam es gleichfalls auf beiden Seiten zu regerer Gefechtsstätigkeit. Unsere Truppen nahmen stürmender Hand mehrere Stützpunkte, so das Benhardiner Kloster unmittelbar bei Sokal. — An den anderen Fronten blieb die Lage unverändert.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern war sowohl an der kustenländischen als auch an der kärntner Grenze eine erhöhte Tätigkeit der feindlichen Artillerie wahrzunehmen. — An der Dolomitenfront wurden mehrere italienische Bataillone, die unsere Stellung bei Nufedo und im Gemäl an der Straße Schluderbach-Feutstein angriffen, unter bedeutenden Verlusten abgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

war die Nacht ziemlich bewegt. Südlich des Carleuschlosses bemächtigten wir uns einer Reihe deutscher Schützengräben. Um Neuville, St. Vaaste und im Labyrinth Handgranatenkämpfe. In den Argonnen ist der Kampf auf das westlich des Waldes gelegene Gebiet beschränkt, wo wir gestern nördlich der Straße nach Servon vorrückten. Nach einer Reihe von Gegenangriffen gelang es den Deutschen, im Beauraingehölz wieder Fuß zu fassen. In dem West dieses Abschnitts ist die Lage unverändert. Zwischen Fay-en-Gaye und dem Priestertal wurde der Feind, der aus seinen Schützengräben herauszukommen versuchte, sofort durch unser Feuer aufgehalten.

## Preistreiberei und Höchstpreise für Nahrungsmittel.

Gleichzeitig mit dem Aufruf des Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften, den wir an der Spitze der 1. Beilage zum Abdruck bringen, geht uns folgender Artikel zu:

Wieder sind wir in einem wüsten Treiben für eine weitere Preiserhöhung eines wichtigen Nahrungsmittels. Wie es heißt, hat der Bundesrat die Absicht, die bisherigen Höchstpreise für Getreide heraufzusehen. Die landwirtschaftliche Presse nimmt die Mitteilung freudig auf; sie hält die Preiserhöhung für begründet im Hinblick auf die gesteigerten Produktionskosten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sofort, als diese Absicht bekannt wurde, in einem Protest gegen die in Aussicht genommenen Maßnahmen an das Reichsamt des Innern Verwahrung dagegen eingelegt, daß zu den allgemeinen Preistreibereien auf dem Lebensmittelmarkt auch noch unter staatlicher Autorität die Preiserhöhung eines der wichtigsten Volksernährungsmittels betrieben wird.

Die Eingabe wendet sich gegen die starke Uebertreibung, daß eine Sinaufführung der Preise mit den erhöhten Produktionskosten der Landwirtschaft begründet werden könnte. Die gegenwärtigen Höchstpreise für Getreide sind im November v. J. festgesetzt, wie von der Regierung ausdrücklich betont wurde, mit Rücksicht auf die hohen Preise im freien Verkehr. Man wollte nicht erheblich unter diese Preise gehen, um dem Handel eine schwere Schädigung zu ersparen. In der freien Kommission des Reichstags wurde von einem Vertreter der Landwirtschaft anerkannt, daß die Höchstpreise, die von der Regierung festgesetzt sind, reichlich hoch seien, die Landwirtschaft trage daran keine Schuld. Mittlerweile hat nun die Landwirtschaft während sieben Monaten diese ganz abnorm hohen Preise ohne jeden weiteren Einwand ruhig eingestekt. Aber der Appetit ist beim Essen gekommen; warum soll man nicht mehr verlangen? Die erhöhten Aufwendungen der Landwirte sollen die abermalige Steigerung begründen helfen.

Wenn wir auch zugeben, daß die Produktionskosten gestiegen sind, so ist das nicht in dem Umfange geschehen, daß nicht die gegenwärtigen Preise überreichlich dieses Mehr decken. Die vielfache Behauptung, daß höhere Arbeitslöhne gezahlt würden, trifft nicht allgemein zu. Wo es geschah, sind die Aufschläge sehr gering gewesen. Den großen Grundbesitzern sind im Frühjahr zur Ernte- und Feldarbeit aus den Gefangenenlagern Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, die sicher eine Erspornis an Arbeitslohn brachten. Die kleinen Landwirte haben sich durch erhöhte Zinsanspruchnahme der Arbeitskraft der Familienmitglieder durchhalten müssen, sie haben die empfindlichsten Opfer gebracht, besonders dann, wenn der Besitzer zum Heeresdienst eingezogen ist. Die hohen Preise konnten auch dem Kleinbesitzer am wenigsten zustatten, da sie Futtermittel zukaufen müssen, und dabei die sehr hohen Gerste- und Haferpreise zahlen. Sie klagen über die hohen Futtermittelpreise, die ihnen von den Großgrundbesitzern abgenommen werden. Die höheren Aufwendungen für Düngemittel, die von den Agrariern gesteuert gemacht werden, sind auch nur vorsichtig in Ansatz zu bringen. Chilisalpeter hat der Landwirtschaft für diese Bestellung überhaupt nicht zur Verfügung gestanden; Ammoniak und Kalziumstickstoff und andere künstliche Düngemittel konnten nur in sehr beschränktem Umfange Verwendung finden, da sie zu anderen Zwecken notwendiger gebraucht wurden. Es bliebe mithin nur Stalldünger übrig. Wirkliche Felder werden entstanden nur durch Mangel an Gespannen und im Hinblick auf einen infolge nicht ausreichender Düngung geringeren Ertrag. Dem Gespannmangel hat die Militärverwaltung in sehr vielen Fällen in der entgegenkommendsten Weise abgeholfen, und wenn auch der Ertrag der Ernte, beeinflusst durch die ungünstige Witterung, nicht als vorzüglich zu schätzen ist, so steht immerhin eine gute Mittelernte in Aussicht. Berücksichtigt man diese Verhältnisse, so dürfte für den Getreidebau mancher Großgrundbesitzer geringere Aufwendungen genügt haben, als in früheren Jahren, im übrigen aber der Mehraufwand sich in bescheidenen Grenzen gehalten haben.

Welche Preise sollen nun gegenwärtig maßgebend sein für die Erhöhung? Der Grundpreis im November v. J. wurde für Berlin auf 20 M. die Tonne festgesetzt. Nach dem Osten zu sind die Preise etwas unter diesem Betrag, nach dem Westen darüber hinaus normiert; außerdem ist für jeden Monat eine Steigerung von 3 M. festgesetzt, so daß wir jetzt einen Preis von 24 M. haben. Soll dieser Preis etwa für die Erhöhung als Grundlage genommen werden oder der Novemberpreis von 20 M.? Den höchsten Roggenpreis in den letzten zehn Jahren



erreichten wir im Jahre 1907 mit einem Durchschnittspreis von 133,2 M., den niedrigsten Preis 1904 mit 135,1 M. Biefach wurde im Vorjahre betont, daß, wenn der Höchstpreis auf 200 M. festgesetzt werde, der Landwirtschaft volle Gerechtigkeit widerfahren würde. Das wäre auch gegenwärtig der Preis, der alle Mehraufwendungen reichlich deckt. Also nicht Preiserhöhung, sondern Herabsetzung verlangen wir.

Wie wenig die Heraushebung der Preise begründet ist, beweist u. a. die Stellung, die Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Schöneberg, und Professor Bunk von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin in ihrer soeben erschienenen Schrift „Unsere bisherige und unsere künftige Ernährung im Kriege“ (Verlag von Friedr. Vieweg u. Sohn in Braunschweig) einnehmen. Sie machen besonders geltend: „Die Höchstpreise im vergangenen Herbst wurden unter dem Eindruck einer sachlich nicht gerechtfertigten starken Preissteigerung in den Vormonaten und in der Absicht, den Verbrauch an Brot (ohne Kontingentierung) zu mindern, so hoch angesetzt, daß eine weitere Erhöhung nicht statthaft erscheint. Nur wenn der Ernteertrag pro Hektar im Reichsdurchschnitt niedriger ausfallen sollte als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, also für Roggen niedriger als 17 Doppelzentner, für Weizen (einschließlich Spelz) niedriger als 20 Doppelzentner, wäre eine entsprechende Erhöhung der Höchstpreise ins Auge zu fassen. Zuschläge auf die bei Beginn des Erntejahres gültigen Höchstpreise dürfen aber keinesfalls wieder gewährt werden; sie würden einen Anreiz zur Verzögerung des Ausdruschs und zur Zurückhaltung der Getreidevorräte schaffen.“

Man wird den beiden Autoren nicht vorwerfen können, daß sie zu den Gegnern der Landwirtschaft gehören; um so bedeutungsvoller ist ihre Zurückweisung des weiteren Hinaufschraubens der Getreidepreise. Die Aufhebung des Reports würde schon eine mäßige Herabsetzung begründen. Nach dem Statistischen Jahrbuch betrug der Verbrauch an Roggen im Deutschen Reich im Jahre 1912/13 9 676 136 Tonnen. Nimmt man den Durchschnittspreis der letzten fünf Jahre für die Tonne Roggen mit 169,4 M. in Betracht und berücksichtigt, daß bei einem Preis von 220 M. die Tonne der Landwirtschaft für jede Tonne Roggen ein Betrag von 50,6 M. über diesen Durchschnittspreis zugute kommt, und rechnet man ein Drittel des Verbrauchs für die Verwendung der Landwirtschaft im eigenen Betriebe und Haushalt von dem Gesamtsumme ab, so würde sich bei dem Rest, der den übrigen Konsumanten zur Verfügung steht, für die Landwirtschaft ein Mehr von rund 326 Millionen als Revenüe ergeben. Ganz außer Berechnung bleibt dabei der Aufschlag, der für die folgenden Monate bei der bisherigen Preisfestsetzung 3 M. betrug und anscheinend auch wiederum bei der neuen Preisfestsetzung in Frage kommt. Daß eine solche Mehraufwendung nur allein für den Roggenbau die Landwirtschaft nachweisen kann, ist undenkbar. Selbst wenn diese Summe sich noch bei einem verminderten Konsum um einige Millionen erniedrigen würde, bleibt immer noch eine sehr respektable Summe übrig, daß von den Schwähreien, die Landwirtschaft bringe gegenwärtig Opfer, auch nicht das geringste Tatsächliche übrig bleibt. Wie es sich demgegenüber rechtfertigen läßt, anstatt einer Preiserniedrigung eine Preissteigerung einzuführen, ist uns unerfindlich und für das Gesamtinteresse der Nation in dieser ersten schweren Zeit ein Unternehmen, das eine Rechtfertigung nicht finden kann.

Nun leidet gegenwärtig die Bevölkerung nicht allein unter der hohen Preislage für Brot, es sind alle Lebensmittel fortgesetzt im Preise erheblich gestiegen und damit auch der Landwirtschaft Riesengewinne zugeflossen. Von einem Wohhalten in diesem Treiben kann keine Rede mehr sein.

Wir zitieren folgende Tabelle des „Reichsanzeigers“ vom 29. Juni d. J., die die Preise aus 50 Großstädten im Kleinhandel angibt, die im Mai 1914 gegenüber dem gleichen Monat 1915 notiert wurden:

	Mai 1914		Mai 1915		Mitteln Aufschlag:
	ein Kilogramm		ein Kilogramm		
Erbsen	39,9 Pf.	123,6 Pf.	+ 83,7 Pf.	= 209,8 %	
Speisebohnen	45,1	128,4	+ 83,3	= 184,7	
Linzen	55,0	160,4	+ 105,4	= 191,6	
Erdäpfeln	7,6	14,0	+ 7,3	= 96,1	
Butter	261,4	334,4	+ 73,0	= 48,0	
Weizenmehl	37,4	55,2	+ 17,8	= 47,6	
Roggenmehl	29,2	48,2	+ 19,0	= 65,1	
Weißbrot	52,8	71,4	+ 18,6	= 35,2	
Roggenbrot	28,2	43,1	+ 14,9	= 52,8	
Reis	48,6	122,0	+ 73,4	= 151,0	
Kaffee	308,2	335,6	+ 27,4	= 9,0	
Zucker	50,1	58,2	+ 8,1	= 16,2	
Gerstengraupe	48,6	115,7	+ 72,1	= 148,4	
Bollmilch I.	20,9	24,3	+ 3,3	= 15,8	
Eier Stück	7,2	11,6	+ 4,4	= 61,1	

In der folgenden Tabelle stellen wir die Fleischpreise in den gleichen Monaten gegenüber und zwar Feststellungen in Berlin, die in den monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise von Herrn Richard Calver herausgegeben sind:

	Fleischpreise in Berlin		Mitteln Aufschlag:
	1 Kilogramm		
	Mai 1914	Mai 1915	
Rindfleisch	156 Pf.	211 Pf.	+ 55 Pf. = 35,3 Proz.
Kalb- und Schweinefleisch	185	255	+ 70 = 37,8
Schweinefleisch	154	303	+ 149 = 96,8
Schweinefleisch	175	342	+ 167 = 95,4
Schweinefleisch	167	357	+ 190 = 113,8
Sammelfleisch	177	259	+ 82 = 46,3

Fast alle diese Preise sind im Monat Juni und Juli weiter in die Höhe geschwenkt, besonders die Fleischpreise, so daß, wollte man in den Ernteerträgen die Zuwendungen, die aus diesen Preissteigerungen der Landwirtschaft zufließen, noch berechnen, um einige Milliarden die Bevölkerung mehr für Lebensmittel zahlen müßte, als zu normalen Zeiten.

Der menschlichen Ernährung bedenkliche Prämie auf die Verfütterung dieser und anderer Nahrungsmittel. Die Schweinepreise müssen deshalb auf einen mit dem Preise der Futtermittel harmonisierenden Wert herabgesetzt werden. Einem Höchstpreis von 220 bis 237 M. für Gerste entsprächen Schweinepreise von 60 bis 65 M. Lebendgewicht. Es dürfte daher schon einen ausreichenden Gewinn des Produzenten bedeuten, wenn die Höchstpreise für ausgewäskete Schweine vom 1. Dezember ab auf 70 bis 75 M. festgesetzt würden. Der Uebergang von den jetzigen hohen Preisen müßte allmählich erfolgen. Sollte zu diesen Höchstpreisen eine bescheidene Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung durch freihändige Verkäufe zu erzielen sein, so müßte den Gemeinden ein wirksames Enteignungsrecht gewährt werden. Durch ein solches Enteignungsrecht könnte auch einer übermäßigen Zuzugung von Nahrungsmitteln an Schweine erfolgreich vorgebeugt werden.

In Anbetracht all dieser Umstände die Getreidepreise erhöhen, wäre eine Maßnahme, die alle Rücksichten auf die ärmeren Volksklassen beiseite schiebt. Die Viehpreise sind heute nahezu an das Doppelte des hier berechneten Preises angelangt. Wir müssen Höchstpreise auf dem Viehmarkt haben, und ebenso notwendig ist die Herabsetzung und Festlegung von Höchstpreisen für Hülsenfrüchte, deren hohe Preislage für die neue Ernte jede Berechtigung verloren hat.

In der Milchversorgung drohen uns fortgesetzt Preissteigerungen und Milchknappheit. Bei den hohen Butter- und Käsepreisen wird mehr Milch als sonst für die Herstellung dieser Nahrungsmittel verwandt und die Milch dem Konsum entzogen. Die Folge ist ein Mangel an Milch. Die Preise für Käse sind um 50 bis 100 Proz. gestiegen. Würde Magermilch für die Käsebereitung allgemein verbraucht, so ließe sich gegen eine gesteigerte Produktion nichts einwenden. Das ist aber nicht der Fall, es wird viel Vollmilch verarbeitet.

Die weitere Preissteigerung für Milch ist geradezu gemeingefährlich, denn es wird damit die Verwendung eines unentbehrlichen Nahrungsmittels den Kindern der minderbemittelten Volksklassen entzogen oder doch eingeschränkt. Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, welche schweren Schädigungen in der Ernährung der Kinder damit verbunden sind.

Längst wäre hier eine Festsetzung von Höchstpreisen für Butter, Käse und Milch notwendig gewesen. Wenn es dem Bundesrat mit der Sicherung der Volksernährung ernst ist, darf er nicht mehr achtlos an den Preistreibern auf dem Lebensmittelmarkt vorübergehen, noch weniger darf er denen Gehör schenken, die von diesen Preistreibern noch nicht befriedigt sind.

In erfreulicher Weise haben in Württemberg und Bayern zwei Militärkommandanten Verfügungen erlassen, die denjenigen Strafen androhen, die in wucherischer Weise die Preise für Lebensmittel festsetzen. Das Beispiel scheint uns zur Nachahmung sehr empfehlenswert; aber es genügt nicht allein, auf diesem Wege den Wucher zu fassen, ihm kann durch eine verständige Höchstpreispolitik das Betätigungsfeld entzogen werden.

Das wäre die Aufgabe des Bundesrats!

## Westlicher Kriegsschauplatz. Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 16. Juli. (W. L. B.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: Der Feind begann, nachdem er am 14. Juli im Norden in der Gegend von Riga und Schawli Verstärkungen erhalten hatte, von Gasenpot auf Goldingen sowie im Abschnitt Schruden—Popelany vorzurücken. Unsere Kavallerie und Vorhut halten den Feind bei den Uebergängen über die Flüsse Windau und Wenta und in anderen günstigen Stellungen auf. In der Gegend jenseits des Niemen eröffnete der Feind in der Nacht zum 14. Juli auf breiter Front Artillerie- und Geschützfeuer, ergriff jedoch nur mit kleinen Infanterieabteilungen die Offensive, die überall zurückgewiesen wurde. In derselben Nacht schlugen wir einen Teilangriff in der Richtung von Lomza ab. Am rechten Ufer der Bissa und an beiden Ufern der Sjkwa hat sich nichts geändert. Der Feind, welcher tags zuvor, allerdings mit ungeheuren Verlusten, einige Schützengräben genommen hatte, erneuerte am 14. Juli seine Angriffe nicht. Zwischen den Flüssen Orzhe und Ufra nehmen unsere Truppen eine Front südlich von Prasnys ein, wo wir am 14. Juli mehrere Angriffe abwießen. Am linken Weichselufer keine Aenderung. Zwischen Weichsel und Bug unternahm der Feind mehrere gesonderte Angriffe, die durch unser Feuer zurückgeschlagen wurden. Am Bug und an der Blota—Dipa fand kein erster Zusammenstoß statt. Am Abend des 13. Juli ergriffen österreichisch-ungarische Truppen im Abschnitt Resvika—Orna die Offensive. Der Feind greift unsere Brückenköpfe am rechten Ufer in der Gegend von Kuminowoc—Kolanli an und überschreitet den Dnjepr in den Gegenden von Jwanie—Jojawa und Kocielniki—Sinkow. Unsere Artillerie beschloß am 14. Juli an mehreren Punkten mit Erfolg den Feind während des Ueberganges über den Fluß und zwang ihn an einigen Stellen, den Uebergang aufzugeben. Der Kampf dauert fort.

## Ein Eingeständnis der russischen Militärbehörde.

Der folgende russische Geheimbefehl ist in deutsche Hände gefallen:  
Geheimbefehl des Generalkommandos XII. Armeekorps vom 29./12. Juni 1915, Nr. 181.  
An den Kommandeur der 12. Inf.-Div.  
Das Generalkommando befiehlt, von den eingehenden Briefschaften alle geschlossenen Briefe zurückzuhalten, besonders solche, die aus dem Ausland kommen, weil diese in letzter Zeit Mitteilungen darüber enthalten, daß es die Soldaten in der Gefangenschaft sehr gut haben. Solche Mitteilungen dienen dazu, unsere Soldaten zu verführen. Es wird daher befohlen, alle derartigen Briefe unter strenger Geheimhaltung an den Leutnant im Korpsstab Jomajlow abzuliefern.  
Gemäß telegraphischen Befehls des Stabes VIII. Armee Nr. 28514.  
Unterschieden: Generalmajor Danilow.  
Für die Richtigkeit der Abschrift: unleserlich  
Hauptmann und Regiments-Adjutant des 46. „Dnjep“ Infanterie-Regiments.  
5./18. Juni 1915. Journal Nr. 7.  
An den Führer der 8. Kompanie.  
Auf Befehl des derzeitigen Regiments-Kommandeurs beifolgende Abschrift zur Kenntnis und sofortigen genauen Ausführung.

Alle angekommenen Mannschaftsbriefe sind sofort Seiner Hochwohlgeboren unter strenger Geheimhaltung auszuliefern.

Unterschrift: unleserlich.  
Hauptmann und Regiments-Adjutant des 46. „Dnjep“ Inf.-Regiments.

Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit geht aus diesem Befehl hervor, daß alle von russischer Seite vorgebrachten Beschuldigungen über schlechte Behandlung der Gefangenen in Deutschland und Oesterreich bewährte Lügen sind und daß an den maßgebenden russischen Stellen zweifellos Klarheit darüber herrscht, wie gut die Gefangenen bei uns tatsächlich behandelt werden. (W. L. B.)

## Russische Kriegsmaßnahmen.

(W. L. B.) Eine im Bezirk Solal (Galizien) erlassene russische Bekanntmachung zeigt davon, wie die Russen in den besetzten Gebieten ihr Herrrecht ausüben. Es heißt da:

### Bekanntmachung.

Im Sinne wiederholt bekanntgegebener Verfügungen befehle ich die sofortige Ausführung folgender Maßnahmen:  
Alle Einwohner in Stadt und Land sind zur Auswanderung in die bereits bezeichneten Gebiete des Gouvernements Polhynien verpflichtet.

Alle landwirtschaftlichen Geräte, Bauernwagen und alle beweglichen Sachen, die bei der Auswanderung nicht mitgenommen oder transportiert werden können, müssen vernichtet werden.

Ebenso sind alle Vorräte an Brot, Getreide und Mehl, die von der Bevölkerung nicht mitgenommen werden können, zu verbrennen.

Die Bevölkerung der auswandernden Gemeinden hat sich den Anordnungen des bevollmächtigten Gemeindevorstandes zu fügen. Dieser ist verpflichtet, ein Familienregister, enthaltend alle Personen — Kinder und Erwachsene — aufzustellen zwecks richtiger Verteilung der staatlichen Unterstützung.

Das Bürgermeisteramt eines jeden Ortes hat den Tag des Abmarsches der Einwohner bekannt zu geben.

Verde und Vieh müssen mitgenommen werden. Sollte jemand zur Mitnahme seines Viehes nicht imstande sein, so hat er es anderen Auswanderern zu übergeben.

Wer sich weigert auszuwandern, wird mit allen Mitteln zur Auswanderung gezwungen. Die Auswanderer haben sich unbedingt und ausreichend mit Lebensmitteln zu versehen.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden auf das strengste bestraft.

Solal, am 11./24. Juni 1915.  
Vorstand des Solaler Bezirkes.  
gez. M. Dziejau.

## Der italienische Krieg.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 16. Juli. (W. L. B.) Bericht der Heeresleitung. Im oberen Cadoretale, wo unsere Angriffstätigkeit sich planmäßig entwickelt, dauert die Beschließung und Zerkörung der feindlichen Befestigungswerke von Pläziewie und Landro mit günstigen Ergebnissen fort. Eine Batterie auf dem Kautkofel östlich von Landro wurde teilweise zerstört. Erkundungen unserer Infanterie stießen bis zum Seikofel und zum Burgstaller Kamm im obersten Sektoral vor, wo sie Zusammenstöße mit dem Feinde hatten, die für uns günstig verliefen. Im Falzaregogebiete kletterte eine Infanterie-Abteilung durch einen Kamin, der für unersteigbar gegolten hatte, und bemächtigte sich in der Nacht zum 14. Juli durch einen Ueberfall des Falzaregogipfels. Die Abteilung warf den Feind, der einen Gegenangriff versuchte, zurück und brachte ihm schwere Verluste bei. An den übrigen Teilen der Front ist die Lage unverändert.

Gezeichnet Cadorna.

## Der türkische Krieg.

### Neue Dardanellenkämpfe.

London, 16. Juli. (W. L. B.) General Hamilton meldet von den Dardanellen: Der britische rechte Flügel und das rechte Zentrum begannen am 12. Juli früh den Angriff. Das Gefecht dauerte den ganzen Tag. Die Truppen, die daran teilnahmen, unter ihnen ein französisches Korps, eroberten zwei stark befestigte Laufgrabenlinien. Der rechte Flügel der feindlichen Linien wurde ebenfalls angegriffen und die erste Laufgrabenlinie mit Leichtigkeit genommen, nachdem die vorausgegangene Beschließung guten Erfolg gehabt hatte. Danach nahmen unsere Truppen die zweite Laufgrabenlinie, wobei wir 80 Gefangene machten. Bei Einbruch der Dunkelheit wurde die Linie ungefähr 400 Meter von unserer ursprünglichen Stellung besetzt. Im Laufe der Nacht vom 12. zum 13. Juli wurden zwei Gegenangriffe abgeschlagen. Der britische rechte Flügel war jedoch offenbar so weit vorgebrungen. Die Türken veranstalteten einen wohlgeleiteten Angriff mit Handgranaten und eroberten einen Teil der Laufgräben zurück. Da die Stellung von wesentlicher Bedeutung für die Sicherheit der Linie war, wurde eine Brigade der Marinemedivision, unterstützt von französischer Artillerie, vorausgeschickt. Sie eroberte die Laufgräben, während die Franzosen inzwischen bis zur Mündung des Kerebesderez vordrangen und die neue Stellung mühsam in der Hand behielten. In der Nacht vom 13. auf den 14. hatten die feindlichen Gegenangriffe keinen Erfolg. So wurde das ganze ursprüngliche Ziel des Angriffs erreicht, abgesehen von einer ungefähr 360 Meter breiten Linie, die noch in den Händen der Türken ist.

London, 16. Juli. (W. L. B.) Amtlich wird mitgeteilt, daß die britisch-französischen Streitkräfte an den Dardanellen am 12. und 13. Juli nach heftigen Kämpfen eine Anzahl türkischer Laufgräben genommen haben. Der Geländegewinn beträgt zweihundert bis vierhundert Meter. Es wurden vierhundertzweiundzwanzig Gefangene gemacht. Die Franzosen haben ihren äußersten rechten Flügel bis zur Mündung des Flusses Kerebesderez vorgehoben.

Der französische Tagesbericht vom 16. Juli meldet über die Dardanellenkämpfe:

An den Dardanellen griffen am 12. und 13. Juli das Expeditionskorps des Orients und der rechte Flügel der englischen Truppen die türkischen Stellungen an und nahmen mehrere Linien von Schanzwerken ein. Die erste Linie auf dieser ganzen Front wurde am Vormittag des 12. Juli, die zweite am Ende des Tages durch einen wunderbaren Sturm der Quaden und Fremdenlegionäre genommen. Am folgenden Tage wurden neue Fortschritte an mehreren Stellen gemacht, und das untere Kerebesderez besetzt. Wir machten mehr als 200 Gefangene, unsere Verbündeten 150 Gefangene. Die Verluste des Feindes, der von der Artillerie oft in dichten Aufstellungen überrascht wurde, waren außerordentlich schwer. Die Marine beteiligte sich mit Erfolg



an den Operationen, indem sie Aschababa an der asiatischen Küste beschloß.

Athen, 16. Juli. (B. Z. B.) Aus Mytilene wird gemeldet, daß die Engländer und Franzosen täglich achthundert Gewundete von den Dardanellen nach Marseille und Alexandria abschickten.

## Die Armenier gegen die Türkei.

Konstantinopel, 16. Juli. (B. Z. B.) Die kaiserliche Regierung hatte seinerzeit die Maßnahmen bezüglich der Entfernung der Armenier aus den Gebieten bekanntgegeben, wo ihre Anwesenheit als schädlich und als gefährlich für die innere Sicherheit und Ruhe und für die nationale Verteidigung betrachtet wurde. Unsere Feinde haben darin einen neuen Vorwand entdeckt, um die öffentliche Meinung gegen uns zu bearbeiten. Ihre Zeitungen, wie die der neutralen Länder, die sie für ihre Sache zu gewinnen vermocht haben, bemühen sich, die Wahrheit zu verschleiern, indem sie sorgfältig alle Tatsachen, welche diese Maßnahmen betreffen, entstellen und behaupten, das armenische Element sei trotz seiner vollkommenen Unschuld in seinen elementarsten, natürlichsten und heiligsten Rechten geschädigt. Die dringende Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der Haltung, die die kaiserliche Regierung gegenüber den revolutionären Armeniern einzunehmen sich gezwungen gesehen hat, ist jedoch nicht zu bestreiten.

Die Ereignisse geben unseren Militärbehörden täglich neue Beweise für das Vorhandensein eines seit langem vorbereiteten und beschlossenen Planes, den die Armenier pünktlich auszuführen forschten, indem sie auf der Seite der Russen gegen uns kämpften.

Diese geschwindige und umstürzlerische Losungsbewegung, die bis in die letzte Zeit nur bei der Front und in den benachbarten Gebieten festgestellt wurde, hat sich plötzlich bis in unsere Stappellinien ausgedehnt. So überfielen am 2. Juni a. St. 500 bewaffnete Armenier, welchen sich Fahnenflüchtige desselben Stammes angeschlossen hatten, die Stadt Chark Karahissis und griffen die muslimanischen Viertel an, wo sie sämtliche Häuser ausplünderten. Sie verbarrikadierten sich dann in der Zitadelle der Stadt und beantworteten die väterlichen und vorläufigen Ratschläge der örtlichen Behörden mit Gewehrfeuer und Bomben, wodurch 150 Zivil- und Militärpersonen getötet wurden. Der letzte Vorschlag der Regierung, der auf die Unterwerfung ohne Blutvergießen abzielte, ist erfolglos geblieben. Unter diesen Umständen sahen sich die Behörden gezwungen, Gesandte gegen die Zitadelle zu senden, und dank dieser Zwangsmassnahmen ist es gelungen, dieser Rebellion am 20. Juni Herr zu werden. Ähnliche revolutionäre Bewegungen, die hier und da ausbrechen, zwingen uns, an unseren verschiedenen Grenzen unseren Armeen Kräfte zu entnehmen, um sie zu unterdrücken. Um diese Unannehmlichkeit zu vermeiden und die Wiederholung von Ereignissen zu verhindern, bei welchen neben den Schuldigen auch die unschuldigen und friedliche Bevölkerung bedauernswerten Schaden erleidet, mußte die kaiserliche Regierung gegen die revolutionären Armenier gewisse vorbeugende und einschränkende Maßnahmen treffen.

Infolge der Ausführung dieser Maßnahmen sind diese Armenier aus den Grenzorten und den Gebieten, wo Stappellinien eingerichtet sind, entfernt worden. Somit sind sie dem mehr oder weniger wirksamen Einfluß der Russen entzogen und sind dadurch außerstande gesetzt, den höheren Interessen der Landesverteidigung zu schaden und die innere Sicherheit zu gefährden.

## Belästigung des griechischen Handels.

Athen, 16. Juli. (B. Z. B.) Die Belästigung des griechischen Handels seitens der Engländer dauert fort. Griechische Schiffe wurden beschlagnahmt, verschleppt und untersucht trotz der von Lord Crewe abgegebenen Versicherung. Die Presse behauptet, die griechische Regierung bereite eine neue energische Protestnote vor.

Rom, 16. Juli. (B. Z. B.) Die „Tribuna“ erhält aus Udine die Nachricht, daß die Engländer scharfere Maßregeln gegen im Adriatischen Meere befindliche griechische Schiffe anzuwenden drohen; so sei der griechische Dampfer „Ares“, mit Waren aus Marseille und Neapel nach Saloniki bestimmt, nach Verlassen des Piräus auf hoher See von einem englischen Kreuzer angehalten und zwecks Untersuchung der Ladung nach der Bucht von Dubrov gebracht worden, ebenso der griechische Dampfer „Zenobos“, der erst nach eingehender Untersuchung nach 24 Stunden von den Engländern wieder freigegeben worden sei.

## Der Seekrieg.

### Auf eine Mine gestossen.

Calais, 16. Juli. (B. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Der Dampfer „Newport“ stieß in den Gewässern von Calais auf eine schwimmende Mine und sank. Die Besatzung von sechs Mann ertrank.

## Der Krieg und die Kolonien.

### Kämpfe in Kamerun.

London, 16. Juli. (B. Z. B.) (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Der Staatssekretär für die Kolonien erhielt ein Telegramm von der Regierung von Nigeria, wonach am 29. Juni die Alliierten Ngaundera, eine wichtige Stadt Zentralkameruns, besetzt hätten. Die Verluste der Alliierten betrügen 2 Mann an Toten und 8 Mann an Verwundeten.

### Zur Rede Poincarés.

(Amtlich.) Berlin, 16. Juli. (B. Z. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zur Rede Poincarés: Die Rede, die der Präsident der französischen Republik am Tage des Nationalfestes gehalten hat, nipfelt in der Aufforderung, den Krieg, solange er dauern möge, bis zur endgültigen Niederlage des Feindes“ fortzusetzen. Daß das französische Staatsoberhaupt das Land in seiner schweren Bedrängnis zu ermutigen sucht, ist nur in der Ordnung. Reden tun es freilich auf die Dauer nicht. Dank unseren Waffen können wir abwarten, bis die unabwendbare Entwicklung das französische Volk zur Erkenntnis der wahren Lage bringt. Der sonstige Inhalt der Poincaréschen Rede ging dahin, Frankreich als das friedliche, überfallene hingestellt und seine Staatsmänner von jeder Schuld zu entlasten. Diese Ausführungen müssen gerade Herrn Poincaré besonders schwer gefallen sein. Auch über ihn wird einst die Geschichte urteilen. Sie wird feststellen, daß auf ihn ein sehr harter Anteil der Verantwortung für den Weltkrieg fällt. Darüber wird noch viel zu sagen sein. Für heute nur einige naheliegende Erinnerungen. Als vor einem Jahre in Paris das Nationalfest gefeiert wurde, rüstete sich Herr Poincaré bereits zur Reise nach Petersburg. Es handelte sich um die „silberne Hochzeit“ des Dreibündens. Die Presse auf beiden Seiten begrüßte diese Reise mit kriegerischen Parolen. Herr Poincaré nahm ein silbernes Schwert mit Lorbeer- und Olivenlaub nach Petersburg mit und legte es am Sarkophag Alexanders des

Dritten nieder — eine humane Mahnung und eine berechtigte Zusicherung. In den Triumpfen war beiderseits von der verabredeten Tätigkeit der beiden Diplomaten die Rede, unterstrichen vom Jaren durch den Hinweis auf die Verbrüderung beider Armeen. Diese „verabredete Tätigkeit der beiden Diplomaten“ hat die Dinge so geschoben, daß der Krieg kommen mußte. Wenn der Präsident der französischen Republik heute erklärt, daß Rußland und Frankreich alles getan hätten, um den Frieden zu erhalten, so mag diesen Behauptungen gegenüber nur auf die Rolle hingewiesen werden, welche der französische Volschaffer in St. Petersburg während der ganzen Krise vor dem Kriegsausbruch gespielt hat. Schon aus den amtlichen englischen Veröffentlichungen geht klar hervor, daß Herr Poincaré, von vornherein weit davon entfernt, im verständlichen und mäßigen Sinne auf die russische Regierung einzuwirken, vielmehr alles getan hat, um den Konflikt zu verschärfen und vor allem aus der österreichisch-serbischen bzw. österreichisch-russischen Differenz einen russisch-deutschen Konflikt zu machen.

Der Volschaffer ist gleich nach Bekanntwerden der österreichischen Note an Serbien mit dem größten Eifer bemüht gewesen, in Kreisen der russischen Regierung und der russischen öffentlichen Meinung die Version zu verbreiten, daß Deutschland die Note nicht nur gefolgt, sondern direkt veranlaßt habe. In dem Augenblick, wo Deutschland, um einem allgemeinen Konflikt vorzubeugen, bei den Kabinetten der Großmächte darauf hinarbeitete, daß der österreichisch-serbische Streitfall lokalisiert bleibe, hat Herr Poincaré, wo sich ihm Gelegenheit dazu bot, verhandelt, daß es sich in Wirklichkeit um einen russisch-deutschen Streit handelte.

In der klar ersichtlichen Absicht, Deutschland die Schuld an der Verschärfung der Krise zuzuschreiben, hat der französische Volschaffer bewußt unwahre Tatsachen aus Petersburg berichtet und wichtige Redungen unterlassen. So telegraphiert Herr Poincaré seiner Regierung am 29. Juli: Der deutsche Volschaffer habe Herrn Sazonow mitgeteilt, daß, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen nicht einstelle, die deutsche Armee mobil gemacht werden würde. Er fügt dem hinzu, der Russ, in dem der Volschaffer diese Mitteilung gemacht habe, hätte die russische Regierung veranlaßt, noch am selben Abend die Mobilmachung von 18 Armeekorps gegen Oesterreich-Ungarn zu verfügen. Tatsache ist, daß die Unterredung des Grafen Koutales mit Herrn Sazonow, auf welche Herr Poincaré Bezug nimmt, erst am 29. abends 7 Uhr stattfand, während Herr Sazonow an demselben Tage schon mittags dem deutschen Volschaffer mitgeteilt hatte, daß am Nachmittage der Befehl zur Mobilmachung von 18 Armeekorps gegen Oesterreich-Ungarn erlassen werden würde. Es ist kaum anzunehmen, daß der russische Minister diese Mitteilung dem deutschen Vertreter gemacht und dem Vertreter des verbündeten Frankreichs vorenthalten hat.

Sehr auffällig ist ferner, daß die französische Regierung am Abend des 31. Juli, des Tages, an welchem früh morgens die russische allgemeine Mobilmachung in Petersburg bekanntgegeben wurde, von ihrem Petersburger Vertreter über diese wichtige Tatsache noch keine Meldung erhalten hatte. Man kann nur annehmen, daß Herr Poincaré keine Eile hatte, diesen verhängnisvollen Schritt Rußlands, welcher bei allen denen, die den Frieden erhalten zu sehen hofften, schwere Bedenken erregen mußte, in Frankreich bekannt werden zu lassen.

Die Nebenarten von dem friedlichen, überfallenen Frankreich sind eine ärmliche Legende, die ihren Urheber schwerlich auf die Dauer gegen den Jörn seiner Landsleute decken wird, nachdem sich der deutsche Stahl Räder erwiesen hat, als Herrn Poincarés silbernes Schwert mit Lorbeer- und Olivenlaub.

## Vom Kongreß der französischen Sozialisten.

Paris, 16. Juli. (B. Z. B.) (Meldung der Agence Havas.) Der Kongreß der sozialistischen Partei hat am 15. Juli einstimmig einen Beschluß angenommen, in dem von neuem das unerschütterliche Vertrauen der Partei in die Sache der Alliierten und des republikanischen Frankreichs bekräftigt wird. Der Kongreß erachtet, daß es nach 11 Kriegsmontaten nur einen dauerhaften Frieden geben könne, der auf der Grundlage der Nationalität aufgebaut sei, der für die Völker die Freiheit, über sich selbst zu verfügen, in sich schließt sowie die völlige Achtung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Nationen, die Organisation eines obligatorischen Schiedsgerichtes, das eine demokratische Kontrolle der Verpflichtungen gestatte und die Bildung einer internationalen mit Vollzugsgewalt ausgestatteten Macht. Diese Ziele sind dem Verwinden des gewalttätigen und am wenigsten gewissenhaften Imperialismus untergeordnet. Die Sozialistenpartei erklärt sich deshalb von neuem bereit, ihre Hilfe dem Werke der Landesverteidigung ohne Zurückhaltung, ohne Entmutigung oder Mattigkeit weiter zu bringen. Mit dem ganzen Lande und seinen Alliierten werde die Sozialistenpartei die Befreiung des mutigen und loyalen Belgiens und der besetzten Gebiete Frankreichs fortsetzen, ebenso an der Wiederherstellung des Rechtes für Elsas-Lothringen mitwirken. Um dieses Ergebnis zu erreichen, fordert die Partei, daß die Regierung, das Parlament, die Führer und die Soldaten ihre Pflicht tun. Eine fieberhafte Tätigkeit müsse sich des Innern des Landes bemächtigen, eine Tätigkeit, die sich mit unwiderstehlicher Kraft bis an die Front erstrecken werde. Alle diejenigen, welche mit einem kleinen Teile der Landesverteidigung beauftragt seien, schuldeten strenge Ausführung ihrer Pflichten. Die Partei sei entschlossen, der Regierung zu helfen und neue Methoden in Anwendung zu bringen, um die Bureaucratie mit den modernen Erfordernissen der Industrie in Einklang zu bringen. Zum Schluß wird gemäß den Erklärungen von London jede Eroberungspolitik außer den legitimen Wiederherstellungen und jede Entmutigung verurteilt. Der Kongreß billigt die von den Gruppen seit Kriegsbeginn entfaltete Tätigkeit und gibt ihnen Vollmacht, das Werk der Landesverteidigung in demselben Sinne in unerschütterlicher Festigkeit fortzusetzen.

## Ein französisches Gefangenenlager.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt folgenden amerikanischen Bericht über das Gefangenenlager in Saint Razaire in Frankreich:

Die Verhältnisse dieses Lagers waren, wie bei fast allen bisher besuchten militärischen Lagern, nicht befriedigend. Ich habe Gelegenheit genommen, die Mängel zur Kenntnis des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten in Paris zu bringen, und es ist mir berichtet worden, daß sofort entsprechende Erhebungen angestellt und den Mängeln abgeholfen werden würde. Die folgenden Angaben stammen aus Anfang Mai. Die Lage dürfte sich inzwischen gebessert haben.

Das Gefangenenlager in Saint Razaire (Dep. Loire-Inf.) ist ein streng militärisches Gefängnis mit vierhundert Gefangenen, sämtlich deutschen, darunter vielen, die schon seit September hier sind. Dieses Lager ist sehr überfüllt und es ist möglich, daß die Ueberfüllung Anlaß zu Krankheiten geben wird. Die Ordnung ist schlecht. Die Gefangenen sind in einem alten Fabrikgebäude am äußersten Ende der Stadt eingesperrt.

Die Gefangenen beklagen sich über die Arbeit, zu der sie gezwungen werden — Beladen und Ausladen von Kohlenstücken —, und erklären, daß sie für diese Arbeit schon seit drei Monaten nicht mehr bezahlt worden sind.

Siebzehn Mann verdrängen gerade ihre Strafe, die meisten von ihnen hatten sich geweigert, zu arbeiten. Sie waren in einem

engen, niedrigen, schlecht gelüfteten, dunklen Zimmer von ungefähr 10 zu 16 Fuß Größe eingesperrt. Es wird aber zurzeit ein zweckentsprechender Anbau an dem Gefängnis angebracht, um weitere hundert Gefangene, die täglich erwartet werden, aufzunehmen.

## Kriegsfragen im englischen Parlament.

London, 16. Juli. (B. Z. B.) Unterhaus. Bonar Law sagte auf eine Anfrage, die Engländer und ihre Verbündeten hätten 450 000 Seviertmeilen deutscher Kolonien erobert. Mac Master (Unionist) fragte, ob Bonar Law, als er von Eroberung sprach, Bismarcks Aeußerung vergessen habe, daß der Besitz der Kolonien auf den Hauptauslagen des Krieges entschieden werde. Bonar Law gab die Richtigkeit dieses Satzes zu. — Asquith antwortete auf eine Anfrage, es sei nicht beabsichtigt, die Behälter der Abgeordneten aus Sparlichkeit aufzuheben. Es sei eine Kommission in Bildung, die im Interesse der Sparlichkeit bei Staatsausgaben wirken soll. Asquith erörterte weiter das Programm der Tagung und deutete an, daß das Auswärtige Amt keine Etatdebatte wünsche. Es sei wünschenswert, die Tagung Ende Juli zu schließen. Die Regierung beabsichtige aber nicht, sich der parlamentarischen Kritik zu entziehen. — Bei der Beratung des Gesetzes über Kriegspensionen kritisierten mehrere Redner, daß die private Wohltätigkeit in Anspruch genommen werden soll. Duncan (Arbeiterpartei) sagte: Wir sind noch nicht imstande, ein Heer kriegstüchtig zu machen, Deutschland ist darin seit elf Monaten der Schrittmacher. Mac Kenna erhob Einspruch gegen dieses Lob des Feindes und sagte: England ist der Schrittmacher. Es ist für seine Soldaten und Seeleute, was keine Nation jemals getan hat. Es ist ein schlechter Scherz, ihm Deutschland als Vorbild vorzuhalten. — Bei Erörterung der Finanzpolitik sagte Mac Kenna, die zukünftigen Steuern würden teils direkt, teils indirekt sein.

London, 16. Juli. (B. Z. B.) Oberhaus. Lord Beardale kritisierte die Verzögerung in der Veröffentlichung der Depeschen vom Kriegsschauplatz und meinte, die Depeschen über die Kämpfe am Suezkanal im Februar und im März sollten bekanntgegeben werden. Das englische Volk werde wie eine Nation hysterischer Kinder behandelt, denen man nicht die Wahrheit sagen dürfe. Lord Kelvin erwiderte, die Veröffentlichung unterliege militärischen Rücksichten. Ein Teil der Presse scheine freilich den Krieg als ein Mittel zur Vergrößerung der Auflage zu betrachten. Ferner seien die Wünsche der Verbündeten in Betracht zu ziehen. Es sei nicht sicher, daß wie Lord Beardale annehme, die Kämpfe in Mesopotamien nicht erneuert würden. Die Depeschen über die früheren Kämpfe dort könnten nicht veröffentlicht werden.

Das Oberhaus nahm die Registrierungs-Bill in dritter Lesung an.

## Der Kohlenarbeiterstreik.

Rotterdam, 16. Juli. (B. Z. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die Arbeit in den Kohlengruben von Südwales ruhte gestern, obwohl der Streik nicht allgemein ist. Die Schätzungen über die Anzahl der Ausständigen gehen weit auseinander. Vertreter des Handelsamtes befinden sich jetzt in Cardiff, wo sie mit den Führern der Bergarbeiter Besprechungen abhalten. Solange die Verhandlungen schweben, will man sich nicht des Rationierungsgerichtshofes bedienen.

London, 16. Juli. (B. Z. B.) „Daily Chronicle“ meldet aus Ponthyrid: Die Einberufung einer neuen Konferenz durch den ausführenden Ausschuß des Bergarbeiterverbandes von Südwales ist die einzige gute Nachricht. Sie läßt aber die allgemeine Lage in einem schlechteren Zustande erscheinen, als sie gestern war. Es ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß die Arbeiter heute etwas anderes beschließen werden als am Montag. Sie haben Anweisung erhalten, heute nicht zur Arbeit zu gehen. Die Lage ist trügerisch. Es besteht kein Zweifel, daß Arbeiter und Führer hoffnungslos uneinig sind. Der Ausschuß selbst ist uneinig. Er wird im Unterhause die Frage stellen, weshalb jetzt die in der Depesche French zugegebene Nachricht über die Rückeroberung des Hügel 60 amtlich länger als zwei Monate verheimlicht worden ist, ferner ob der Jenfor die Veröffentlichung verboten hat, und ob das System, das Publikum zu täuschen, fortgesetzt werden soll. „Daily News“ stellt im Widerspruch mit dem „Times“ fest, daß auf der gestrigen Konferenz des Ausschusses der Bergarbeiter von Südwales der Antrag abgelehnt wurde, die Arbeiter dringend aufzufordern, die Arbeit mit dem täglichen Arbeitsvertrag fortzusetzen.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Anzeigepflicht über entwundene Gefangene.

Amtlich. Berlin, 15. Juli. (B. Z. B.) Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1861 bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

Es wird hiermit verboten, entwundene Kriegsgefangene oder entwundene Zivilgefangene feindlicher Länder aufzunehmen, verborgen zu halten, zu verpflegen oder sie sonst auf irgendeine Weise mit Rat oder Tat bei ihrem unbefugten Fortbleiben von der Ueberwachungsstelle, der sie zugewiesen sind, zu unterstützen.

Wer von dem Aufenthalt eines solchen Gefangenen Kenntnis hat, ist verpflichtet, hiervon der nächsten Polizeibehörde oder dem nächsten Gemeindevorsteher Mitteilung zu machen.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 9b des Gesetzes vom 4. Juni 1861 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, falls nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen, insbesondere auf Grund der §§ 120, 121, 267 des Reichsstrafgesetzbuches, eine höhere Strafe eintritt.

Der Versuch der Uebertretung dieses Verbotes unterliegt ebenfalls der Bestrafung.

Das Verbot tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.  
Der Oberbefehlshaber in den Marken,  
gez. v. Kessel, Generaloberst.

### Bestandsmeldung über Metalle.

Amtlich. Berlin, 16. Juli. (B. Z. B.) Die Frist für die Bestandsmeldungen nach den Bekanntmachungen vom 1. 6. 15 Nr. 1/4. 15. 9. A. A. bez. Metalle und vom 16. 3. 15 Nr. 6172/2. 15 A. A. bez. Wolfram, Chrom, Vanadium, Molybdän und Mangan lief mit dem 15. Juli d. J. ab. Zur Nachmeldung ist eine Nachfrist bis zum 25. Juli d. J. gewährt worden.

Die Unterlassung der Meldung wird im § 5 der Bekanntmachung über Vorratserhebung vom 2. Februar 1915 mit empfindlichen Strafen bedroht.

Vorbrude für die Meldungen sind bei allen Postämtern 1. und 2. Klasse erhältlich.



45

# JANDORF'S

## Woche

45

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kolbuser Damm Wilmersdorferstr.

**Ganz besonders günstige Einkaufs-Gelegenheit!**

Kirschen süß, ..... Pfund	18 Pf.
Kirschen sauer, ..... Pfund	25 Pf.
Stachelbeeren ..... Pfund	20 Pf.
Johannisbeeren ..... Pfund	30 Pf.
Grüne Gurken St. 12, 15, 20	Pf.
Kohlrabi ..... Mandel	20 Pf.
Kunsthonig ca. 3-Pfund-Glas..	1.35
Sardinen in Oel ..... Dose	58 Pf.
Matjesheringe .Stück	20,25 Pf.

# Lebensmittel

Verkauf nicht an Wiederverkäufer Nicht am Spittelmarkt \* Zusendung ausgeschlossen

*Kalbsbrust oder -Kamm ..... Pfund	95 Pf.
Kalbsrücken oder -Keule im Ganzen ..... Pfund	1.00
Querrippe ..... Pfund	95 Pf.
Roastbeef mit Knochen ..... Pfund	1.00
Schmorfleisch mit Knochen ..... Pfund	1.10
Rinderbrust ..... Pfund	1.00
Rinderfilet unausgeschält ..... Pfund	1.20
Gulasch oder Gehacktes ..... Pfund	90 Pf.

Cervelat o. Salamiwurst Pfd.	2.35
Mettwurst nach Braunschweiger Art..... Pfund	2.10
Knoblauchwurst .... Pfund	1.95
Landleberwurst nach Pomm. Art.. Pfund	1.30
Rot-od. Zwiebelwurst Pfd.	1.00
Schinkenspeck ..... Pfund	2.10
Himbeer-od. Kirschsaft 1/2 Fl.	1.25
Margarine ..... Pfund	1.15
Edamer Käse..... Pfund	1.10

### Theater für Sonnabend, den 17. Juli.

Deutsches Künstler-Theater.  
8 1/2 U.: Die Schöne vom Strand.  
Deutsches Opernhaus Charlottbg.  
8 Uhr: Der Bettelstudent.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
8 1/2 U.: Kyritz-Pyritz.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Maria Stuart.  
Kleines Theater.  
8 1/2 U.: Ein kostbares Leben.  
Lessing-Theater.  
8 1/2 U.: Seine einzige Frau.

Lustspielhaus.  
8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht  
Schiller-Th. Charlottenbg.  
8 Uhr: Alt-Heidelberg.  
Theater am Nollendorfpl.  
8 1/2 U.: Immer feste druff!  
Thalia-Theater.  
8 Uhr: Eine verflixte Annonce.  
Trianon-Theater.  
8 1/2 Uhr: Die Heiratschule  
Sonnt. 3 1/2 U.: Die Waise aus Lowood.

### Voigt-Theater.

Badstr. 53. Badstr. 53.  
Täglich:  
„Tausend und eine Nacht.“  
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.  
Erstklassiges Varieté  
Saiseneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

### Rose-Theater.

8 1/2 Uhr: Die Fliegerbraut.  
Gartenbühne: Lieb Vaterland

### Walhalla-Theater.

8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.  
Gartenbühne: Vorstellung, Apollonlänger.

### Verkäufe.

Germannplan 6. „Planleibhaus“.  
Extrabilliger Bettensverkauf, Möbelverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Sportbillige Jagdtasche, Gebrochene, Herrenhosen.  
Büchertische, volle Bettgeräthe 2,50, in Ordnung 6,35, Löffel 1,85, Erbstühle 4,25, Teppichhaus Emil Lehner, Oranienstraße 158.  
Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrochene von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für fortpulente Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Wollstoffen verfertigte Sachen kauft man am billigsten bei Rog. Rulastraße 14.

### Neun Prozent Rabatt Vorwärts!

Stehbetten, Similiseide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 ufm. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit. 438\*  
Gardinenreife, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,65 ufm. E. Weisenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit an der Kappensstraße.  
Büchertische, 1-3 Fenster Tischportieren, Tischportieren, Radrasportieren, neue Raster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,50 ufm. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.  
Tuchdecken, Leinwanddecken, Büchertische 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,85, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.  
Teppiche mit Webefeldern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 ufm. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit.

### Zigarren, 2000 möglich, abzugeben.

Zigarrenfabrik Koelbin, Steglitz, Lauenburgerstraße 3. 4150\*

### Monatsgarderobe-Haus

verkauft preisbillig erstklassige, wenig getragene, fast neue Jacketanzüge, Gebrochene, Sommerpaletots, Frackanzüge, Winter, Paletots, Gummianzüge, gestreifte Bekleidungsstücke, großes Lager, Häubchen, Kollentalerstraße 4. Kein Ladeneingang. Nur eine Treppe.  
Monatsgarderobe von Herren, Herrenhosen, absonnieren, erhaltene, wenig getragene, erstklassige Maßverarbeitung, edlen Stoffen, teils von Hofschneidern auf Seide, Gutmach, Kammerhosen, Jacketanzüge, Frackanzüge, speziell für harte Herren. Unabwieslich billiger Verkauf. Rosenbergs, Büchertische 61 I. 57/15

### Möbel.

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung schon Einzug und Küche. In jedem Stück bester Preis. Liebervorteilung ausgedehnt. Bei Antritt der Ehe, Arbeitslosigkeit, unerwartetem Tod. Möbelgeschäft Goldhaub, Jochenstraße 28. Ede Gneisenaustraße. 29018\*

### Platinabfälle bis 5,50 pro Gramm,

Tabingebisse bis 50,00, Goldschmuck, Silberwaren, Treffen, Luedelberg, Stanniolpapier bis 3,25, Kupfer bis 1,85, Weisung bis 1,30, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, Zinkblech, Edelmetalle, Einfaßbureau Weberstraße 31 (Telephon, Abholung.)

### Damenrad, Herrenrad

Streeze, Andreasstraße 37. 55/12

### Fahrradantast

Wiederkauf, Weberstraße 42.

### Platin, Goldschmuck, Silberwaren,

Tabingebisse, Stanniol 2-., Luedelberg, Goldschmuck, Silberwaren, Edelmetalle, Auguststraße 69. 250/4\*

### Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Göttingerstraße 16.

### Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Korbmacher auf 15-Zentimeter-Längsgrößen sucht Tagelöhner, Alte Jakobstraße 64a. 2018b

Korbmacher auf maß und grün gefärbten verlangt, Friedrichstraße, Berlinerstraße 82. +

Wappler auf Holzschirmgriffe verlangt, Rosa, Michaelstraße 20.

Bedenrother sucht Holzhaus, Galanterie. +31

### Tüchtigen Federstauer

für dauernde Stellung sucht Schuhfabrik 2020b

Doederlein & W. Dulberg G. m. b. H., Preussener Allee 36.

### Ziegeldecker

für hier und auswärts sofort gesucht, Berliner Allee-Gesellschaft, Kopp & Cie., Kaiserin-Augusta-Allee 12/13, Weiden Sonntag 8-9 1/2 Uhr.

### Tüchtige Bleilöter

bei hohem Stundenlohn für sofortigen Eintritt werden von großer Fabrik in Mecklenburg gesucht. Anfragen an Sprengstoff-Werke Dr. R. Nabsen & Co., A.-G., 55/19\* Hamburg.

### Leitspindeldreher

perfekte, sofort gesucht, Odeon-Werke, Weihensee, Zellerstraße 20-25.

## URANIA

Taubenstraße 48/49. 8 Uhr:

An den Grenzen von Südtirol und Italien.

## WINTERGARTEN

Guido Thielseher

„Venus im Grünen“.

Operette in 1 Akt. v. Rud. Lothar. Musik von Oskar Straus.

Mitwirkende: Else Berna, Lotte Werkmeister, Thalia-Theater, Berlin, Karl Bachmann, Julius Spielmann sowie der glänzende Juli-Spielplan.

### Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Anf. 8 U. Zum 165. Male: Im Schützengraben



### Palast

Theater im Zoo

Das lenkbare Luftschiff im Zuschauerraum

Täglich 8 Uhr.

### Von der Oberbaumbrücke

Jeden Sonntag: Dampfer-Extrafahrten mit Musik!

8 1/2 und 2 1/2 Uhr nach Wolterdörfer Schleuse 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
8 1/2, 9, 12, 2 1/2 u. 3 Uhr nach Neu-Heringsdorf 30 Pf. 25 u. 20 Pf.

Wochentäglich, außer Sonnabends nachm., die billigen Ferienfahrten:  
9 u. 2 1/2 Uhr nach Wolterdörfer Schleuse hin u. zur. 55, Kind. 25 Pf.  
9 und 2 1/2 Uhr nach Neu-Heringsdorf hin u. zur. 40, „ 20 Pf.  
Zed. Mittwoch 9 Uhr nach Zenthen u. Neue Mühle 55, „ 25 Pf.

Außerdem: morgen Sonntag, den 18. und Mittwoch, den 21. Juli, durch die Havelseen

Dienstag, d. 20. u. Donnerstag, d. 22. Juli, u. Potsdam u. Redlich. Abf. Berlin, Reichstagsufer a. d. Reichstagsbrücke, b. Reichstagsgeb.: 9 Uhr, ab Charlottenburg-Ziegelweg, nahe Bahn, Jungfernheide: 9 1/2 Uhr. Rückr. hin u. zur. i. d. Höhe: 1.30 Mk.; Sonntg.: 1.30 Mk., Kind. 50 u. 75 Pf.

Reederei Kieck, Falkensteinstr. 48. Teleph. Wpl. 8197.

Besondere Vorrede: Alfred Bielepp, Neuföhn. Für den

### Bettenverkauf!

Grachtstraße 5, 7, 7,50, 9,75, Kustnerbetten 12,75, 15,75, Damenbetten 19,50, 22,50, Kinderbetten 4,50. Neue Kustnermattche (postbillig), Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Kissen, Steppdecken, Diwandecken, Banduhren, Taschenuhren, Anzüge. Alles postbillig! Planleibhaus Brunnenstraße 47.\*

### Geld! Geld!

sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenbergs, Lodenstraße 209/4, Ede Rosenbergs, kaufen. Im Verlag gemeiner Anzüge, Paletots, Winter sowie neue Maßgarderobe zu namengebigen Preisen. Kriegepreisen. Silberne Uhren 3-., goldene Damenuhren 8-., Goldwaren, Brillanten, Fahrrad etc. Auf Uhren dreijähriger Garantiezeit. Eigene Werkstatt. Sonntag 8-10.

### Leihhaus

Moritzplatz 55a: kaufen Sie preisbillig von Cavalieren wenig getragene sowie im Verlag gemeiner Anzüge, Paletots, Winter, Sommerpaletots, Frackanzüge, Gebrochene, Herrenhosen, Fracks von 2,50, sowie für fortpulente Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Wollstoffen verfertigte Sachen kauft man am billigsten bei Rog. Rulastraße 14.

### Teppiche mit Webefeldern

7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 ufm. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabrit.

### Monatsanzüge, nur wenig getragen,

Paletots, Winter, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden preisbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Unbekannte Firma. Max Weis, Große Frankfurterstraße 88. \*

### Vorjährige elegante Herrenanzüge,

Paletots und Winter aus feinsten Stoffen 25-60 Mark, Hosen 6-18 Mk. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21. 58\*

### Teppiche mit kleinem Fleck, sehr billig,

Gardinen, Portieren, Steppdecken, Kissen, Diwandecken, sehr billig. Bornmärkter 5 Prozent Rab. alt. Teppichhaus Ström, Lodenstraße 209/4 (Bahnhof Börse). 246/4\*

### Monatsgarderobe! Wertvolle

Anzüge für Herren: Smoking, Frack und Gebrochene Anzüge (auch zum Verleihen), Sommerpaletots und Winter sowie von Cavalieren getragene, fast neue Sachen (auf Seide), für jede Figur passend in größter Auswahl zu unbestrittenen billigen Preisen. Eine Treppe, deshalb billiger wie im Laden. Dirsch, Kiefernbaum, Wassertorstraße 12/13 I. 57/14\*

### Musikinstrumente.

Gitarren mit fünfundachtzig Unterlegnoten 8,50, Sololaute, gut eingestrichelte Dreigestrige mit Hornmetall 18,00, Wandergitarre, Randoline verkauft triegshaber billig Ernst, Oranienstraße 166 III. 20195\*

### Kauigesuche.

Supfer! Weisung! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Luedelberg, Stanniolpapier, Platinabfälle, Jahngestricke, Goldschmuck, Silberabfälle, Hochpreisige! Metallschmelze Gohn, Brunnenstraße 25 und Neudän, Berlinerstraße 76. 56/4\*

### Jahngestricke! Braugold! Silber-

sachen, Platinabfälle, Luedelberg, Stanniolpapier, Kupfer, Weisung, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christian, Koenigsbergerstraße 20a (gegenüber Rantenerstraße). 56/1\*



# Gegen den Lebensmittelwucher!

Zimmer schwerer lastet die allgemeine Teuerung auf den ärmeren Volkskreisen. Die Preise für Fleisch sind unter rücksichtsloser Ausnutzung der durch die Schweine- und Schlachtvieh-Knappheit geschaffenen Konjunktur um fast 100 Proz. gesteigert worden und steigen weiter. Besteht die Krise, besonders unserer schwer arbeitenden Bevölkerung wurden dadurch vom Genuß dieses so wichtigen Nahrungsmittels fast völlig ausgeschlossen. Auch alle anderen Lebensmittel, besonders die als Ersatz für Fleisch angebotenen, wie Gemüse, Fische, Eier, Milch, Butter, Käse, Zucker sind ungewöhnlich teuer und steigen noch fortgesetzt im Preise. Auf dem Kartoffelmarkt macht sich wieder der unerhörteste Wucher geltend. Die zwecks Freidreiberei monatlang zurückgehaltenen Kartoffeln mußten im Frühjahr auf den Markt gebracht werden und gelangten zu niedrigen Preisen in den Besitz der Händler. Diese halten nun erneut ihre Vorräte zurück und geben sie nur zu Preisen ab, die die Einkaufspreise um 200—300 Proz. übersteigen.

Kunmehr ist noch bekannt geworden, daß der Bundesrat die Höchstpreise für Getreide, die schon 30—40 Proz. höher als im Frieden sind, erhöhen will. Also auch das Brot, dieses allerwichtigste Nahrungsmittel, soll dem Volke noch mehr verteuert werden. Das muß in den weitesten Volkskreisen Entrüstung auslösen.

Namend des werktätigen Volkes, dem der Krieg ohnehin schon große Opfer auferlegt, protestieren wir gegen jede Erhöhung von Höchstpreisen. Wir fordern vielmehr eine durchgreifende Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt und einen wirksamen Schutz des Volkes gegen den Lebensmittelwucher.

Wir fordern, daß ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Produzenten und Händler mäßige Höchstpreise für alle Lebensmittel festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß die ausreichende Ernährung des Volkes gesichert und jede Verwässerung auf Kosten der Volkernährung ausgeschlossen wird. Durch Beschlagnahme und Verkaufszwang muß das Zurückhalten von Vorräten zum Zwecke der Freidreiberei vereitelt werden.

Die Parteigenossen im Lande fordern wir auf, dem Lebensmittelwucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu wirken. Vor allem müssen die Arbeitervertreter in den Landtagen und Gemeinden ihren ganzen Einfluß einsetzen, um die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen.

Berlin, den 16. Juli 1915.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

# Die Zwangsorganisation des Kohlenbergbaues.

Wir veröffentlichten gestern bereits einen Artikel zur Bundesratsverordnung über Zwangssyndikate im Kohlenbergbau. Da der Wortlaut der Verordnung die weiteren Absichten der Regierung noch keineswegs klar erkennen läßt, die Frage einer staatlichen Regelung des Kohlenbergbaues von großer Wichtigkeit für Konsumenten und Bergarbeiter ist, geben wir einem zweiten Artikel Raum, der der neuen Verordnung weniger skeptisch gegenübersteht als die gestrige Zuschrift.

Der Völkerring hat in seinem Verlauf die Verhältnisse der Kohlenproduktion und des Kohlenhandels in Europa mehr und mehr verschoben. Auch in den letzten Friedensjahren haben nur noch zwei Länder in Europa mehr Steinkohlen erzeugt, als sie für ihren eigenen Bedarf gebrauchten: Deutschland und England. Belgien, das noch vor einigen Jahren seinen Bedarf an Steinkohlen so ziemlich selbst zu decken vermochte, ist infolge seiner schnellen Entwicklung ebenfalls zum Kohlenimportland geworden. Frankreich produzierte in den letzten Jahren vor dem Krieg nur noch knapp zwei Drittel seines Bedarfs an Steinkohlen selbst; das andere Drittel, im Jahre 1912 für 255 Millionen Mark, führte es aus dem Ausland ein, vornehmlich aus England. Italien produzierte im Jahre 1912, einem Jahr relativ guten Geschäftsganges, nach seiner offiziellen Statistik gar nur 663 812 Tonnen Steinkohlen, nur etwas mehr als ein Fünftel seines Bedarfs. Es mußte daher für 289 Mill. Mark Kohlen einführen. Oesterreich-Ungarn, das mehr Braunkohlen als Steinkohlen produziert, und Spanien decken ihren Verbrauch an Steinkohlen nur ungefähr zur Hälfte durch den eigenen Kohlenbergbau; die andere Hälfte muß aus dem Ausland heringeholt werden. Noch schlechter sieht es um die Niederlande, die Schweiz und die skandinavischen Länder. Die Niederlande erzeugten in den letzten Jahren vor dem Krieg noch nicht ein Siebtel ihres Bedarfs, Schweden noch nicht ein Dreißigtel. Es haben 1912 eingeführt (nach Abzug der Wiederausfuhr) Holland für 126, Schweden für 88, die Schweiz für 45, Dänemark für 64 Millionen Mark Steinkohlen.

Der Krieg hat diese Produktionsverhältnisse beträchtlich verändert. Die Kohlenenerzeugung Belgiens beträgt heute trotz aller Bemühungen der deutschen Verwaltung noch nicht die Hälfte der früheren Förderung; ferner sind die Hauptgebiete des französischen Kohlenbergbaues in deutschen Händen, so daß Frankreich sich gezwungen sieht, fast drei Viertel seines heutigen Bedarfs aus Großbritannien zu beziehen, das überdies außer Italien auch die Mandländer des Mittelmeeres und die skandinavischen Staaten, neuerdings auch das westliche Rußland mit Steinkohlen zu versorgen hat.

Ebenso sind die Anforderungen an den deutschen Kohlenbergbau gewachsen. Der Verbrauch der Eisenbahnen ist infolge der vielen Militärtransporte ein höherer als früher, zudem muß jetzt die deutsche Kohlenproduktion heute den norddeutschen Küstengebieten, die in den letzten Jahren vor dem Krieg auf dem Seewege durchschnittlich für 90 Millionen Mark Kohlen aus Großbritannien bezogen haben, den nötigen Brennstoff liefern. Dazu kommt, daß auch die von den deutschen Truppen besetzten fremden Gebiete nun von

Deutschland aus mit Kohlen versorgt werden müssen, und doch außerdem das dringendste eigene Interesse gebietet, nicht nur dem verbündeten Oesterreich-Ungarn, sondern auch Holland und der Schweiz, soweit das möglich, die unentbehrlichen schwarzen Diamanten zu liefern, um diese Länder nicht noch mehr dem englischen Druck auszuliefern.

Die Kohlenzufuhr bietet demnach heute in den Händen Deutschlands und Englands ein wichtiges Machtmittel. Wenn die skandinavischen Länder, vor allem Norwegen, sich den Anforderungen Englands an ihren Handelsverkehr und ihre Schifffahrt so willig fügen, so spielt dabei nicht zum wenigsten die Sorge mit, England könnte die Kohlenzufuhr einstellen und dadurch einen Teil des Wirtschaftslebens dieser Länder mattsetzen. Um so mehr muß es natürlich Deutschland und England als dringendstes Gebot erscheinen, ihre Kohlenproduktion nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern möglichst auszudehnen und vor Schwankungen sicher zu stellen. Das ist aber heute eine schwierige Sache. Infolge des Mangels an Bergarbeitern beträgt heute die deutsche Kohlenproduktion noch nicht ganz drei Viertel der Förderung in den beiden letzten Jahren vor dem Krieg, und ebenso ist die englische Kohlenausbeute in den ersten fünf Monaten dieses Jahres im Vergleich zu dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 7,6 Proz. zurückgeblieben.

Aus dieser Sachlage erklärt sich, daß die englische Regierung seit Wochen mit den Führern der englischen Bergarbeiter unterhandelt, und sie mit allen möglichen Mitteln der patriotischen Burede und der Drohung zu bewegen sucht, von ihren Forderungen abzulassen. Nachdem sich dennoch alle diese Verhandlungen zerschlagen haben, verkündete der neue Handelsminister Runciman am Dienstag im englischen Unterhaus, die englische Regierung habe beschlossen, durch königliches Dekret den Bergwerksbetrieb unter die Bestimmungen des Munitionsgesetzes zu stellen, alle Streiks strafrechtlich zu verfolgen und zugleich Höchstpreise für die verschiedenen Kohlenarten festzusetzen.

Während die englische Regierung auf diese Weise vorgeht, hat zugleich der deutsche Bundesrat eine Verordnung erlassen, wodurch die Landeszentralbehörden ermächtigt werden, die Besitzer von Steinkohlen- und Braunkohlenbergwerken allgemein oder für bestimmte Bezirke (unter Umständen auch nur für bestimmte Kohlenarten) ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften (Syndikaten) zu vereinigen, denen die Regelung der Förderung sowie der Absatz der Bergwerkserzeugnisse der Gesellschaften obliegt. Die Satzungen für solche Zwangssyndikate sollen von der Landeszentralbehörde erlassen werden, die zugleich eine Aufsicht über das Syndikat ausübt. Die erstmalige Festsetzung der Kohlenpreise bedarf der Zustimmung dieser Behörde; außerdem ist sie befugt, durch Vertreter an den Versammlungen der Syndikatsvorstände und der Zechenbesitzer teilzunehmen und Beschlüsse wegen Verletzung der Gesetze, der Syndikatsstatuten oder öffentlicher Interessen zu beanstanden.

Die Verordnung richtet sich vornehmlich gegen das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat und die Oberhessische Kohlenkonvention. Der Gesellschaftsvertrag beider Syndikate läuft am 31. Dezember d. J. ab, wenn er bis zum 30. September nicht erneuert wird; doch können schon vom 1. Oktober ab die bisherigen Syndikatszehen über ihre Produktion für die Zeit nach dem 1. Januar 1916 frei verfügen. Mehrfach haben in letzter Zeit Versuche stattgefunden, das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat zu verlängern und einen neuen Vertrag zustande zu bringen. Das Eigeninteresse einer Reihe Zehen stemmt jedoch dem mit aller Entschiedenheit entgegen. Teils sträuben sich verschiedene „Außenzeiter“, d. h. außerhalb des Syndikats gebliebene Zehengeellschaften, diesen beizutreten; teils halten einige bisherige Mitglieder die jetzigen Marktverhältnisse für angebracht, um allerlei Rivalitätsstreitigkeiten und Beteiligungswünsche durchzuführen. Eine nicht kleinen Teil der Syndikatszehen ist nämlich durchaus nichts daran gelegen, daß das Syndikat fortbesteht; denn sie rechnen mit Sicherheit darauf, daß sie in Anbetracht der oben geschilderten Konkurrenzlage und der zum Winter noch mehr steigenden Nachfrage weit höhere Preise erzielen werden, als wenn sie im Syndikat bleiben. Bisher waren die Preis erhöhungen des Kohlenyndikats in Anbetracht der Kriegsverhältnisse und der vielfach erhöhten Betriebskosten im ganzen ziemlich mäßig, viel mäßiger als in England, wo durchweg die besseren Kohlenarten jetzt um 45 bis 50 Proz. höher im Preise stehen, als im Juli vorigen Jahres.

Kum ließe sich einer Hochtreibung der Kohlenpreise zwar auch durch Festsetzung von Höchstpreisen entgegenwirken. In Anbetracht der ganzen eigenartigen Abiats- und Konkurrenzverhältnisse wäre aber die Durchführung solcher Preisvorschriften heute eine schwierige Sache, und zudem würde dadurch die präzise einheitliche Versorgung der Eisenbahnen, Militärverwaltung, Marine, der Kriegsmaterialienindustrie mit den nötigen Kohlenmengen kaum sichergestellt. Besser funktionieren unbedingt Verbände, die die eigentliche geschäftliche Organisation übernehmen und der Regierung verantwortlich bleiben.

Es ist deshalb eine völlige Verleumdung der ganzen Stimmung in den Zechenkreisen, wenn das „Berliner Tageblatt“ in seiner Dienstag-Morgennummer die Bundesratsverordnung eine „Lex Kirdorf“ nennt und meint, sie werde den Syndikatsgrößen „vielleicht nicht unwillkommen gewesen sein“. Die Antwort, die Herr Emil Kirdorf, der Leiter des Kohlenyndikats und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, diesem Blatt erteilt hat, dürfte es inzwischen eines besseren belehrt haben. Herr Kirdorf schreibt nämlich:

Ihr Aufsatz in Nr. 352: „Zwangssyndikat für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau“ wird von Ihnen mit dem Zusatz: „Eine Lex Kirdorf“ versehen. Dagegen muß ich mich verwahren. Ich kann solchen Eingriff in die freie wirtschaftliche Tätigkeit nur bedauern.

Das viel angefeindete Kohlenyndikat muß sich doch sehr bewährt haben, wenn, wie es Ihr Bericht vermuten läßt, schon die Gefahr seiner Nichterneuerung — die bezüglichlichen Verhandlungen schweben bekanntlich noch — zu einem gefühligen Eingreifen Veranlassung gab.

Eigentlichlich muß es dabei berühren und die Behandlung wirtschaftlicher Fragen von solcher Bedeutung seitens unserer Regierung beleuchten, daß aus den Syndikatskreisen über die Zweckmäßigkeit solches Eingreifens und über den Inhalt der

betreffenden Verordnung niemand gehört worden ist. Hat das bisherige Kohlenyndikat segens- und erfolgreich gewirkt, so haben doch wohl die einen Anteil daran, die seine Richtung maßgebend beeinflussten; ihr sachverständiger Rat wäre daher doch vielleicht nicht wertlos gewesen.“

Und die „Rössische Zeitung“ berichtet über die Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit Geheimrat Kirdorf:

„Wir erwarteten von dem Gründer des Kohlenyndikats und dem Führer der Erneuerungsverhandlungen Genaueres über die Motive der Verordnung und über die geplante praktische Durchführung des Zwangssyndikats zu hören. Um so mehr überraschte es, von Geheimrat Kirdorf zu hören, daß er von der ganzen Verordnung nicht mehr weiß als das, was heute früh in den Zeitungen stand. Er und seine großindustriellen Freunde sind von der Verordnung völlig unerrastet worden, und zwar sind sie höchst unangenehm überrascht...“

Nach den schlechten Erfahrungen, die vom Standpunkte der Industrie und der Volkswirtschaft mit dem Kollegisch gemacht worden sind, sieht Kirdorf aber der staatlichen Syndikatspolitik mit größtem Mißtrauen entgegen und er befürchtet durch sie eine ungesunde Beeinflussung der Kohlenindustrie...“

Die Auflösung des Syndikates hätte zurzeit ohne Zweifel starke Preissteigerungen, die weit über die vom Syndikat vielleicht noch vorzunehmenden Zuschläge hinausgegangen wären, hervorgerufen. Kirdorf gibt zu, daß gegen eine derartige Preisbewegung in der Kriegszeit vielleicht Vorkehrungen getroffen werden müßten, er meint aber, daß die Regierung andere Mittel zur Erreichung dieses Zweckes hätte anwenden können. Man mag gegen die beliebten Höchstpreise manches einzuwenden haben, besser als Zwangssyndikate, deren Einfluß über die Kriegszeit hinausgeht, wären sie jedenfalls...“

Das ist die allgemeine Stimmung, wie sie in den Kreisen der Zechenrößen durch die Bundesratsverordnung ausgelöst ist. Man will von einer Verbormung, einem Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht, einer staatlichen Syndikatsaufsicht nichts wissen; denn man befürchtet, daß selbst dann, wenn es diesmal noch gelingen sollte, solche Zehen zu einem Syndikat zu vereinigen, daß dadurch 97 Proz. der Gesamtförderung syndiziert werden, und man also nach Artikel III der Bundesratsverordnung vom Zwangssyndikat vorläufig noch verschont bleibt, doch die jetzige Verordnung nur eine Etappe auf dem Wege sein wird, den gesamten Kohlenbergbau unter Staatskontrolle zu bringen. Wenn man sich zunächst auch gegen den Handelsminister wendet, wittert man doch hinter der Verordnung den Einfluß Helfferichs und hält für möglich, daß die Erkenntnis von der Bedeutung einer ungeführten Funktion des Kohlenbergbaues nicht nur zu Friedenszeiten, sondern mehr noch für die moderne Kriegführung zu allerlei weiteren staatlichen Eingriffen und schließlich gar zur zwangsweisen Verstaatlichung führen könnte.

Wir werden deshalb voraussichtlich in nächster Zeit von allerlei schönen Gründen gegen die „Zwangssyndikate“ und die Beschränkung der freien wirtschaftlichen Beteiligung hören; ein Teil der liberalen Handelspresse beginnt bereits mit der Litanei. Die sozialdemokratische Partei hat nicht den geringsten Anlaß, in diesem Kampf sich für die „Herrentrechte“ der Zehengeellschaften einzusetzen; sie hat vielmehr das größte Interesse an einer recht gründlichen staatlichen Kontrolle des ganzen Bergwerksbetriebes — vorausgesetzt selbstverständlich, daß diese später, nach dem Krieg, reichsrechtlich geregelt und dem Reichstag ein entsprechendes Mitaufsichtsrecht eingeräumt wird.

H. C.

# Sicherstellung der Kriegsernte.

(Amtlich. Berlin, 16. Juli. (B. T. V.) Die Kriegsernte muß, wie auch das Erntewetter ausfallen mag, möglichst vollständig und gut geerntet werden, so daß möglichst geringe Verluste durch Ausfallen der Körner und Auswaschen entstehen. Es handelt sich dabei um große Werte. In Preußen z. B. sind in diesem Jahre reichlich 10 Millionen Hektar mit Getreidefrüchten bestellt. Wenn man annimmt, daß durch Ausfallen und Auswaschen bisher durchschnittlich 80—100 Pfund je Hektar verloren gegangen sind — eine Annahme, die eher zu niedrig als zu hoch sein wird — so ergibt das einen Verlust von 8—10 Millionen Zentnern Getreide, die in der jetzigen Zeit weit über 100 Millionen Mark wert sind. Ganz vermeiden lassen sich diese Verluste nicht, aber es sollten sich alle Landwirte bemühen, sie gerade in diesem Jahre durch ganz besondere Sorgfalt bei der Ernte trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten auf das geringste Maß einzuschränken. Ein Gefahr des Ausbleibens für unser Volk besteht bei unserer jetzigen spärlichen Wirtschaft zwar nicht, aber wir tragen jedenfalls zur Kräftigung unserer Land- und Volkswirtschaft bei, wenn wir den Verlust, z. B. von 4—5 Millionen Zentnern Körnern verhindern.

Das wirksamste Mittel zur Vermeidung der Körnerverluste ist, wie bekannt, das möglichst sofortige Aufstellen des Getreides in Stiegen, Mangeln, Puppen usw., das gegenüber dem bloßen Zusammentragen in Haufen zu dem Zwecke des Aufstehens nicht viel Mehrarbeit und Kosten verursacht. Das in normalen und insbesondere heißen Jahren häufig wesentliche Hindernis für ein baldiges Binden und Aufstellen des Getreides, die reichliche Beimischung grünen Zwischenwuchses (Alee, Serradella, Unkraut), fällt bei der diesjährigen Dürre dieses Jahres in vielen Gegenden ganz weg.

Die vollkommenste Aufstellungsart ist das Puppen mit Deckgarben, d. h. die bekannte Aufstellung von zweimal je vier Garben überkreuz, bisweilen mit einer 9. Garbe in der Mitte gedeckt wird, eine darüber gestülpte starke Garbe als Deckgarbe gedeckt werden. Letztere wird am besten noch einmal weiter unten mit einem doppelten Seil oder Band gebunden. In manchen Gegenden werden jedoch auch die ungebundene Seile in ähnlicher Weise zusammengefasst — was sofort nach dem Mähen geschehen muß und durch Schulkinder leicht ausgeführt werden kann — und mit einer durch ein paar Palme zusammengebundenen Getreidedecke versehen. Denn auch das Puppen mit Decke etwas mehr Arbeit verursacht als das bloße Aufstellen, so gewährt es doch gegen Sturm und Regen ungleich mehr Sicherheit. Außerdem ermöglicht es, mit dem Mähen ein paar Tage früher beginnen zu können, ist aber in diesem Jahre, wo die Mäher sehr knapp sind, von größter Bedeutung. Ferner ist es bei der Aufstellung mit Deckgarben nach einem Regen häufig möglich, die unteren 8—9 Garben nach Abnahme und Beiseitstellung der Deckgarbe schon einzufahren, wenn bei den ungedeckten Stiegen daran noch längst nicht zu denken ist.

Da dieses Jahr das Mähen wie das Puppen durch das fast vollständige Fehlen der Lagerfrucht wesentlich erleichtert werden,



auch die zu bewältigende Strommenge viel geringer als in nassen Jahren sein wird, liegen die Verhältnisse für die Durchführung des Körnerstubes durch Ruppen besonders günstig, und es muß geradezu als Pflicht unserer Landwirte bezeichnet werden, daß sie, wenn ihnen die Arbeitskräfte irgend zur Verfügung stehen, bei unsicherem Wetter dieses Mittel anwenden, um Körnerverluste so weit als möglich zu vermeiden.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Körnerverluste auch noch durch Anbringung von Körnerfängern an den Mähmaschinen, durch Planen auf dem Erntewagen, sowie durch Unterbreiten von Tüchern (aus alten Planen, Säcken usw., die bequem durch Schulländer von Stiege zu Stiege zu schaffen sind) beim Umstürzen und Aufsaden der Stiegen erheblich vermindert werden können.

## Politische Uebersicht.

### Vorarbeiten für die preussische Wahlrechtsreform?

Unter obiger Stichmarke schreibt die „Münchener Post“:

„Das „Leipziger Tageblatt“ beschäftigt sich mit dem preussischen Wahlrecht in einem höchst bemerkenswerten Artikel, der augenscheinlich auf besonderen Informationen beruht und der die gestern von uns zurückgewiesenen Ausführungen des freikonservativen Abg. Vorster in einem eigenartigen Licht erscheinen läßt. Das „Leipziger Tageblatt“ teilt nämlich mit, daß, trotzdem die Regierung im Abgeordnetenhaus die Inangriffnahme der Wahlrechtsfrage für die gegenwärtige Zeit beiseite geschoben hat, im preussischen Ministerium des Innern Vorarbeiten stattfinden, und zwar Vorarbeiten auf ganz bestimmter Grundlage. So behauptet der Artikel, daß man das Mehrstimmenwahlrecht zwar noch nicht habe fallen lassen, aber für die Zuerkennung mehrerer Stimmen das Bildungsmoment nicht mehr in Betracht ziehe, weil man in der Tat niemandem mehr werde beweisen können, daß im Schützengraben der Soldat mit höherer Bildung für die Verteidigung des Vaterlandes wertvoller sei. Auch von der Bevorzugung älterer und kinderreicher Staatsbürger sei man abgekommen, und im gewissen Sinne auch von der Bevorzugung des Besitzes. Indessen verrät der Artikel leider nicht, was man eigentlich an die Stelle dieser Pluralwahlrechtsbestimmungen setzen wolle, da man doch angeblich an dem Mehrstimmenwahlrecht festhalten wolle. Bemerkenswert ist an dem Artikel weiterhin die Andeutung, daß diesmal die neue Wahlrechtsvorlage — ganz gleich, wann sie kommt — nicht an das Parlament gebracht werden solle, bevor man sich hinter den Kulissen durch diplomatische Bearbeitung der Fraktionen und ihrer maßgebenden Männer vergewissert habe, daß die Vorlage auch angenommen werde.“

Die Ausführungen des nationalliberalen Blattes schließen mit einem deutlichen Sieb gegen Herrn Fuhrmann und mit dem Ausdruck der Zuerkennung, daß die Wahlreform zu Stande kommen werde.

Man wird jetzt um so besser begreifen, warum der freikonservative Herr Vorster sich ohne besonderen Anlaß in so heftiger Art gegen jede Reform des Wahlrechts gewehrt hat.“

Diese Andeutungen erscheinen uns reichlich in hysteresis und unwahrscheinlich. Denn daß die preussische Regierung sich schon jetzt den Kopf über eine nach dem Kriege einzubringende Wahlrechtsreform zerbräche, ist kaum anzunehmen.

Vorausichtlich wird der preussische Landtag erst im Jahre 1916 wieder zusammentreten. Was dann geschieht, hängt allerdings sehr wesentlich von der Kriegslage ab, sofern mit einem Winterfeldzug zu rechnen wäre.

### Ein unbachteter Reichstagsbeschluss.

Es kann nicht nachdrücklich genug auf die höchst fremdliche Haltung hingewiesen werden, die das Reichschakamt zu dem einstimmigen Beschluss des Reichstags, den im Felde stehenden Soldaten freie Urlaubsreise zu gewähren, einnimmt. Der Kriegsminister hatte sich zu dem Antrag zustimmend geäußert, der Staatssekretär des Reichschakamtes Dr. Helfferich allerdings hat geschwiegen. Dieses Schweigen des Staatssekretärs fiel zwar auf, nachdem aber der Reichstag seinen Beschluss einstimmig gefaßt hat, war anzunehmen, daß der Staatssekretär Dr. Helfferich der Durchführung dieses Beschlusses keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Statt dessen weiß man jetzt, daß das Reichschakamt in der Tat Schwierigkeit macht, und es hat den Anschein, als ob dem Beschluss des Reichstags erst unmittelbar vor dem Zusammentritt des Parlaments begetretet werden soll, um unangenehme Debatten zu verhüten. Der Reichstag dürfte sich freilich eine solche Behandlung ganz entschieden verbitten; die Sache war durchaus dringlich und jede Sinausziehung bedeutete eine Verschlimmerung des Übels, das durch den Antrag beseitigt werden sollte. Die Kosten können nicht so erheblich sein, denn massenhaft werden die Soldaten bestimmt nicht beurlaubt. Und selbst wenn die Kosten größer sein sollten, als man annimmt, so kann diese Ausgabe bei den ungeheuren finanziellen Aufwendungen, die dieser Krieg erfordert, schließlich ganz gewiß keine besondere Rolle spielen. — Uebrigens verlangen nun auch die Offiziere, daß ihnen freie Urlaubsreise gewährt werden soll; vielleicht, daß diese Tatsache das Reichschakamt etwas gefügiger machen wird. So hat ein Offizier in der „Kölnischen Volkszeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er die hohen Ausgaben vorrechnet, die dem Offizier erwachsen, wenn er eine Urlaubsreise aus eigener Tasche bezahlen soll. Dieser Artikel hat vielfach Zustimmung gefunden, wie sich aus verschiedenen Zuschriften ergibt, die in der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlicht werden. Ein Reserveoffizier z. B. schreibt dem genannten Blatte:

„Ich finde es auch unbegreiflich, daß ein Offizier, der schon elf Monate im Felde steht, die Hin- und Rückfahrt zu zahlen hat, wenn er seine Angehörigen aufsuchen will. Ich bin Ende April zu meiner Familie in Frankfurt gefahren. Ich habe fünf Kinder, die alle die höheren Schulen besuchen, und hatte wichtige Familienangelegenheiten zu besorgen. Endlich habe ich dort noch dienstliche Sachen zu erledigen. Ich besam zehn Tage Urlaub, aber nur gegen Zahlung von der Grenze ab. Ich besuchte zwischendurch noch meine hochbetagten Eltern in Württemberg — mein Vater ist 75, meine Mutter 72 Jahre alt. Für die Fahrt allein hatte ich zu zahlen a) Grenze bis Frankfurt 18,60 M., b) Frankfurt-Donaueschingen

— hin und zurück — 2 mal 17 = 34 M., c) Frankfurt-Grenze 18,60 M., zusammen 71,40 M. Daß die Reise außerdem noch mit größeren Unkosten verknüpft war, liegt auf der Hand. Ich will noch hinzufügen, daß mit mir noch sieben andere Offiziere fuhren, fast nur Junggeheulen, die sämtlich Freifahrten hatten. Ich habe mich darüber gewundert; die anderen aber auch, daß ich zahlen mußte. Bei einer Familie mit sieben Köpfen, wie ich sie zurückgelassen habe, empfinde ich die bare Auslage an Fahrgehalt von über 70 M. ganz empfindlich.“

Von einem Landsturmmann wird der „Köln. Volksztg.“ noch mitgeteilt, daß im Publikum die irrige Meinung bestiehe, als fahre der Soldat auf Freifahrtscheinen auf Urlaub. Das Gegenteil sei richtig. Der Landstürmer z. B., der jetzt rund ein Jahr von Haus und Familie fort und in Feindesland ist, könne zunächst überhaupt erst Urlaub erhalten, wenn er dringliche, von der Heimatsbehörde beglaubigte Gründe vorbringen könne. Erhalte er hierauf Urlaub, so müsse er die Militärfahrkarte selbst bezahlen. Nach neueren Bestimmungen dürfe er trotz bewilligtem Urlaub und dringlicher Gründe nicht fahren, wenn er nicht die nötige Summe vorher nachweisen könne.

Diese letztere Bestimmung bedeutet eine außerordentliche Erschwerung für Urlaubsreisen. Mancher verheiratete Soldat wird schließlich nur das Geld für die Hinreise beisammen haben und annehmen dürfen, daß ihm von seinen Angehörigen das Geld für die Rückreise zur Verfügung gestellt wird. Wenn er nun aber nach obiger Schilderung nicht die ganze Summe nachweist, die für die Reise nötig ist, dann kann er den Urlaub nicht antreten. Damit wäre genau das Gegenteil von dem eingetreten, was im Reichstag von Vertretern aller Parteien gewünscht wurde — nämlich den im Felde stehenden Soldaten soweit als irgend möglich Urlaub zu gewähren. Bei Offizieren liegt die Sache schließlich etwas anders. Hier gibt es den Ausweg, sie unter irgendeinem Vorwand abzukommandieren. Dann genießen sie entweder freie Fahrt oder aber die Fahrt wird ihnen vergütet. Bei den Mannschaften wird derartige nur in den aller seltensten Fällen zutreffen. Nun haben wir gar nichts dagegen einzuwenden, wenn auch den Offizieren freie Urlaubsreise gewährt wird, vor allen Dingen muß aber ganz entschieden verlangt werden, daß das Reichschakamt sich endlich zu dem einstimmigen Beschluss des Reichstags äußert. Der Reichschakatssekretär wird sich sehr irren, wenn er annimmt, daß der Reichstag schon befriedigt sei, wenn vielleicht kurz vor seinem Zusammentritt sein einstimmig geäußertes Wunsch erfüllt werden sollte. Je eher das Parlament gegen eine solche Behandlung Front macht, desto besser schützt es sich für die Zukunft.

### Die dritte Kriegsanleihe.

In einer Versammlung der Väter-Obermeister in Köln teilte der Reichstagsabgeordnete Ehrhant (Zentrum) mit, daß am 24. August im Reichstage über die Aufnahme einer dritten Kriegsanleihe Beschluss gefaßt werden solle. Die Bedingungen sollen hierbei noch günstiger gestaltet werden als bei den ersten beiden Kriegsanleihen.

### Der Wahlrechtsgegner Vorster.

Der freikonservative Landtagsabgeordnete Vorster, der sich kürzlich im Scherischen „Tag“ mit Entschiedenheit gegen jede Reform des preussischen Landtagswahlrechts erklärte, hat eine neue bezeichnende Probe seiner Auffassungen gegeben. In der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für gemeinsamen Wohnungsbau in Köln erzählte er, der verstorbene Finanzminister Riquel habe ihm einmal gesagt, der deutsche Arbeiter habe für alles Geld, nur nicht für seine Wohnung. Die Arbeiter äßen eben lieber gut, tranken und rauchten; mit dieser Tatsache müßten wir rechnen. — Um diese Einschätzung der deutschen Arbeiter richtig zu verstehen, muß festgestellt werden, daß die billigsten Wohnungen der in Frage kommenden Kolonie Wickendorf bei Köln 30,80—38,60 M. kosten; unter Pinguine der monatlichen kommen Wohnungsmieten von 38 bis 45 M. monatlich heraus. Nur ein verschwindender Teil der Arbeiter kann solche Mieten erschwingen; am allermeisten die in der chemischen Fabrik des Herrn Vorster Beschäftigten, die wegen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen in Gewerkschaftskreisen bekannt ist.

Herr Vorster ist übrigens vielfacher Millionär; er gehörte zu den obersten Geldgebern des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

### Im Zeichen des Burgfriedens.

Unter dieser Epithete brachten wir in der gestrigen Nummer einige Auszüge aus dem „Jahrbuch des Deutschen Kriegerbundes, Kalender für 1915“, in dem Angriffe gegen unsere Partei enthalten waren. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Kalender am 1. Juli 1914, also vor Kriegsbeginn, herausgegeben worden ist. Seine Weiterverbreitung sei nach Ausbruch des Krieges nach Möglichkeit eingestellt worden.

### Die Zuckerverförmung.

Ueber die neue Bundesratsverordnung zum Verkehr mit Zucker wird mitgeteilt:

„Bis Ende März sind über die Zuckerverförmung keinerlei Klagen eingelaufen. In diesem Monat ist genau die gleiche Zuckermenge zur Verförmung gelangt, wie im selben Monat des Vorjahres. Erst im April traten plötzlich Klagen über Zuckerknappheit ein. Demgegenüber war es sehr auffällig, daß die Menge des Zuckers, der zur Verförmung gelangte, dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gegenüber ganz gewaltig gestiegen war. Das Mehr betrug in den Monaten April bis Juli 1 800 000 Doppelzentner. So hoch konnte die Steigerung des Verbrauchs nicht sein. Es lag also klar, daß Zucker zu Spekulationszwecken aufgekauft und zurückgehalten worden war. Trotzdem sind aber immer noch genügend Vorräte vorhanden gewesen. Im Juni hat die Zentraleinkaufsgesellschaft allein 850 000 Doppelzentner in den Verkehr gebracht. In den Raffinerien waren am 1. Juli 9 Millionen Doppelzentner Rohzucker vorhanden, außerdem lagerten dort 2 Millionen Doppelzentner Verbrauchs Zucker. Diese Mengen waren hinreichend, um den Bedarf auf mindestens drei Monate hinaus zu decken. Für September war ein Preis noch nicht festgesetzt, anscheinend wurde in interessierten Kreisen damit gerechnet, daß der Septemberpreis gegenüber dem Preis für den Monat August entsprechend höher sein werde. Um nun der Spekulation das Wasser abzugraben, ist der Preis für September in der Höhe des Augustpreises festgesetzt worden. Es wurden ferner Maßnahmen getroffen, um zu verhüten, daß Vorräte aus der alten Kampagne in die neue Kampagne hinübergenommen werden. Die Preise in der neuen Kampagne dürften sich infolge der gestiegenen Kosten etwas erhöhen, deshalb war es notwendig, zu verhindern, daß der Zucker aus der alten Kampagne hinübergenommen und dann zu höheren Preisen verkauft wird. Damit glaubt man die Spekulation ausgeschaltet zu haben. Der Großhandel hat sonst

auf den Raffineriepreis 2 Proz. aufgeschlagen. Diesmal hat der Großhandel bis zu 20 Proz. erhoben. Dem wird jetzt damit entgegengetreten, daß Höchstpreise für den Großhandel festgesetzt wurden, die allerdings erst am 22. Juli in Kraft treten, weil man den Besitzern der Zuckervorräte die Möglichkeit geben will, diese Vorräte abzugeben. Dagegen scheint es nicht angebracht, Kleinhandelspreise für das ganze Reich festzusetzen, weil die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden zu verschieden sind. Das sei Aufgabe der Bundesstaaten, die einen besseren Ueberblick über die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden haben. (Es wäre u. E. wünschenswert, den Bundesstaaten die Verpflichtung zur Festsetzung von Kleinhandelspreisen aufzuerlegen.) Eine Zuckerknappheit kann sowohl für dieses als auch für das nächste Jahr als vollständig ausgeschlossen gelten. Die Reserve von 23 Proz. der diesjährigen Produktion ist freigegeben worden. Außerdem lagern im Hamburger Freihafen noch Mengen von annähernd anderthalb Millionen Doppelzentner Zucker. — Es steht sonach fest, daß die Zuckerknappheit sowohl als auch die gesteigerten Preise lediglich die Folge einer wilden Spekulation des Zucker-Großhandels waren und man darf hoffen, daß manmehr wieder normale Zustände Platz greifen werden.“

## Aus der Partei.

### Kampfschlossenheit.

Uns wird geschrieben: Sowohl im Kampfe gegen das Munitionsgesetz wie in der Opposition wieder die Registrierungsfrage hat die englische Unabhängige Arbeiterpartei in der letzten Zeit innerhalb und außerhalb des Parlaments ihren Mann gestanden. Es war von vornherein ein aussichtsloses Ringen, da die große Mehrheit der Volksvertretung mit der Koalitionsregierung einverstanden war. Die Unabhängigen haben sich aber das kleine Häuflein unserer Genossen hat sich sehr wacker geschlagen, bis es ehrenvoll unterlag. Eine gewisse, wenn auch nicht gerade bedeutende Unterstützung erhielten die Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei, für die besonders Ramsay MacDonald und Philipp Snowden das Wort führten, von einigen Radikal-Liberalen, die ebenso wie sie die innere Freiheit Englands gefährdet glauben, und es mag ihnen auch einige Genugtuung bereiten, daß ein nicht unbedeutender Teil von liberalen Abgeordneten, obwohl sie im Hause anwesend waren, sich der Abstimmung fernhielten. Um so schmerzlicher freilich wird es ihnen sein, daß die meisten der gewerkschaftlichen Mitglieder der Labour Party die Regierung unterstützten und unter Verzicht auf frühere sogenannte Grundsätze den von den Konservativen bejubelten Gesetzentwürfen zum Siege verhalfen.

Weniger mutige und zielbewusste Politiker würden sich vielleicht durch solche Erfahrungen abschrecken lassen. Die Unabhängige Arbeiterpartei aber ist in der sicheren Ueberzeugung, daß die Zukunft ihr recht geben wird, fest entschlossen, auf ihrem Wege zu verharren und die Pläne nicht ins Korn zu werfen. Sie und ihr Organ, der „Labour Leader“, werden, wie Genosse MacDonald versichert, keinerlei Anordnung respektieren, die versucht, sie zu veranlassen, das Land zu betrogen. Der höchste Dienst, der einem Soldat in Kriegeszeiten geleistet werden kann, ist, ehrlich die Gefahren aufzuzeigen, die ihn umlauern; ist es, ihm zu erschweren, daß er seine eigene Seele aufgibt, weil sie ein Hindernis bei der Verfolgung des Feindes sein könnte; ist, geduldig und unermüdelich jede Möglichkeit zu einem dauernden Frieden zu suchen. Dieser Dienst wird die Unabhängige Arbeiterpartei fortführen, ihrem Lande zu leisten, mag es von wem immer betrogen werden.“

Das sind Worte von erfrischender Kraft, und erfreulicherweise findet die in ihnen niedergelegte Ueberzeugungstreue, wie Zuschriften an den „Labour Leader“ beweisen, auch in den Massen der Gewerkschaftler — die Führer stehen bekanntlich zum größten Teil auf der anderen Seite — ihren Widerhall.

### Stellungnahme der Organisationsleiter der Provinz Hannover.

Der hannoversche „Volkswille“ schreibt: „In drei Sitzungen hatte eine Versammlung der dazu Berufenen Vorstände über die Kämpfe in der Partei und den Gewerkschaften beraten. Genosse Brey legte die Gründe der Zustimmung der Fraktion zu den Kriegsanleihen dar. An diesen Vortrag schloß sich eine Aussprache, in der von den Anhängern der Mehrheit und Minderheit alle Redner zu Wort gekommen waren, die sich meldeten. Am Schluß der dritten Sitzung wurde folgender Beschluss angenommen:

Der Provinzialvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Hannover, die Vorstände des Gewerkschaftsrates und des Sozialdemokratischen Wahlvereins sowie die Bezirksführer des letzteren in Hannover und die in den Organisationen tätigen Redner nahmen Stellung zu den Parteistreitigkeiten über die Haltung und die Taktik der Reichstagsfraktion bei Bewilligung der Kriegsanleihen und erklären folgendes:

Die Bewilligung der Kriegsanleihen durch die sozialdemokratische Fraktion war eine Notwendigkeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes, von dem die in der modernen Arbeiterbewegung organisierten Arbeiter einen großen Teil bilden. Deren Ertragsleistungen sind mit der Existenz und Unverletzlichkeit des Landes und Volkes untrennbar verbunden.

In Erkenntnis dieser Notwendigkeit halten die Vorstände die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung für unerlässlich und verurteilen das schädliche Treiben derjenigen, die versuchen, die Partei in einer bisher nicht üblichen Form und unter größtmöglicher Verschärfung der Mehrheit der Partei und Fraktion an einer der Arbeiterbewegung und dem ganzen Volke schädlichen Taktik zu verleiten.

Mit der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, deren Preisgabe das Ende der Bewegung bedeuten würde, steht die vom Genossen Haase als Vorsitzenden der Partei herbeigeführte Veröffentlichung des Aufrufs „Ein Gebot der Stunde“ in schärfstem Widerspruch, zumal die Veröffentlichung ohne zuvorige Beratung im Parteivorstand erfolgt ist. Sie mißbilligt das Vorgehen des Genossen Haase, ebenso wie alle Bestrebungen, die darauf hinausgehen, eine Umkehr von der bisherigen Haltung der Partei zu erreichen.

Die Vorstände erwarten von der Sozialdemokratischen Partei, daß sie in der bisherigen Weise weiter zum Nutzen der ganzen Arbeiterbewegung tätig sein wird. Sie machen es sich zur Pflicht, selbst in diesem Sinne zu wirken.

Von 58 Teilnehmern an der Aussprache stimmten nur zwei gegen diese Resolution.

Ein von Anhängern der Minderheit eingebrachter Antrag wurde vorher mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Mit diesem Beschluss haben sich die genannten Körperschaften und die zur Verbreitung unserer Anschauungen berufenen Redner rückhaltlos hinter die Mehrheit der Fraktion gestellt, in der sicheren Erwartung, damit in Uebereinstimmung mit den organisierten Arbeitern Hannovers zu stehen.“

### Zur Gründung der gewerkschaftlichen Frauenzeitung.

Im Anschluß an den Bericht über die Tagung der Gewerkschaftsvorstände schreibt die „Eiserfelder Freie Presse“:

„Dieser uns von der Generalkommission zugesandte Bericht fordert zu einigen Bemerkungen heraus. Er enthält einen Passus, der sich auf Verhandlungen über Parteiangelegenheiten bezieht. Ihn haben wir vertagt, weil erst später dazu das Nötige gesagt werden kann. Wir



find, das kann schon sehr ausgesprochen werden, der Meinung, daß die Zentralvorstände der Gewerkschaften in ihrer eigenen Nähe sozial „Desorganisationsabsichten“ wider die einzige Arbeiterbewegung bemerken könnten, wie da, wo sie solche mit Vorliebe suchen.

Sehr von Interesse ist auch, daß die Generalkommission nunmehr eine Gegenüberstellung gegen die „Gleichheit“ vornehmen will. Eine „gewerkschaftliche Frauenzeitung“, dagegen hätten wir nichts, die hätte die Generalkommission unserm Gegenstande längst ihren Aufgabenkreis einverleiben können. Aber hier handelt es sich offenbar um etwas anderes. Man will der „Gleichheit“ das Wasser abgraben versuchen und auf diese Weise bei den Frauen etwas ähnliches erreichen wie der „Grundstein“ des Bauarbeiterverbandes mit seinem „neuen Aktionszentrum“ in der Gesamtarbeiterbewegung. Deshalb hat man weder „ein Bedürfnis“ nach einer Aussprache mit dem Parteivorstande, noch anerkennt man einen „voraussichtlichen Erfolg“. Das ist, wie gesagt, sehr von Interesse nicht nur vom Standpunkte des Gewerkschafters, sondern auch von dem des Parteimitgliedes.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ bemerkt:

„Ein Wort zu der Debatte der Konferenz über die „Gleichheit“ und den Beschluß, eine gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen. Was die an der „Gleichheit“ geübte Kritik anlangt, so bedarf dies Blatt keiner Verteidigung. Die „Gleichheit“ hat sich unbestritten die führende Rolle in der Fraueninternationalen errungen. Diese ihre Stellung ist Verteidigung genug. Sie verbannt diese ihre Stellung der unergieblichen Klarheit, Festigkeit und dem hervorragenden literarischen Talent, mit dem sie die proletarische Frauenbewegung zu einer zielklaren sozialistischen Klassenbewegung gemacht hat. Die an ihr geübte Kritik charakterisiert nicht so sehr die „Gleichheit“ als ihre Kritiker selbst.“

Diese Kritik enthält auch den Sinn der Gründung einer „gewerkschaftlichen Frauenzeitung“. Man will gegenüber der streng prinzipiellen Frauenzeitung ein reformistisches Gegenstück haben.

Das „Aktionszentrum“ außerhalb der Sozialdemokratie, von dem die „Leipziger Volkszeitung“ spricht, sieht wohl in der Gründung eines reformistischen Gegenorgans gegen die „Gleichheit“ auch ein Stück Arbeit für die so hoch gepriesene Parteieinheit.“

### Aus den Organisationen.

Die Funktionäre des vierten Berliner Reichstagswahlkreises beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit der jetzigen politischen Situation und nahmen gegen 10 Stimmen nachstehende Resolution an:

„Die heute, am 5. Juli 1915, von 320 Funktionären besuchte Kreisversammlung des vierten Berliner Reichstagswahlkreises nimmt mit Genugtuung Kenntnis von dem in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Artikel der Genossen Haase, Bernstein und Kautsky und ist vollinhaltlich damit einverstanden. Sie bedauert das Vorgehen des Parteiausschusses, der die Stellungnahme des Genossen Haase gemißbilligt hat, und bekundet dem Genossen Haase ihre volle Sympathie. Die Konferenz erwartet, daß vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion in dem Artikel angeordnete Politik befolgt wird.“

Der Kreisvorstand des Wahlkreises Höchst-Uffingen hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Vorstand des Wahlkreises Höchst-Homburg-Uffingen verurteilt alle auf die Störung der Parteieinheit gerichteten Bestrebungen. Er erblidet aber in der in letzter Zeit oft besprochenen Eingabe, die eine Anzahl Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion gelangen ließen, weder eine Sonderbündelei, noch eine gegen das Organisationsstatut verstoßende Handlung. Der Vorstand ist der Ansicht, daß es ein gutes Recht der darum angegriffenen Parteigenossen ist, eine andere Meinung zu haben und diese zum Ausdruck zu bringen. Auf das schärfste weist der Kreisvorstand zurück, daß die Mehrheit in den Parteistimmen und ihre Hintermänner jede andere Meinung über die seither von diesen Instanzen betriebene Politik, die sich auf durchaus legalem Wege Geltung zu verschaffen bestrebt, mit dem Vorwurf der Parteispaltung brandmarken will. Dieser Vorwurf paßt eher auf Tendenzen, wie sie Heine, Kolb und andere ungehindert und ungerügt propagieren können. Der Kreisvorstand schließt sich den Bestrebungen an, die unsere Partei zu ihrer früheren Stellung zurückzuführen wollen, weil der ganze Verlauf der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ihn in dieser Ansicht nur bestärken kann.“

Die Redaktion der in Wiesbaden erscheinenden „Oberhessischen Volkszeitung“ schließt sich dieser Auffassung durchaus an.

Eine in Dittensen stattgehabte Konferenz des sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreises, die sich u. a. auch mit den Vorparlamenten in der Partei beschäftigte, nahm folgende Resolution mit 80 gegen 2 Stimmen an:

„Die heute, den 11. Juli, tagende, von 28 sozialdemokratischen Ortsvereinen besuchte Konferenz des sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreises erklärt, daß sie die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit in der Kriegsfraße durchaus billigt. Die Konferenz verurteilt auf das entschiedenste die Bestrebungen einer Minderheit von Parteimitgliedern, die Einheit der Partei zu vernichten und verurteilt insbesondere das Verhalten des Genossen Haase, der in seiner Eigenschaft als Parteivorstand ein Kautsky-Beispiel disziplinlosen Handelns gibt. Die Konferenz erklärt es für die Pflicht aller Genossen und Genossinnen, gegen das parteischädigende Wirken jener Minderheit Front zu machen und ihre ganze Kraft für die Einheit der Partei einzusetzen.“

Eine Sitzung der erweiterten Bezirksleitung der Partei des Niederrheins nahm Stellung zu den Verhandlungen und Beschlüssen der letzten Sitzung des Parteiausschusses. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Die Bezirksleitung der Partei des Niederrheins bekennet sich nochmals ausdrücklich zu dem in ihrem Memorandum vom 23. Juni dargelegten allgemein- und parteipolitischen Standpunkt. Sie bedauert, daß der Parteiausschluß die damit gebotene Möglichkeit einer Einigung innerhalb der Partei ausgeschlossen und so die Herbeiführung ihrer Geschlossenheit gegenüber den künftigen Aufgaben erschwert hat. Ganz unangebracht hält die Bezirksleitung den Beschluß des Parteiausschusses gegen die Haltung des Genossen Haase, die sie vollkommen billigt und den Parteimitgliedern als Richtschnur empfiehlt.“

### Schädigung der schweizerischen Sozialdemokratie durch den Krieg.

Wie in den kriegsführenden Ländern von allen Parteien die sozialdemokratische durch die Menschenverluste am empfindlichsten geschwächt wird, da ihre Reihen in der Hauptsache aus den Altersklassen von 20 bis 50 Jahren gebildet werden und sie von den Altersklassen von über 50 Jahren viel weniger Angehörige zählt als die bürgerlichen Parteien, so wird die schweizerische Sozialdemokratie durch die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges bedeutend geschwächt, ganz

anders als die bürgerlichen Parteien mit den Unternehmern, Bauern, Beamten, Angestellten usw. Aus allen Gewerben und Industrien sind viele schweizerische Arbeiter während des Krieges wegen völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit und unbefriedigender Lohnverhältnisse, gegen die die steigende Verteuerung der Lebenshaltung in großem Gegensatz steht, ins Ausland ausgewandert, so namentlich auch aus der Uhrenindustrie, deren Arbeiter in ausländischen Fabriken meistens als Mechaniker tätig sind. Diese Arbeiterauswanderung hat am letzten Sonntag unserer Partei im Kanton Neuchâtel bei den Gemeindevahlen in die befürchteten Niederlagen gebracht. In der großen, circa 40 000 Einwohner zählenden Uhrenindustriestadt Chaux-de-Fonds hatte unsere Partei seit drei Jahren mit 21 von 40 Mitgliedern des Generalrats (Stadtverordnetenversammlung) die Mehrheit, ebenso im kleinen Stadtrat und den übrigen städtischen Behörden, ein Zustand, der die Gegner in steter Empörung erhielt, um so mehr, als die sozialdemokratische Stadtverwaltung manche bürgerliche Liebhaberei und Schlamperie beseitigte und auch protegierte minderbefähigte städtische Beamte durch tüchtigere Männer ersetzte. Während des Krieges eskalierte die sozialdemokratische Stadtverwaltung eine allseitige gemeinnützige Fürsorge für das Wohl der Bevölkerung, mit der sie wohl an der Spitze aller schweizerischen Gemeinden marschierte. Sie kaufte große Mengen Lebensmittel ein, so z. B. 30 Eisenbahnwagen Kartoffeln, insgesamt 1 689 500 Kilogramm Lebensmittel für 581 822 Frank. Sie setzte Höchstpreise für Milch und Brot fest, um dem Lebensmittelpreiser entgegenzutreten; vermittelte zwischen dem Mieter und Hausbesitzer, half den ersten mit Beiträgen für den Mietzins; hand den Uhrenfabrikanten tatkräftig zur Seite bei der Erlangung neuer Aufträge und Beschaffung von Rohmaterial, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Bei aller sozialpolitischen und gemeinnützigen Tätigkeit verstand es die sozialdemokratische Stadtverwaltung, die Gemeindefinanzen im Gleichgewicht zu erhalten, und dennoch verlor unsere Partei bei den Wahlen am Sonntag ihre Mehrheitsstellung, indem sie nur 18 Vertreter erhielt, also 3 Mandate verlor, die Liberalen 16 und die Konservativen 6, beide bürgerliche Parteien zusammen also 22 Vertreter erhielten und somit eine Mehrheit von 4 Stimmen haben, 300 bis 400 ausgewanderte Uhrenarbeiter, aber auch enttäuschte und verkehrte Kleinbürger, die 1912 mit den Sozialdemokraten stimmten, diesmal aber zu den Bürgerlichen überliefen, haben die Niederlage unserer Partei verschuldet. Die vergleichen Stimmengahl veranschaulicht diese parteipolitischen Verschiebungen. Es erhielten nämlich Stimmen:

	1912	1915
Sozialdemokraten . . . . .	3408	8100
Liberalen . . . . .	2231	2800
Konservative . . . . .	1028	1000

Unsere Partei hat ihre Stellung als stärkste Partei behauptet, aber die Liberalen haben so viele Stimmen gewonnen, als jene verloren hat. Diese Vorgänge erinnern an die bekanntlich ebenfalls sehr wechselvolle Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Offenbach. Unsere Gegner jubeln natürlich, um so mehr, als unsere Partei auch in der Uhrenarbeitergemeinde Le Locle ihre Mehrheit von 23 Vertretern mit dem Stützpunkt auf 18 verlor, ferner auch in der Stadt Neuchâtel und anderen Gemeinden Verluste erlitt, die offenbar alle durch die Verminderung der stimmberechtigten Arbeiter verschuldet wurden.

In Chaux-de-Fonds scheinen übrigens bürgerliche Wahlunregelmäßigkeiten vorgekommen zu sein, so daß zwei sozialdemokratische Mitglieder des Wahlbureaus das Protokoll nicht unterschrieben. Möglicherweise gibt es eine Wiederholung der Wahl mit anderen Ergebnissen.

Auf jeden Fall bedeuten die Wahlniederlagen unserer Genossen im Kanton Neuchâtel nur einen Zwischenfall von vorübergehender Bedeutung. Der Kampf und die Bewegung geht weiter und die Zukunft gehört doch der Sozialdemokratie trotz alledem!

## Soziales.

### Zwanzig Mark Monatsgehalt.

In welcher Weise weibliche Arbeitskraft ausgenutzt wird, zeigte sich in einer Verhandlung vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts.

Dort klagte die Kontoristin M. gegen die Buchdruckerei von Gebrüder Schmidt auf Zahlung von 80 M. Gehalt. Diese Summe verteilt sich auf vier Monate; denn die Klägerin, die vorher eine dreivierteljährige Lehre durchgemacht hatte, bezog als Handlungsgehilfin bei der Beklagten insgesamt 20 M. für den Monat ohne irgendwelche sonstige Vergünstigungen. Zwei Tage vor Weihnachten wurde das junge Mädchen ohne weiteres auf die Straße gesetzt, weil es sich — einige Tüten aus dem Geschäft angeeignet haben sollte. Die Gehaltsforderung der Kontoristin wurde von der Firma damit beantwortet, daß diese Strafangelegenheit erkaufte. Einen Erfolg hatte sie damit selbstredend nicht; die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein. Nach Erledigung der Strafangelegenheit kam nun der Rechtsstreit vor dem Kaufmannsgericht wieder zur Verhandlung. Die Firma zog es diesmal vor, zum Termin erst gar nicht zu erscheinen, so daß Verfallurteil in voller Höhe ergangen konnte. Die Personalpapiere der Klägerin hat die Beklagte über ein halbes Jahr einbehalten. Der Vorsitzende drückte auch der im Termin anwesenden Mutter des jungen Mädchens sein Erstaunen darüber aus, daß sie es billige, daß ihre Tochter für ein derart auffallend niedriges Gehalt arbeite. Die Mutter erwiderte darauf, die Tochter wäre sonst stellunglos geblieben; in der Not habe sie schließlich eingewilligt, daß die Tochter den Posten annehme, wenn die Bezahlung auch gering gewesen sei.

### Der Betriebsleiter als Arbeiter.

Einen bemerkenswerten Beschluß faßte in ihrer letzten Sitzung die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Es handelte sich um die gerade in jetziger Zeit besonders wichtige Frage, ob die Einführungsarbeiten schon für die Stellung des Gehilfen von entscheidender Bedeutung sind. Der Kläger in dem betreffenden Prozeß war mit telegraphischer Bestätigung für den belagten, eine Granatendruckerei, unter Festsetzung eines Monatsgehalts von 300 M. engagiert worden. Er klagte vor dem Kaufmannsgericht, da er der kaufmännische Betriebsleiter sein sollte. Die Beklagte bestritt dies aber und legte zum Beweise Arbeitsbücher vor, aus denen hervorgeht, daß die Bücher auf den Namen des „Arbeiters R.“ ausgeschrieben wurden, und daß der Kläger auch die gewerbliche Arbeit verrichtet hatte. Hiergegen wandte der Vertreter des Klägers folgendes ein: Es sei wohl richtig, daß A. bei der Fabrikation selber mit tätig war, das geschah jedoch nur zu dem Zweck, um ihn in den ihm fremden Geschäftsbereich einzuführen. Damit er sich später bei seiner kaufmännischen Leitung von dem ganzen Betriebe das rechte Bild machen könne, habe er eben, wie das in sehr vielen Branchen der Fall sei, „von der Pike auf“ das Fachgebiet seiner ganzen Ausdehnung kennen lernen sollen. Damit sei er aber noch nicht Arbeiter, Gewerbegehilfe geworden. Zum Beweise dafür, daß es sich bei A. zuerst nur um eine vorbereitende Tätigkeit für seine Betriebsleiterstellung gehandelt habe, berief sich der Vertreter auf einen Zeugen.

Das Kaufmannsgericht beschloß, den vom Vertreter des Klägers vorgelegten Zeugen zu vernehmen; es legte also damit den Darlegungen des Vertreters eine für den Prozeß erhebliche Bedeutung bei. Der Ausgang des Prozesses hängt davon ab, ob der Zeuge das Vorliegen einer nur vorbereitenden Tätigkeit des Klägers bestätigen kann.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Verband der Maler und Lackierer. Von der Berliner Filiale sind 1614 Verursollegen eingezogen. Der Filialvorstand hat in Erwägung gezogen, ob nicht infolge der abnorm teuren Lebensbedingungen eine Notzulage bei den Unternehmern zu erwirken wäre, zumal einige Firmen dies bereits schon bewilligt hätten. Der Vorstand hat sich an den Hauptvorstand gewandt zwecks Durchführung der Frage auf zentraler Grundlage; doch hat der Hauptvorstand erklärt, von derartigen Forderungen Abstand nehmen zu müssen. Er hat dies damit begründet, daß die Konjunktur in der Provinz nicht überall gleich sei, andererseits aber ein Tarifvertrag bestünde und solche Verträge unter allen Umständen einzuhalten seien.

Der Berliner Unternehmerverband des Baugewerbes hat sich bekanntlich schärfstens gegen jegliche Notzulage gewandt und es damit begründet, daß in die bestehenden Tarifverträge keine Pausche gelegt werden dürfe. Der Filialvorstand hat sich trotzdem mit einer entsprechenden Eingabe an den Vorstand der Malergewerkschaft Berlins wegen einer Notzulage gewandt. Die Charlottenburger Innung sah ein, daß der Wunsch berechtigt sei und schlug vor, eine oder zwei Stunden täglich — länger arbeiten zu lassen, dann verbleiben die Arbeiter gleich mehr. Die Reußländer Innung hat ebenfalls schon eine Vorberatung gepflogen.

Wie y betonte in der Quartalsversammlung der Berliner Filiale, daß eine Aenderung des Tarifvertrages ausgeschlossen sei, niemand denke daran. Das aber würde eintreten, wenn die Arbeitszeit verlängert würde; aber eine solche Kriegszulage, wie sie gefordert werde, verträge sich sehr gut mit dem bestehenden Tarifvertrage. Eine Situation wie die jetzige habe beim Abschluß des Tarifvertrages niemand voraussehen können. Niemand vom Malerverband denke an Tarifbruch, niemand an eine gewaltsame Durchdringung der Zulage — aber andererseits könne man es keinem Verursollegen verdenken, wenn er in besserzahlende Berufe übergehe.

Die Abrechnung der Filiale Berlin des Malerverbandes zeigt folgendes Bild: Einnahme 70 580,91 M., Ausgabe 23 905,11 M. Bleibt ein Bestand von 46 675,80 M.

### Deutsches Reich.

#### Uebervundene Hochkonjunktur.

In Lodz sollen nach Angabe russischer Arbeiter 10—12 000 Textilarbeiter nach Deutschland gesucht werden. In der Tat haben sich die Handelskammern mehrerer Orte mit starker Textilindustrie den Unternehmern zur Beschaffung russisch-polnischer Textilarbeiter in Erinnerung gebracht. Es sind auch schon eine ganze Anzahl russischer Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lausitz und Niederschlesien beschäftigt. Allein in Forst wurden vom Textilarbeiterverband 160 Russen gezählt, von denen 30 bereits vor Kriegsausbruch dort waren. Weiter sind solche beschäftigt in Spremberg, in Guben, in Grünberg usw. Leider ist die Konjunktur jetzt im Sinken. In Thüringen, Grimnitzkau und dem Rheinland werden Arbeiter aus der Textilindustrie entlassen.

Vor einiger Zeit erhielt die Oberlausitzer Gauleitung des Textilarbeiterverbandes von der Handelskammer in Jittau folgendes Schreiben:

Sekretariat  
der Handelskammer zu Jittau.  
A. B. Nr. 3404. R. 22.

Jittau, den 7. Juni 1915.

An die Ortsgruppe Rirschau-Kunewalde  
des Deutschen Textilarbeiterverbandes  
zu Händen des Herrn von den Berg,  
Rirschau.

Von einer außerschlässischen Handelskammer wird beabsichtigt, für die unter Mangel an Arbeitskräften leidenden Textilfirmen ihres Bezirkes russisch-polnische Arbeiter aus den okkupierten Gebieten Rußlands heranzuziehen, wozu laut Erlass des preussischen Ministeriums des Innern vom 11. Mai 1915 der Radweiz zu erbringen ist, daß die Beschaffung von geeigneten Kräften aus dem Inlande insbesondere aus dem Königreich Sachsen nicht möglich gewesen ist.

Die in Frage kommende Kammer hat an uns das Ersuchen gerichtet, ob und in welchem Umfange Angebot von Arbeitern aus der Textilbranche besteht. Bevor wir diesem Ersuchen entsprechen, wenden wir uns an Sie mit der Bitte, uns Ihre Ansicht hierüber gefl. mitzuteilen.

Für die Ihnen verursachte Mühe danken wir Ihnen im voraus verbindlich.

Das Sekretariat der Handelskammer.  
Döring.

Der Gauleiter des Textilarbeiterverbandes konnte darauf erwidern:

Deutscher Textilarbeiterverband  
Gau XI, Reigersdorf i. Sa.  
Mitterteufel 274a. Telefon Nr. 268  
A. B. Nr. 3404. R. 22.

Rirschau i. Sa., den 10. Juni 1915.

An das Sekretariat der Handelskammer  
zu Händen des Herrn Sekretär Döring, Jittau.

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 7. d. M. erwidere Ihnen, daß in der Rirschauer Textilindustrie augenblicklich ein schlechter Geschäftsgang ist. Viele Arbeiter arbeiten nur abteilungsweise eine Woche um die andere. Es wäre somit nicht unmöglich, eine Anzahl Textilarbeiter bereit zu finden, nach auswärts Arbeit anzunehmen.

Um diesfalls aber an die Arbeiter heranzutreten, ist es nötig zu wissen, um welchen Bezirk es sich handelt, welche Artikel dort hergestellt werden, und wie die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse sind.

Sollten Sie mit diesen gewünschten Angaben dienen können, so würde ich in der Lage sein, mich weiter in der Sache zu bemühen.

Hochachtungsvoll

(Unterschrift).

Der „Textilarbeiter“ hält es für angebracht, daß in allen solchen Fällen bei der Zentralverwaltung des Textilarbeiterverbandes angefragt werde, die schnell feststellen könne, ob und wo freie Arbeitskräfte vorhanden seien. Es müßte also festgestellt werden, daß sich die Handelskammern erst bei den Organisationen der Arbeiter erkundigen, ob die gesuchten Arbeitskräfte im Inlande zu haben sind.

### Ausland.

#### Die erste Landarbeiter-Gewerkschaft in der Schweiz.

Im Kanton Thurgau hat unser Genosse Arbeiterssekretär Höppli eine Landarbeiter-Versammlung einberufen, die von 50 Mann besucht war und die Gründung eines thurgauischen Landarbeiterverbandes beschloß. Damit ist der längst erwartete und notwendige Anfang der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter in der Schweiz gemacht, die unter unbefriedigenden wirtschaftlichen Verhältnissen arbeiten und ihren Herken bei Wahlen und Volksabstimmungen das politische Stimmrecht machen müssen, auf dem zum Teil auch die Machtstellung der bürgerlichen Parteien in Gemeinde und Staat beruht.

#### Die neuen Industrieverbände in der Schweiz.

Bereits mit dem 1. Juli sind die durch Verschmelzungen entstandenen neuen Industrieverbände der Metallarbeiter und Uhrenarbeiter, sowie Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter in Wirksamkeit getreten. Diese Verschmelzungen haben sich überraschend leicht und rasch vollzogen.



# Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**  
Am 14. Juli verstarb unser Parteigenosse  
**Albert Kiebusch**  
(Jägerstr. 56, 120. Bezirk.)  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuköllner Friedhof, Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Fritz Block**  
am 11. Juli gestorben ist.  
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Paul Succo**  
am 14. Juli gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 17. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Hause in Glienicke (an der Nordbahn), Lothringers Str. 7, aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung ermahnt  
116/11 Die Ortsverwaltung.

**Verein der Freidenker für Feuerbestattung zu Berlin.**  
Am 14. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Buchbinder Herr  
**Franz Wanna**  
Sebastianstr. 72.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung findet statt am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 2. Juli fiel als eins der unzähligen Opfer mein jugendlicher Freund, der hoffnungsvolle, älteste Sohn meiner Eltern, liebevolle Bruder, Neffe und Onkel, der Künstler  
**Max Scheidemann.**  
Er hat mir durch seinen gefunden Humor und Unergründlichkeit über manche für mich bittere Stunden hinweggeholfen, so daß ich mich Zeit meines Lebens seiner in Denkbareit erinnern werde.  
Hugo Lehmann.  
578/1

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein ungeliebter Mann und guter Vater, Bruder und Schwager, der Schlosser  
**Paul Succo**  
nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Im tiefsten Schmerz:  
**Die trauernde Gattin**  
nebst Sohn.  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Glienicke (Nordbahn), Lothringers Str. 7, aus statt.

**Kranzspenden**  
sowie sämtliche  
**Blumenarrangements**  
liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 1017303.  
**Haben Sie Fußbeschwerden?**  
empfehle nach Maß passende gearbeitete Stützsohlen (sowie Bruchbandagen aller Art, Leibbinden, Stützvorläufer, Kräfte zur Gelenkheilung u. Krankenpflege).  
**Pollmann, Bandagist**, Berlin N, Lothringers Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.  
**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 11-2 und 5-8

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.  
Tel.-Amt Kottbuscherplatz 10623, 3578. Bureau: Kungestraße 30.

Montag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, bei Dannenberg, Holzmarktstr. 21:

## Branchen - Versammlung

### Laden- u. Kontormöbel!

Tagesordnung:  
Unsere neuen Vertragsbestimmungen.  
Dienstag, den 20. Juli, abends 5 1/2 Uhr, bei Fröhlich, Büchertstraße-Ecke, Fontane-Promenade 15:  
**Bezirk Süden und Südwesten.**

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Mölbers, Gauvorsteher, Hannover: Der Krieg und unser Verband. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Mittwoch, den 21. Juli, abends 8 Uhr, bei Abendroth, Adalbertstr. 61:  
**Brandenkommisssions- und Vertrauensmännerführung.**

85/12 Die Ortsverwaltung.

# DRUCK ARBEITEN

in guter Ausführung liefert  
**VORWÄRTS**  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt  
Berlin SW. 68 · Lindenstrasse 3

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch **Nidelswerder**,  
an der neuen Meerstraße beim **Alten Freund**.

# Dokumente

zum Weltkrieg 1914  
Herausgegeben von Eduard Bernheim  
Heft 1: Das deutsche Weißbuch Preis 30 Pf.  
Heft 2: Das englische Weißbuch 1. Die Geschichtsdarstellung und die Erklärungen der Minister. Preis 30 Pf.  
Heft 3: Das englische Weißbuch 2. Der Depechenwechsel des britischen Auswärtigen Amtes. Preis 30 Pf.  
Heft 4: Das russische Orangebuch Preis 30 Pf.  
Heft 5: Das belgische Orangebuch Preis 30 Pf.  
Heft 6: Das belgische Weißbuch 1. Vorboten und Vorspiel. Preis 30 Pf.  
Heft 7: Das belgische Weißbuch 2. Die Zeit vom 24. bis 28. Juli 1914. Preis 30 Pf.  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

**Letzte Tage** des großen Inventur-Ausverkaufs.  
**Größte Eile geboten!!**  
Infolge der Preisermäßigung in Jahren nicht wiederkehrend.  
Teils Sommer Letzte Ermäßigung bis 70%, Teils Winter (Pflüch u. Pelz u. Ulster).  
Elegante Seidenmäntel, Eoliane, Moiree, Tuch, Modelle kurz u. lang Inventurpr. 25.- sonst bis 100.-  
Gediegene Kamagarn-Baumwollmäntel, beste Gummierund 24.- sonst bis 39.-  
Seidene Gummimäntel, schwarz u. in reizenden Farben 39.- sonst bis 71.-  
Wunderbare Kostüme, blaue Kamagarn, grün, schwarz, weiß 20.- sonst bis 35.-  
Modellkostüme in blauer Seide, Tafel, Kamagarn mit Handversehndungen u. wundervoller Ausführung 50.- 25.-  
Koverkot-Mäntel bis 100 lang sonst 20.- für 12.-  
Elegante Koverkot-Mäntel auf Seide, erstklassige Ausführung 50.- 27.-  
Pflüch - Pelzmäntel u. Winter-Ulster.  
Pelzmäntel werden bei Anzahlung aufbewahrt und in Konservierung genommen.  
Echte lange Seal-Pelz-Mäntel auf reinseid. Futter statt bis 150.- für 80.-  
Gediegene Wolpflüch-Mäntel, acht Mohr, auf Herrentafel . . . statt bis 115.- für 60.-  
Feine Seidenspflüch-Mäntel auf la Duchesse statt bis 125.- für 60.-  
Wunderbare Ulster, beste Stoffe, statt 60.- bis 150.- für 20.- bis 35.-  
**Großes Trauermagazin**  
**Westmann**  
Auswahlendungen sofort.  
Geschäft: Mohrenstr. 37a Kolonnen). Genaue Besichtigung der Straße u. Hausnummer.  
Am Zentrum 7900. Geschäft Gr. Frankfurter Str. 115 - 137a Andreaskirch.

**Allgemein-Vertriebenes Trautwein Cigarettenfabrik.**  
**MANOLI ZIGARETTEN**  
Deutschlands führende Marke  
**BOSNIA CIGARETTEN**  
Etwas ganz Besonderes  
**MAL-KAH Company**  
Berlin N. 20 Pankstr. 65.  
Fordert nur **KADDA-Cigaretten**  
**Kressin**  
Raucht herbste Cigaretten  
**Alkoholfreie Getränke**  
**Franz Abraham**  
Hank Messing u. Römertrank-Kell. C. 25 Barisierstr. 4a, Fernsp. Kgl. 13708  
**Bade-Anstalten**  
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.  
Bad Alt-Moabit 104, Lief. aller Krank.-Kass.  
Landberger Str. 107, Goldnowstr. 41, Lief. sämtlich. Krankenkr.  
Bad Bors, Diktensstr. 50.  
Central-Bad, Brunnenstr. 25.  
Diana-Bad, sämtliche Bäder.  
National-Bad, Brunnenstr. 9.  
Bad Ostend, Boxhag-Str. 17.  
Passage-Bad, Lief. all. Kassen.  
Reform-Bad, Wiener Str. 45.  
Schiller-Bad, Müllerstr. 153a.  
**Silesia-Bad**  
Schlesische Str. 21.  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
Amus, Wilm., Teckmühlstr. 11.  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a.  
Waldemar Brosse, Driesenerstr. 2.  
Hermann Bock, Grünauerstr. 12.  
Friedrich, Bestianstr. 18.  
Emanuel Pflügel, Mirbachstr. 25.  
Er. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.  
O. Götz, Wiesstr. 11, u. 2. große Elm.  
E. Großberndt, Wittstockerstr. 7.

Erscheint 2 mal wöchentlich.  
**Phänomen**  
MONA LISA Die neue 33 Qualitäts-Cigarette  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
A. Grodzinsky, Boxhagenerstr. 27.  
Gust. Heintzel, Axelbergerstr. 26  
Otto Hoff, Chornstr. 13.  
F. Kleesowter, Schilkestr. 14.  
R. Klink, Wolfens., Ledderstr. 120.  
R. Kleiner, Schilkestr. 102.  
Felix Knyast, Dämerstr. 5.  
Carl Lindenberg, Lybenerstr. 4.  
P. Müller, Wilhelm-Alexanderstr. 43.  
G. Münch, Reinickendorf, Provinzstr. 111  
Gustav Nielsen, Lindowerstr. 9  
J. R. Papp, Am Ende 104, Reinickendorf-Str.  
Fr. Pribyl, Omasbrückerstr. 26.  
Osw. Rauch, Gürtelstr. 27.  
Guat. Raufenberg, Metzgerstr. 11  
Fritz Richter jr., Liebenwalderstr. 13  
H. Saunus, Altensteiner Str. 26.  
Paul Schmitt, Amsterdamerstr. 9.  
Adolf Schulz, Fierstr. 78 Pank.  
Turban, Filialen in allen Stadtteilen.  
E. Weber, Provinzstr. 99, Sainke 24-9  
Karl Weinhold, Kamerunerstr. 47.  
Emil Werk, Samariterstr. 8.  
Otto Wolff, Treptow, Krillstr. 16  
Zachar, Gr.-Lichterf., Gassestr. 43a  
Paul Zastrow, Stromstr. 33.  
**Beerdigungsanstalt, Sargmatt.**  
J. Liszczynski, Gorchowstr. 30.  
H. Petermeier, Streitzstr. 28.  
**Butter, Eier, Käse**  
**Concordia-Butterhandlung des Ostens**  
Bruno Freche 15 Detailgeschäfte  
**Gebr. Gause.**  
25 eigene Filialen.  
**August Holz** 15 Detailgeschäfte.  
Herberts, Butterhdg. Stransberg  
Herm. Kunert, Culmatr. 29  
**Gebrüder Manns**  
45 eigene Detailgeschäfte  
**Kosmalla, E., 4** Detailgeschäfte  
**Nordstern**  
„Mercur“  
**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen 43  
**Gebr. Siebert**  
Wiener Str. 65, Butter, Eier, Käse.  
**Uhly & Wolfram**  
Cigarrenhandlungen  
Fanny Baumert, Lindowerstr. 23  
O. Kumbelmann, Turnstr. 47.  
C. Kuhnle, Reinickendorfer Str. 14

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**  
**Bierbrauerei, Bierhdg.**  
**Brauerei Bötzow** empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.  
**W. Adlung & A. Hoffmann** Akt.-Brauerei Potsdam, Elg. Kieder. Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15  
Brandenburg, H. Wilhelmsdörferstr. 110  
Spez. Potsd. Stangenbier  
**Berliner Bock-Brauerei** empfiehlt anerkannt vorzügl. Biere  
**Osw. Berliner** Ur-Berliner, hell und dunkel  
Tempel, E., Müllerstr. 138d  
Luisenbrauerei Weissenau.  
**Brauerei Königstadt** feinste Qualitätsbiere.  
**C. Habels Brauerei** hell - Habelbräu - dunkel.  
Weißbier - Caramelibier  
Brauerei E. Willmar Pankow.  
**Löwen-Brauerei** vorzügliche Fass- und Flaschen-Biere.  
**Münchener Brauhaus** Berlin und Oranienburg  
**Brauerei Pfefferberg.**  
Trinkt Wanniger Bier!  
**Spandauerberg-Brauerei**  
Weißbier, C. Breithaupt,  
Pallasstr. 97 Tel. Kgl. 1981, 1982  
Cacao, Schokolad., Conditur.  
**SAROTTI** Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt.  
Seiffert, K., Filialen in Berlin und Vororten  
**Cylix, G.,** Filialen in all. Stadtteilen  
**Bandagen, Gummwaren**  
R. Baake, Stralauer Str. 56.  
J. Kabelich, Rosenhallerstr. 25.  
E. Krnus, Kommandantenstr. 55.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 166  
H. Neusch, Breitstr. 24, Spandau.  
M. Spranger, Reinickend. Str. 11.  
**Belichtungsgegenstände**  
Böttner, A., Panzigerstr. 96.  
**Drogen und Farben**  
W. Kleemann, Berg-Brücker, Bergstr. 57  
Werk-Drogerie, Britz, Kadowstr. 12  
**Cigarrenfabriken**  
**JUHL** 250 GESCHÄFTE  
**G. Kaphun** Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.  
**J. Neumann** 200 Niederlagen.  
**Richter & Franke** Filialen in all. Stadtteilen  
**Eilen, Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge**  
Herm. Braun, Landstr. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Otto Belg, Wrangelstr. 98.  
**G. Brucklacher**, Oranien E. Elberlin, Ackerstr. 132.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Otto Lehmann, Neuk., Friedelstr. 3.  
Röhlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seest  
**Fleisch- u. Wurstwaren**  
**W. Beck** Inh.: Herm. Gorbach  
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69  
Fleisch- und Wurstwarenfabrik  
C. Billerbeck, Charlott., Krume 81.19  
Franz Borusniak, Löbekerstr. 26  
Fr. Brauer, Neukölln, Waltherstr. 55  
Willy Dorfmann, Wiesenstr. 62.  
Bruno Dörr, Manufakturstr. 39  
Dresden, Fleisch-Centr. Dresdenerstr. 17.  
Gontardstr. 2 Eingang vom Flur.  
A. Fahl, Nölln, Libardstr. 15  
P. Fiegler, Cöp., Flemingstr. 33  
Willy Gerich, Frankfurter Allee 150  
Willy Gerich, Petersburgerstr. 51  
H. Grünwald, Kopenhagenerstr. 25.26  
R. Holzrichter, Postbussstr. 44.  
Hubrich, Bismarckstr. 23.  
W. Kurr, Wrangelstr. 88  
H. Lebnick, Nölln, Schönstedtstr. 16  
August Lincke, Alte Jacobstr. 26  
Luecke, Joh., Rostockerstraße 43.  
Fleisch u. Wurstfabr.  
Paul Matschke, Tharstr. 17  
**G. A. Müller** Neu-Isenburg - Frankfurter a. M  
Spezialität: Frankfurter Würstchen  
**A. Möbes Nchf.** Fleischwaren u. Wurstfabrik  
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4  
G. Peib, Andreaskirch. 77b.  
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a  
H. Rose, Treptowstr. 11, Narkthalhof.  
P. Schmatzhaagen, Belferstr. 11  
Hohenfriedbergerstr. 1.  
Neu-Isenburg - Frankfurter a. M  
Spezialität: Frankfurter Würstchen  
**Belichtungsgegenstände**  
Böttner, A., Panzigerstr. 96.  
**Drogen und Farben**  
W. Kleemann, Berg-Brücker, Bergstr. 57  
Werk-Drogerie, Britz, Kadowstr. 12  
**Cigarrenfabriken**  
**JUHL** 250 GESCHÄFTE  
**G. Kaphun** Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.  
**J. Neumann** 200 Niederlagen.  
**Richter & Franke** Filialen in all. Stadtteilen  
**Eilen, Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge**  
Herm. Braun, Landstr. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Otto Belg, Wrangelstr. 98.  
**G. Brucklacher**, Oranien E. Elberlin, Ackerstr. 132.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Otto Lehmann, Neuk., Friedelstr. 3.  
Röhlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seest  
**Fleisch- u. Wurstwaren**  
**W. Beck** Inh.: Herm. Gorbach  
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69  
Fleisch- und Wurstwarenfabrik  
C. Billerbeck, Charlott., Krume 81.19  
Franz Borusniak, Löbekerstr. 26  
Fr. Brauer, Neukölln, Waltherstr. 55  
Willy Dorfmann, Wiesenstr. 62.  
Bruno Dörr, Manufakturstr. 39  
Dresden, Fleisch-Centr. Dresdenerstr. 17.  
Gontardstr. 2 Eingang vom Flur.  
A. Fahl, Nölln, Libardstr. 15  
P. Fiegler, Cöp., Flemingstr. 33  
Willy Gerich, Frankfurter Allee 150  
Willy Gerich, Petersburgerstr. 51  
H. Grünwald, Kopenhagenerstr. 25.26  
R. Holzrichter, Postbussstr. 44.  
Hubrich, Bismarckstr. 23.  
W. Kurr, Wrangelstr. 88  
H. Lebnick, Nölln, Schönstedtstr. 16  
August Lincke, Alte Jacobstr. 26  
Luecke, Joh., Rostockerstraße 43.  
Fleisch u. Wurstfabr.  
Paul Matschke, Tharstr. 17  
**G. A. Müller** Neu-Isenburg - Frankfurter a. M  
Spezialität: Frankfurter Würstchen  
**A. Möbes Nchf.** Fleischwaren u. Wurstfabrik  
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4  
G. Peib, Andreaskirch. 77b.  
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a  
H. Rose, Treptowstr. 11, Narkthalhof.  
P. Schmatzhaagen, Belferstr. 11  
Hohenfriedbergerstr. 1.  
Neu-Isenburg - Frankfurter a. M  
Spezialität: Frankfurter Würstchen  
**Essigfabriken**  
**Timmer-Essig** überall erhältlich!  
**Fische, Conserven**  
G. Bismarck, Kiebowstr. 67, Frankf. Str. 123  
P. Staehr, Fischhdg., Röhrenstr. 24  
Weidauer 19 Pfl. Frankfurt, Allee 151, 52  
**Herren- u. Knabenmod.**  
**J. Baer** Badstr. 26, Ecke Prinzess-Allee.  
Rosenthalerstr. 5.  
Fabisch & Co. Eckhaus Linienstr.  
Leske & Sipeckel, Schilke-Allee 79e  
**Müte, Mützen, Pelzwar.**  
**Haut beim Hutmacher!**  
Gebr. Bolase  
Müllersstr. 155.  
Schoor, Herm., Wilmerd.-Str. 46.  
Kottbuscher Damm 15/19  
**Vester, E.**  
**Kaffee-Rösterei**  
**A. Zuntz sel. Wwe.** Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen  
Nur reelle Qualitäten  
Anerknt. verteilte Kataloge  
Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.  
Hamburger Kaffee-Importgeschäft  
Emil Tengelmann  
**Kaufhäuser**  
Paul Falkenstein  
Hochstr. 1  
Rahatmarkt  
**Kolonialwaren**  
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.  
O. Pösch, Schwedenerstr. 18.  
Franz Richter, Malpagastr. 25.26  
K. Rung, Otto, Killa, Hermannstr. 49.  
A. Silkinat, Milchhdg., Reinickend. Str. 108  
Erich Thiel, Weidau, Langstr. 129.  
Kurz, Weidau, Wollw., Trikotag.  
Kopp, E., Scharnweberstr. 52.  
Hermann Meyer, Schilkestr. 21.  
**Mehlhandlungen**  
**Bethke, Georg**, Anhalter-Str. 44, Kaiser-Friedr. Str. 64, Weidau, 183, Friedenstr. 22  
Treptow, Größ-Str. 64.  
**Prese, Ernst** 5 Geschäfte im SO.  
**Gaede, Otto** Charlottenburg.  
Ernst Hoffmann Kolonnenstr. 4.  
F. Pflügmacher, Colonnenstr. 49.  
Wrangelstr. 75  
Ecke Cuvyrstr.  
**Möbelmagazin**  
P. Bock, Klosterstr. 8/9, Spandau.  
Kempel, Stephanstr. 23.  
**Obst, Gemüse**  
Frig Wolff, Naugarderstr. 45.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkäuf.  
**Haus- u. Küchengeräte**  
O. Geiger, Schloßstr. 7  
Reinickend. Str. 6.  
Frz. Kamerowsky Bhl. Bezugsqu.  
**Molkereien**  
Wilhelm Freier, Bouchéstr. 90.  
H. Friedrich, Straßburgerstr. 42a  
F. Galle, Metzgerstr. 38.  
Kud. Kiesel, Mirbachstr. 66.  
A. Siebert, Weidauerstr. 52.  
**„Schweizerhof“** Meierei und Milchkanstalt.  
Enderstr. 44 u. Tel. U 558.  
Wodrich, Putzburgerstr. 26.  
**Mostrichfabrik**  
**Tamborini Mostrich überall!**  
**Nähmaschinen**  
Bellmann, E., Gollnowstr. 26  
Littauer Nähmasch., Spandau  
5 Jahre Garantie, Teilzahlung  
Nähm.-Spr.-Gesch., Potsdamerstr. 18.  
**Singer** Nähmaschinen  
Läden in allen Stadtteilen.  
**Optiker, Mechaniker**  
Groß, Paul, Warschauerstr. 68.  
Schubert, Carl, Nölln, Bergstr. 14  
**Photogr. Apparate**  
M. Albrecht, SO. Kottbuscherstr. 2.  
auch Gelegenheitskaf.  
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.  
**Photograph. Ateliers**  
R. Maerz, Badstrasse 60.  
Rud. Obigt, N. Reinickendorferstr. 2  
**Pianos**  
R. Vierling, Kottbuscherstr. 5  
Kauf, Miete, Teilzahlg.  
**Rohschlittentellen**  
E. Weidlich, Nölln, Libeistr. 41.  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nölln, Reinickend. 69  
**Schuhw., Schuhmach.**  
K. Lück, Charl., Taupferstr. 49.  
Peterson, Ostk., Müllerstr. 185.  
**Seifen**  
**Schneewittchen-Bleichseifenpulver**  
Alleinfabrik: Grubitz, Potsdam  
**Vericherungen**  
**„Deutschland“ Berlin** Arbeitsversicherung - Schützen-  
Sterbekassenversicherung, str. 3  
**Wirtschaftl. Etablissemts**  
L. Goeke, Schulstr., Ecke Maxstr.  
A. Groß, Henningsdorferstr. 10  
Hackepeter, Schöneberg  
Hauptstr. 159.  
**Die erste selbstspiel. Wappelgeige**  
Patzenhofer  
J. Guggenberger, Basaltstr. 54.  
O. Roblitz, Frankf. Brückenstr. 13  
**Original-Schultheiß-Ausschank**  
Alexanderpl., Rich. Schloßstr.

**Meierei C. Bolle** A.-G.  
Berlin N. W. 21 Alt Moabit  
: 98 193 :  
Ältester und grösster  
Mehrwirtschaftlicher  
Grossbetrieb  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 10  
**Weine, Liköre, Fruchtäfte**  
**E. Ballin & Co.**  
Cognak-Brennerei  
Dampf-Likörfabrik  
Nur Qualitätsware.  
**Hugo Beling**  
60 Filialen in allen Stadtteilen.  
**P. Kirchner & Co.**  
Cognak, Likörfabrik  
Kirchner's Araber.  
Goldsch., Zur Sonne, P. Preussener.  
Frankfurter Allee 156  
Otto Albert Schulz  
C. 25  
C. 25 Destillation, Ausschank.  
**Herm. Meyer & Co., Act.-Ges.**  
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.  
**Underberg**  
Brennerei  
SEMPER IDEM  
anerkannt bester Bitterlikör  
**Sprit- und Likörfabrik**  
Ringstr.  
m. & W. Müller  
Buckowerstr. 78.  
**Zahnateller**  
W. Best, Müllerstr. 472, W. Rangier.  
M. Dresler, Grätzstr. 701, Treptow.  
**Spitz**  
St. Sorowin, Fackler, Rudowerstr. 34a  
**Friedr. Adorf**  
Carl Tebel, Brot- u. Feinbäckerei  
Königs-Wusterhausen  
G. Hübner, Kraus Goldw., Bahnh. 10  
**Kaufhaus Emil Bergmann**  
**Mahler**  
Frau A. Mahler, Kolonnenstr. 10  
**Meriondori**  
H. Wagner, Kottbuscherstr. 11, F. 115  
**Neukölln**  
C. Kämpfer, Bergstr. 137, Uar., Oldv.  
Krause, Kais. Friedr. 81, 786, Weidau.  
Fr. Pannet, Bergstr. 126, Lederw.  
**Wieder-Wusterhausen**  
O. Stiem, Schilkestr., Kais. Wlk. Str. 74  
**Spandau**  
Karl Heinrich, Back-, Schölerstr.  
Scherlein, Breitestr. 25, Pflüch., Writv.  
**Tempelhof**  
J. Holmann, Back-, Writv.-Wlk. Str. 77.  
**Welfense**  
P. Jürgen, Kottbuscherstr. 11, Allee 18.  
Thüling's Drogerien Weissenau  
**Wilhelmarh**  
Weidauerstr. 10, Kais. Wlk. Str. 10.  
**Zossen**  
Warenhaus S. Cohen



Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 276 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 4. Garde-Regiment zu Fuß; Grenadier-Regiment Alexander, Franz und Elisabeth; Garde-Füsilier-Regiment; Garde-Schützen-Bataillon (s. auch Garde-Füsilier-Regiment). Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 1, 3, 7, 13, 16 (s. auch Ref.-Jäger-Pat. Nr. 21), 17, 18, 21, 23, 31 bis einschl. 36, 42 bis einschl. 48, 48, 49, 52, 57, 58, 59, 61, 62, 63, 65, 66, 67, 69, 70, 76, 79, 80, 83, 84, 93, 94, 99, 113, 115, 128, 130, 131, 135, 136, 138, 140, 142, 143, 146, 147, 149, 150, 152, 153, 155 bis einschl. 159, 161, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 174, 175, 176, 190, 334, 336. Regiment v. Kuratowski. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 1, 3, 5, 6, 9, 16, 17, 18, 19, 23, 24, 26, 28, 30, 34, 35, 37, 38, 40, 46, 48, 51, 55, 56, 59, 61, 64, 67 bis einschl. 71, 74, 75, 76, 80, 81, 82, 86, 88, 91, 92, 93, 99, 111, 130, 203, 206, 209, 210, 211, 212, 235, 240, 251, 258, 261, 265, 269, 272. Erj.-Infanterie-Regiment Königsberg III. Reserve-Erj.-Infanterie-Regiment Nr. 2 und 4. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 2, 4, 5, 24, 25, 34, 38, 39, 46, 48, 57, 66, 74, 84, 87, 99, 109. Landwehr-Erj.-Infanterie-Regiment Nr. 4. II. Westfälisches Landwehr-Infanterie-Bataillon Breslau (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 57). Landwehr-Erj.-Infanterie-Bataillon Kulm. Brigade-Erj.-Bataillone Nr. 13, 24, 26, 28, 29, 32, 33, 34, 36, 42, 76, 80. Landwehr-Brigade-Erj.-Bataillon Nr. 29 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4). Landsturm-Infanterie-Bataillone II Deutsch-Polau, Guben, Louban (s. Inf.-Reg. Nr. 396), Neustettin, I Oldenburg, II Schroda, Solingen, Stargard i. Pom., II Stolp, Woldenberg. Zusammengelegtes Landsturm-Infanterie-Bataillon Marienwerder-Nostenburg (s. Regiment v. Kuratowski). Landsturm-Infanterie-Erj.-Bataillone: 7. Posen, 10. des 7. und 3. des 15. Armeekorps. Jäger-Bataillon Nr. 14; Reserve-Bataillone Nr. 1, 14, 17, 20, 21, 22, 24. Reserve-Nachfahrer-Kompagnie Nr. 79. Maschinengewehr-Abteilung Nr. 4; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 112 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 71); Reserve-Einstellung-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 2. Kavallerie: Kürassiere Nr. 7; Dragoner Nr. 5, 8, 13, 21, 24; Ulanen Nr. 1, 2; Mlanen Nr. 2, 7; Jäger zu Pferde Nr. 4. Feldartillerie: 1. Garde-Regiment; Regiment Nr. 2, 15, 25, 43, 57, 66, 69, 74, 233, 241; Reserve-Regiment Nr. 7, 12, 13, 14, 58; Landwehr-Regiment Nr. 9. Fußartillerie: 1. und 2. Garde-Regiment; Regiment Nr. 4, 9, 10, 11, 13, 16, 18, 20; Reserve-Regiment Nr. 8, 13, 14, 15, 18, 20; Reserve-Bataillon Nr. 27; Landwehr-Bataillone Nr. 7 und 9; Batterie Nr. 211. Mörser-Batterie Euder (s. Fußart.-Batterie Nr. 211). Pioniere: Regiment Nr. 24, 25; Bataillone: II. Nr. 2, I. Nr. 4, I. und II. Nr. 6, I. Nr. 9, I. Nr. 14, I. Nr. 21, I. Nr. 27, I. Nr. 28; Reserve-Bataillon Nr. 39; 1. Landwehr-Kompagnie des 1. und 1. des 5. Armeekorps. Sturmabteilung. Scheinwerferzug des 7. Armeekorps. Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 109 und 138; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 52. Verkehrstruppen: Funkerkommando einer Armee. Schwere Funkstation Nr. 28. Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bataillon. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie der Garde-Erj.-Division; Sanitäts-Halb-Kompagnie Posen. Armierungs-Bataillone.

Die bayerische Verlustliste Nr. 202 bringt Verluste des 1., 4., 5., 8., 9., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23. und 25. Infanterie-Regiments; des 2. Jäger-Bataillons; der Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 6, 7.

Die württembergische Verlustliste Nr. 219 enthält Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 120, 180; des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 121; der Feldartillerie-Regimenter Nr. 49 und 116; der 3. Feldpionier-Kompagnie.

Die Verlustliste Nr. 89 der kaiserlichen Marine wird veröffentlicht.

Aus Groß-Berlin.

Weibliche Ersatzkräfte bei der Post.

Hunderte jüngerer und älterer Mädchen und Frauen sind derzeit als Aushilfskräfte für die zum Kriegsdienst einberufenen Beamten im Postdienst eingestellt. Die Art, wie diese Mädchen und Frauen bezahlt und beschäftigt werden, erfordert eine nähere Betrachtung.

Hierzu wird uns geschrieben: „Die Aushilferinnen treten ihren Dienst um 1/8 Uhr morgens an und er soll bis 3 Uhr dauern; es kommt aber auch vor, daß er von 1/8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags dauert. Die Ueberstunden werden nicht bezahlt. Der Tagelohn der höchsten Stufe der Aushilferinnen beträgt 2,75 M. Für diese Besoldung haben diese Frauen die denkbar aufreibendste und anstrengendste Arbeit zu leisten, die die schärfste und konzentrierteste Aufmerksamkeit erfordert. In ihrer acht- bis zehnstündigen täglichen Dienstzeit haben sie eine einzige Pause von 15 Minuten (fünfzehn Minuten), und zwar von 12 Uhr bis 12 Uhr 15 Minuten. Wenn es vorkommt, daß eine Dame um 12 Uhr 20 Minuten das Lokal betritt, vielleicht weil sie sich auf der Toilette etwas länger aufhalten mußte, so erhält sie sofort eine Rüge. Der Dienst in vielen Bureaus muß stehend geleistet werden, ein Umstand, der nicht etwa auf besondere Rücksichtslosigkeit zurückzuführen ist, sondern durch die Art der Arbeit notwendig ist. So kann z. B. im Ueberprüfungs-Bureau des Zeitungsvertriebes nur stehend gearbeitet werden, da jede Sendung in hiesigen Listen vermerkt wird. Welch ungeheure Leistungen beim Feldpostdienst zu bewältigen sind, liegt auf der Hand. Parteischwache Mädchen, ältere Frauen, nicht selten Mütter von mehreren Kindern (die Ehefrauen der zum Kriegsdienst einberufenen Postbeamten), müssen diesen alle Kräfte aufreibenden Dienst für einen Tagelohn von 2 M., höchstens 2,75 M. leisten! In Fällen, wo die Arbeit sich häuft, wird der Dienst auch so eingeteilt, daß von 8 bis 1 Uhr und dann nochmals von 1/6 bis 10 Uhr abends gearbeitet wird in der erwähnten Art und für höchstens 2,75 M. Sonntag wird von 8 bis 1 Uhr gearbeitet, höchstens jeder dritte Sonntag ist frei und dann wird er nicht bezahlt. Auch in der Postabteilung muß der Dienst stehend verrichtet werden. Dabei wird diesen Frauen immer wieder vorgehalten, daß sie jeden Augenblick gehen könnten, falls sich ihnen anderwärts etwas „Besseres“ böte. Und auch über die Behandlung von den Beamten wird geklagt. Man war der Meinung, daß jetzt endlich wirklich Bedarf nach Frauenarbeit da sei. Das ist auch tatsächlich der Fall. Man braucht heute unbedingt die Arbeit der Frauen, weil aber so sehr viele Frauen Brot brauchen, werden sie selbst in dieser Zeit, in der man auf ihre Arbeit angewiesen ist, in dieser Art beschäftigt und entlohnt.

Man stelle sich die Wirkungen einer solchen Beschäftigung

nach zwei Seiten hin vor und ermesse ernstlich, wie der weibliche Organismus auf solche Strapazen reagieren mag, und zweitens stelle man sich die psychischen Voraussetzungen vor, unter denen dieser Dienst geleistet wird. Frauen überarbeiten sich in der qualvollsten Weise in einem Dienst, der alle Qualitäten einer anstrengenden Berufsarbeit von ihnen fordert, von dem sie aber wissen, daß er niemals ein wirklicher Beruf für sie sein wird, da sie nur Ersatzkräfte sind, die man benützt, solange man sie braucht, und die jeden Tag entlassen werden können. Wenn ein Mensch solche Strapazen im Berufsleben auf sich nimmt, so tut er das, weil er sich sagt, daß das Anfangs- und Uebergangsercheinungen des Berufes sind, daß es für ihn jedoch ein Vorwärtskommen, eine Zukunft, eine Karriere gibt. Nichts davon können sich diese gelagten Aushilferinnen sagen. Sie werden aufgerieben, aber für ihr eigenes Leben ergibt sich daraus kein Gewinn, es sei denn, daß der Tagelohn zum Einkauf des Minimums der schwer und teuer zu beschaffenden Nahrungsmittel vielleicht knapp ausreicht, daß sie, wenn sie einen Tag in solcher Weise gearbeitet haben, soviel dadurch gewonnen haben, um diesen Tag überhaupt zu überleben.

Es ist dringend nötig, daß hier Wandel geschaffen wird, daß die Postbehörde den unsozialen Standpunkt, dieses Frauenmaterial in dieser Weise auszunützen zu dürfen, aufgibt, und das Ueberangebot an Frauenarbeit nicht dahin ausnützt, den Wert dieser Arbeit zu drücken. Vor allem muß verlangt werden, daß Ueberstunden bezahlt werden wie in jedem anständigen Privatbetrieb, ferner daß in einem neunstündigen Arbeitstag eine angemessene Ruhepause von mindestens einer Stunde eingeschoben wird und daß der Tagelohn annähernd ausreicht, um bei dieser Teuerung wenigstens solche Ernährungs- und Wohnungsmöglichkeiten zu erzielen, wie sie ein so schwer gelagerter Mensch braucht, wenn er nicht physisch und seelisch zusammenbrechen soll. Ferner muß Sonntagsarbeit höher bezahlt und der freie Sonntag mit dem gewöhnlichen Lohn bezahlt werden. Im Zeitalter der Rasenhygiene und besonders in der Zeit, wo der große Völkerring so viele Männer dahintrafft, darf man wahrlich auch Frauenkraft nicht mißbrauchen, denn von ihr hängt die Reorganisation, die gesunde Geburtenvermehrung unseres Volkes ab. Die Kosten der falschen Rechnung würden sich durch ein weiteres Defizit der Geburtenzahl bemerkbar machen, und gerade in Anbetracht der großen Verluste an Menschenleben ist es vielleicht von besonderer Wichtigkeit darauf zu achten, daß der weibliche Organismus nicht übermäßig erschöpft und geschwächt wird.

Die Arbeit der Frau.

„Post“ und „Lokal-Anzeiger“ loben die Arbeit der Frauen! Ist es möglich, daß der Krieg selbst das zuwege bringt? Blätter, die früher der Frau nur die Befähigung zur Hausarbeit und Kinderpflege zuschrieben, sagen jetzt, daß die Klage des Publikums über die Frauen, die an allem, wo etwas nicht klappt, schuld sein sollen, ganz und gar nicht angebracht sei. Die „Post“ pflichtet einem Artikel des „Lokal-Anzeigers“ bei, der sich der Frauen annimmt, und in dem es heißt:

Es wäre ja eigentlich nicht allzu verwunderlich, wenn alle die Frauen und Mädchen, die jetzt auf völlig neuen Gebieten sich einarbeiten müssen, noch nicht die gleiche Fertigkeit erlangen haben sollten wie die Männer, die bisher diese Gebiete seit Jahren besetzt hielten. Aber selbst das wird gar nicht bedacht. Die Frauen, die jetzt so unerbittlich überall in die Bresche springen müssen, verdienen durchaus jede Anerkennung und Achtung, und man müßte wohl sehr geneigt sein, ihnen, falls wirklich noch Fehler und Mängel sich einstellen, begütigend und wohlwollend beizuhelfen. Man hat sich jahrelang allerlei kleine Mängel gefallen lassen, hat nicht gemerkt, wenn diese oder jene Ungehörigkeit vorkam, weil man an sie schon gewöhnt war und sie wie einen Mangel hinnahm, der allem Menschlichen eben anhaftet. Nun sind plötzlich an Stelle der Männer die Frauen getreten, und sofort empfindet man jene Mängel und schiebt sie den Frauen zur Last.

Man betrachte die Arbeit, die Frauen jetzt leisten, mit Wohlwollen und, wenn sie etwas nicht nach Wunsch machen, bedenke man zunächst, ob ihre männlichen Vorgänger die Arbeit stets besser und völlig tadellos ausgeführt haben. Dann wird man leicht zu dem gerechteren Urteil kommen: es wird bei Männern eben so wie bei Frauen auch mit Wasser gelocht; unsehbar sind weder jene wie diese. Und es ist ungeteilt, den Frauen allein Mängel und Fehler aufzuwälzen zu wollen, die jeglicher Menschenarbeit anhaften.

Diese Worte über die Frauenarbeit sind bemerkenswert. Verlangt werden muß aber, daß die Frauen als Äquivalent für die von ihnen übernommene Männerarbeit auch die Löhne erhalten, die den Männern gezahlt wurden. Das Lob der „Post“ und des „Lokal-Anzeigers“ in allen Ehren, aber die praktische Anerkennung ihrer Leistung durch höhere Löhne wäre den Frauen sicher noch lieber. Und schließlich bedingt die immer größere Hineinziehung der Frau in das Wirtschaftsleben ganz von selbst die Verpflichtung, den Frauen auch Einfluß auf die Gestaltung dieses Wirtschaftslebens zu gewähren durch politische Rechte.

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger.

Gestern morgen wurde in der Jordstraße auf den seit langer Zeit am Postamt 57 in der Steinmehstraße 21 angestellten Geldbriefträger Ludwig Jachert aus der Kirchbachstr. 15 ein Raubüberfall verübt. Er wurde von dem Täter, der noch vor kurzer Zeit aus dem Postamt 50 in der Warburger Straße als Aushilfer beschäftigt war, mit einem eisernen Rohr über den Kopf geschlagen, aber nicht gefährlich verletzt. Der Täter wurde kurz darauf festgenommen. Ueber den Vorgang wird u. a. folgendes berichtet: Der ungefähr 18 Jahre alte Franz Schwarz aus der Kaplerstr. 17 sah bereits seit mehreren Tagen den Plan, Jachert zu überfallen und zu berauben. Hierzu wählte er sich das Haus Jordstr. 44a, an dem freien Plage, an dem die Jord-, Manstein- und Wilowstraße zusammenstoßen, aus. Zu der Haustür in der kleinen Nische führen von der Straße zwei Treppentufen empor. Hinter der Tür kommen noch drei Stufen. Dann folgt ein kleiner freier Raum. Der Flurraum verengert sich ungefähr zwei Schritte vor der Treppe zu den Obergeschossen, weil von rechts und links eine Mauer vorspringt. Nachdem Jachert kurz vor 8 Uhr die Treppe hinaufgegangen war, stellte sich Schwarz auf der linken Seite hinter den Mauervorsprung. In dem Augenblick, als der Geldbriefträger, wieder herunterkommend, die Treppe erreicht hatte, verfegte ihm der Räuber mit einem Gasrohr einen Hieb über den Kopf, so daß eine stark blutende Wunde entstand. Als der Ueberfallene um Hilfe rief, ergriff Schwarz, ohne etwas erbeutet zu haben, die Flucht. Während einige Hausgenossen dem verletzten Geldbriefträger beisprangen, nahmen andere in Gemeinschaft eines Schupmanns, der auf dem kleinen freien Plage Posten

stand, sofort die Verfolgung des Flüchtigen auf. Vor dem Hause Culmstraße 4 wurde er von einem zufällig das dortige Gebiet verlassenden Kriminalbeamten festgenommen. Auf der Wache erschien bald darauf auch der überfallene Geldbriefträger, nachdem er von einem Arzt in der Wilowstraße einen Verband erhalten hatte. Seine Verletzung erwies sich als nicht gefährlich, so daß er sofort dem Täter gegenübergestellt werden konnte.

Sch. will zu dem Ueberfall gekommen sein, weil er keine Beschäftigung mehr gehabt habe und sich auf irgendeine Weise habe Geld verschaffen wollen. Bei dem Ueberfall hatte er auch eine Postkarte mit sich, die er sich von einem Freund, der noch Aushilfer ist, geliehen hatte. Die Karte war über sein schwarzes Jackett gezogen. In den Taschen dieses Jacketts fand man eine Zigarette und eine schwarze Mäse. Die Mäse will Schwarz in der Wastentzeit gekauft und immer mit sich herumgetragen haben. Die Absicht, sie zu einem Ueberfall zu benutzen, habe er nicht gehabt. Das Gasrohr kaufte der Bursche vor einigen Tagen in einer Eisenhandlung am Alexanderplatz. Sein Plan ging dahin, wenn ihm der Raub gelungen wäre, die Karte und die Mäse in dem Hause wegzuworfen, um so den Anzeichen zu erwecken, als ob ein Postbeamter den anderen überfallen habe. Schwarz beobachtete den Geldbriefträger schon seit mehreren Tagen auf seinen Westflügeln von der Culmstraße aus.

Wie später gemeldet wird, ist auch der Freund des Schwarz, der 17 Jahre alte Postausbilder Walter Wolf, verhaftet worden. Er hat gemeinsam mit Schwarz den Raubüberfall beraten.

Arbeitsbeschäftigung für Kriegsbeschädigte.

Aus dem Rathause wird mitgeteilt: Ein wichtiger Zweig der Kriegsbeschädigtenfürsorge besteht in der Arbeitsvermittlung für die aus dem Felde heimgekehrten und nunmehr infolge von Wunden und Krankheiten dienstuntauglich gewordenen Krieger. Diese kommen jetzt allmählich aus den Lazaretten und den Truppenteilen zur Entlassung. Schon längere Zeit beschäftigte sich die Gewerbe-Deputation, Abteilung für Arbeitsnachweis, unter Vorherrschaft des Stadtrats Fischbeck mit dieser Angelegenheit und mit der damit zusammenhängenden noch schwierigeren Frage der Unterbringung der nichtbeschädigten noch Weendigung des Krieges aus dem Felde heimkehrenden Kriegsteilnehmer. Die Deputation hat beschlossen, die Vermittlung von Arbeit an die Kriegsbeschädigten grundsätzlich dem Zentralverein für Arbeitsnachweis zu übertragen, welchem die Stadt als Mitglied angehört und in welchem sie durch ein ihr eingeräumtes Stimmrecht ausschlaggebenden Einfluß besitzt. Der Verein hat auf Veranlassung der Stadt eine Abteilung für Kriegsbeschädigte unter einem aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einem unparteiischen Vorsitzenden gebildeten Kuratorium eingerichtet. Diese Abteilung bildet die Zentrale für die gesamte Arbeitsvermittlung, bei der es darauf ankommt, die Stellen zu ermitteln, welche mit Invaliden besetzt werden können. Zu diesem Zwecke hat man versucht, sogenannte Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den einzelnen Gewerben zu bilden, was zunächst im Metallgewerbe gelungen ist. Diesen Arbeitsgemeinschaften sollen die einzelnen Fälle von dem Zentralverein für Arbeitsnachweis überwiesen werden und erst, wenn sie nicht in der Lage sind, ihre Berufsangehörigen unterzubringen, geben sie diese Sache wieder an den Zentralverein zurück, der den Kriegsbeschädigten in einem anderen Gewerbe unterzubringen versucht. Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung dieser Regelung zugestimmt und beschlossen, die Mittel für die neue Einrichtung aus dem von der Stadtverordnetenversammlung bewilligten Fonds von 100 000 M. zu entnehmen.

Hausbesitzer und Mietschuldner.

Zimmer wieder versuchen Hauseigentümer, gegen Kriegerfrauen wegen Mietschulden die Exzession durchzuführen. Beim Amtsgericht Berlin-Mitte hat vor einigen Tagen die Eigentümerin des Hauses Drehsestr. 9 gegen die Frau eines Richters, der im August v. J. zum Heere einberufen wurde, ein Räumungs-Urteil erwirkt. Die Frau betrieb ein kleines Geschäft, in der Kriegszeit aber verfiel ihr diese Einnahmequelle rasch fast gänzlich, so daß sie später sich nach einem anderen Erwerb umtun mußte. Von der für den Laden und die Wohnung weiterzuzahlenden Miete blieb sie anfangs einen geringen und dann einen größeren Teil schuldig, und im Juni d. J. stellte sie die Mietzahlung ganz ein. Die Mietzins- und Räumungsklage richtete sie zunächst auch gegen den Ehemann, doch konnte das Verfahren gegen ihn, wie zu erwarten war, einstweilen nicht durchgeführt werden. Bis auf weiteres wird aber die Hauswirtin auch den Wunsch, wenigstens das gegen die Ehefrau allein ergangene Räumungs-Urteil vollstrecken zu lassen, sich nicht erfüllen sehen. Auf einen schleunigen Antrag der Ehefrau, die Zwangsvollstreckung einzustellen, hat das Amtsgericht Berlin-Mitte umgehend den Beschluß gegeben: „Der beantragten Einstellung der Zwangsvollstreckung bedarf es nicht, da dieselbe nicht erfolgen kann, bevor nicht auch Ihr Ehemann zur Räumung verurteilt ist.“

Dieselbe Hauswirtin hat einer anderen Kriegerfrau, die vor Ablauf des Vertrages auszog, einen Teil der Wirtschaft einbehalten. Als die Frau im Juni keine Miete gezahlt hatte und dann wegen Ermächtigung anfragte, mußte sie von dem Ehemann der Hauswirtin sich Vorwürfe machen lassen. Kegerlich sagte er, ihm lasse auch keiner was ab, sie könne sofort ziehen, und ziehen könnten alle Mieter, die keine Miete zahlen. Sie nahm das wörtlich, suchte sofort eine andere Wohnung und erklärte danach der Wirtin, daß sie schon Anfang Juli die Wohnung aufgeben werde. Das war nun eine sehr unangenehme Ueberraschung, da der Vertrag noch bis Ende September lief. Den sofortigen Auszug konnte die Wirtin nicht hindern, aber sie gebrauchte jetzt ihr Recht der Zurückbehaltung von Möbeln.

Nebel hat der Krieg einem kleinen Gewerbetreibenden mitgespielt, der in Berlin im Hause Dresdener Str. 74 ein Milchgeschäft hatte. Nachdem der Mann sogleich Anfang August zum Heere einberufen worden war, blieb das Geschäft in den Händen der Frau, die es aufrecht zu halten sich bemühte. Der Ertrag ging aber in der Kriegszeit zurück, und als später die durch Futtermangel hervorgerufene Milchknappheit hinzukam und der Umsatz stark eingeschränkt werden mußte, war es vollends mit der Lebensfähigkeit des Geschäfts vorbei. Längst hatte die Frau immer nur einen Teil der beträchtlichen Monatsmiete zahlen können, so daß eine von Monat zu Monat wachsende Schuldenlast sich anhäufte. Die Frau sah mit langer Sorge, wie das Geschäft dem Untergang zutrieb. Aber bei diesem einen Unglück war es nicht geblieben. Schon im September hatte der Mann in Frankreich eine Kopfverletzung durch Schrapnell erlitten. Im Lazarett trat bei ihm auch ein



qualitatives Zschindeln auf, das nach Heilung der Wunde ihn noch lange an das Lazarett fesselte. Inzwischen nahm daheim das Unheil seinen Gang. Der Hauswirt forderte Zahlung, und da diese nicht geleistet werden konnte, klagte er zunächst einen Teil der Mieteschuld an. Zum Termin am 4. Juni kam der noch immer nicht genesene Krieger nach Berlin, leider ohne rechte Kenntnis des Schicksals, den die Kriegsgenossen ihm hätten gewähren können. Er wurde verurteilt, aber noch weniger als zuvor war er jetzt in der Lage, die Schuld zu bezahlen. Hätte der Hauswirt die Miete ermahnt, so wäre vielleicht eine Mietebilligung von der Stadt zu erreichen gewesen, doch von Ermäßigung wollte der Wirt nichts hören. Am 10. Juli wurde der invalide Krieger vom Militär als dienstuntauglich entlassen mit einer kleinen Rente, die vorläufig festgesetzt worden war. Fünf Tage darauf, am 15. Juli, holte im Auftrage des Hauswirts der Gerichtsvollzieher die inzwischen bereits gesiegelte Ladeneinrichtung ab. Das war das Ende! Der Kriegsinvalide ist jetzt dabei, sich einen anderen Erwerb zu suchen.

### Allgemeine Polizeistunde für Unteroffiziere in Groß-Berlin.

Die Königliche Kommandantur teilt mit:  
Der Oberbefehlshaber in den Marken hat für Groß-Berlin vom 1. August dieses Jahres ab als allgemeine Polizeistunde für Unteroffiziere ohne Portepee 11 Uhr, für Mannschaften 10 Uhr abends festgesetzt.

Weiterer Urlaub darf nur ausnahmsweise und Urlaub über Mitternacht hinaus nur in ganz besonderen Fällen erteilt werden.

Unteroffiziere mit Portepee haben Nachurlaub ohne besonderen Ausweis.

Auf der Durchreise befindliche Unteroffiziere und Mannschaften bedürfen einer Bescheinigung der Bahnhofsmachen, wenn sie in Berlin von einem Bahnhof zum anderen gehen wollen.

Auswärtige Unteroffiziere und Mannschaften, welche sich vorübergehend in Groß-Berlin aufhalten und in besonderen Fällen Nachurlaub wünschen, müssen solchen mit gehöriger Legitimation bei der Kommandantur, Platz am Zeughaufe 1, Abteilung Vc, persönlich erbitten.

**Fischsterben in der Havel und Spree.** Viele tote Fische wurden gestern und vorgestern wieder auf der Oberfläche der beiden Gewässer wahrgenommen. Das Fischsterben hat auch diesmal wohl seine Ursache in früheren Fällen darin, daß das Wasser der Spree durch Zuströmen aus den Klotzläufen der Kanalisation verunreinigt wurde, die bei reichlichen Niederschlägen geöffnet werden. Man konnte beobachten, daß die Fische das Bestreben hatten, nach oben zu kommen, gleichsam als wenn sie nach Luft schnappen wollten.

### Kriegerfrauen auf der Wohnungssuche.

Wieder hören wir, daß Kriegerfrauen, die sich jetzt nach einer anderen Wohnung umtun müssen, von Hauseigentümern oder ihren Verwaltern abgewiesen wurden. Kriegerfrauen als Mieterinnen in das Haus hineinzunehmen scheint manchen Hauswirten nicht verlockend, weil da zur Erlangung der Mietebilligung eine Mietermäßigung gewährt werden müßte.

Eine Kriegerfrau schildert uns, wie sie auf der Wohnungssuche in verschiedenen Häusern sich folgende Fragen stellen mußte: „Sind Sie Kriegerfrau?“ und wie ihr dann regelmäßig erklärte wurde: „Kriegerfrauen nehmen wir nicht!“ „Kriegerfrauen habe ich 16 im Hause!“ rief — vielleicht übertrieben — ein Verwalter, der als Mieterin sie dankend ablehnte. „Wie wollen Sie denn die Miete bezahlen?“ fragte in einem anderen Hause der Verwalter, und wieder sah sie sich hinanzukomplimentieren. So oder ähnlich fertigte man sie immer wieder ab. Es half ihr auch nichts, daß sie sich als gewissenhafte Mietzahlerin auszuweisen suchte, indem sie die Quittungen vorlegte. Kriegerfrauen wollte man nun mal nicht haben.

Eine andere Kriegerfrau berichtet über gleiche Mißerfolge ihrer Wohnungssuche. „Wir haben Kriegerfrauen genug im Hause!“ wurde ihr erwidert. Ein Hauswirt gab ihr das sogar schriftlich in folgendem Brief: „Für wertlos Schreiben vom 26. 6. 15 habe ich erhalten und teile Ihnen hierdurch mit, daß es mir unmöglich ist, noch eine Kriegerfrau in mein Haus zu nehmen, da ich genügend Kriegerfrauen habe.“ Diese Kriegerfrau meint, in einigen Häusern habe man wegen der für die Mietebilligung zu fordernden Mietermäßigung ihr von vornherein eine entsprechende Mietserhöhung auferlegen wollen. Für eine Wohnung seien ihr statt 30 M. plötzlich — so verstand sie — 36 M. abgefordert worden, sobald sie als Kriegerfrau erkannt war. In einem anderen Hause habe man aus demselben Grunde den Preis von 34 M. auf 40 M. erhöht.

Wir verlagen es uns, die bitteren Worte wiederzugeben, mit denen die Frauen sich über diese Erlebnisse äußerten.

### Liebesgaben für unsere Märker.

Die staatliche Abnahmestelle freiwilliger Gaben für das 3. Armeekorps, Geschäftsstelle Berlin SW 61, Leltower Straße 57, bringt soeben einen dreifarbigen Wandanschlag zur Verteilung. Derselbe enthält u. a. eine Belehrung, welche Gegenstände als Gaben erlaublich sind. Für jetzt kämen besonders in Betracht: Fruchtsäfte, alkoholfreie Getränke, Mineralwasser, Bier in Flaschen, saure Bonbons, Leinwand und Vorchand zu Fußlappen 45:45 Zentimeter; ferner werden händig verlangt: Zigarren, Zigaretten, Tabak, Tee, Suder, Steaks, Postkarten, Bleistifte mit Schornern, außerdem für den Sanitätsdienst: Spongi, Schaumwein in halben Flaschen, Medizinalwein, Fliegenpapier, Nissen. Der Wandanschlag ist eine Karte für jeden Platz und wird gern kostenlos abgegeben. Er ist in zwei Größen vorhanden: 95:144 und 58:88 Zentimeter.

Es wird gebeten, Gaben an das Lager der staatlichen Abnahmestelle freiwilliger Gaben für das III. Armeekorps Potsdam, Königliches Oberpräsidium, Potsdam, bahnlagernd zu senden. Postpakete an dieselbe Adresse, Postamt Potsdam. Für die staatliche Abnahmestelle sind übrigens in der ganzen Provinz gleichmäßig Untermeldestellen eingerichtet. Hierüber gibt der Landrat jedes Kreises, in Stadtkreisen der Oberbürgermeister, bereitwillig Auskunft.

### Geschäftstatistik der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin für die Woche vom 28. Juni bis 4. Juli 1915.

1. Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 247 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 71, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 16, bewilligt 162. Ausgeschlossen aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiedereintritts in Arbeit oder Erwerb) sind 193 Personen. 354 männliche und 3498 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrage von 15 897 M., davon je 4 M. 3363 Personen, je 5 M. 489 Personen.

2. Von der Stadt wurden an 906 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestellten-Organisationen, die selbst sachungsgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrage von 2924,12 M. gezahlt. Hiervon trafen auf die freien Gewerkschaften 863 Mitglieder mit 2761,15 M. (und zwar Metallarbeiter 391,25 M., Holzarbeiter 814,25 M. und 30 weitere).

3. Die Landesversicherungsanstalt Berlin

hat von 21 457 bei ihr überhaupt bis 3. Juli 1915 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungscommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 15 147 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind hinzugekommen 14 Personen. In der Berichtwoche sind 1244 M. an 146 Personen gezahlt worden.

**Unter dem Verdacht des versuchten Mordes an drei Personen** ist das in Steglitz bei der Familie A. in der Bismarckstraße in Stellung befindliche fünfzehnjährige Dienstmädchen Wisniewski verhaftet worden. Das Mädchen wird beschuldigt, den Versuch unternommen zu haben, die Familie mit konzentrierter Salzsäure zu vergiften, weil die Hausfrau der B. vor einiger Zeit unterlag hat. Sonntags nach 10 Uhr vom Ausgang zurückzuführen. Wie eine Korrespondenz berichtet, soll das Mädchen vor der Kriminalpolizei bereits eingestanden haben, daß es die Familie habe vergiften wollen.

**Kleine Nachrichten.** Im Plänterwald buddelten gestern spielende Kinder die Leiche eines neugeborenen Knaben aus dem Sande. Dieselbe war in Zeitungspapier eingewickelt und schon stark verwest. — Beim Festigen eines Eisenbahnzuges vom Tobe überachtet wurde gestern der 60 Jahre alte Händler Abraham Wisch aus der Großen Frankfurter Straße 87. Der Mann wollte vom Zehrer Bahnhof nach Spandau fahren, brach aber, als er gerade einsteigen wollte, vom Herzschlage getroffen zusammen.

## Aus den Gemeinden.

### Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Niederschönhausen.

Zur besseren Förderung der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ist von der Ortsbehörde ein Arbeitsauschuss gebildet worden. Derselbe hat die Aufgabe, die ihm zugewiesenen Kriegsbeschädigten sachgemäß zu beraten, ihnen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, sowie überhaupt in jeder Weise mit Rat und Tat zu unterstützen. Dadurch, daß in dem Ausschuss alle Schichten der Bevölkerung gemeinschaftlich arbeiten, ist die Möglichkeit gegeben, jeden Fürsorgefall besonders zu behandeln. Die Beratungsstelle für die Kriegsbeschädigten befindet sich im Rathaus, Zimmer 25.

## Berichtszeitung.

### Ein Akt der Verzweiflung.

Ein Revolverattentat auf ihren Geliebten und den Vater ihres Kindes, führte gestern die 27jährige Empfangsdame Agnes Lehmann vor die I. Ferienstrassammer des Landgerichts II. Die Anklage, welche erst auf Mord verurteilt wurde, wurde später in Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs umgeändert worden.

Die Angeklagte machte vor 8½ Jahren die Bekanntschaft des Zahnarztes Leo Landau in Reutlingen. Nach längerem rein freundschaftlichen Beziehungen entwickelten sich zwischen beiden ein Liebesverhältnis, welches zur Ehe führen sollte. Die Angeklagte trat dann, nachdem sie sich wegen ihrer Beziehungen zu L. mit ihren Verwandten überworfen hatte, bei dem Zahnarzt als Empfangsdame in Stellung. Aus dem Verhältnis ging ein jetzt sechsjähriger Knabe hervor, für den L. die ganzen Jahre hindurch 106 M. monatliche Alimente zahlte. Wie die Angeklagte behauptet, seien die Gefühle des L. von dem Augenblick an erkalte, als er auf Vorkommen ein sehr vermögendes Fräulein E. kennen gelernt hatte. Hierauf glaubt sie es auch zurückführen zu können, daß L. sich plötzlich weigerte, 106 M. Alimente zu zahlen und nur noch 40 M. für das Kind zahlte, während er die Zahlung einer Unterstützung für sie selbst gütlich ablehnte. — Sie richtete mehrere Briefe an L., der aber die Annahme verweigerte. Als sie Anfangs März d. J. in der Wohnung des L. in der Pulkastraße erschien, kam es zu einem heftigen Streit, bei welchem L., nach ihrer Behauptung, tätlich wurde und sie gewalttätig zur Wohnung hinauswarf. Am 21. März erschien sie wieder in der Wohnung; sie hatte sich, wie sie vor Gericht angab, einen Revolver eingesteckt für den Fall, daß L. wieder gegen sie tätlich werden sollte. Als L. sie zum Verlassen der Wohnung aufforderte, kam es zu einem Streit, der in ein Handgemenge ausartete. Hierbei fiel der Revolver aus der Tasche. Als L. sich bückte, um die Waffe aufzuheben, kam ihm die Angeklagte zuvor, und als er sich schon zur Flucht wenden wollte, gab sie auf ihn einen Schuß ab, der ihn in den Rücken traf. Als L. auf sie los stürzte, um ihr die Waffe zu entreißen, gab sie noch einen zweiten Schuß ab, der ihn in den Unterleib traf. Die Verletzungen waren ziemlich schwerer Art, so daß L. erst nach Wochen das Krankenhaus verlassen konnte.

Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Artur Fehd für die Angeklagte geltend, daß diese durch das Verhalten des Zeugen L. in einem Zustand höchster Verzweiflung geraten sei und die Waffe lediglich deshalb mitgenommen habe, um sich gegen nachmalige Mißhandlungen zu schützen. Es frage sich deshalb, ob hier nicht eventuell der Notwehrparagraf in Anwendung zu bringen sei. Staatsanwalt Assessor Hiltz wies demgegenüber darauf hin, daß der erste Schuß den Zeugen in den Rücken getroffen habe, also von Notwehr keine Rede sein könne. Obwohl die Tat hart an Mord- oder Totschlagsverbrechen grenze, seien der Angeklagten mildernde Umstände anzuhilfen, da ihr zu glauben sei, daß sie sich in höchster Verzweiflung befunden habe. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb nur auf 6 Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Anklagevertreters an und erkannte auf 6 Monate Gefängnis. Von dem Verteidiger wird für die Angeklagte ein Gnadenersuchen eingereicht werden, welches der Zeuge L. mit unterzeichnen will.

Die Annahme eines Notstandes und damit eine Freisprechung wäre u. E. nicht rechtsirrtümlich gewesen.

### Notstand.

Ein Akt der Selbsthilfe hatte für den Privatbeamten Ludwig Rowatny eine Anklage zur Folge. Unter der Anklage des Diebstahls hatte sich R. vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten.

Der Angeklagte ist seit vielen Jahren bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik angeheilt und benutzt zu dem Wege von seiner Wohnung in Wilmersdorf nach seiner Arbeitsstelle häufig sein Fahrrad. Trotz scharfer Kontrolle sind ihm kurz nacheinander drei Fahrräder aus der Aufbewahrungsstelle gestohlen worden. Als er Ende August d. J. nach Geschäftsschluss sein erst wenige Tage vorher gelauertes Fahrrad in Empfang nehmen wollte, mußte er zu seinem Schrecken die Entdeckung machen, daß auch dieses wieder gestohlen war. Abgesehen von dem Verlust des Rades war ihm die Situation deshalb besonders unangenehm, weil er an jenem Tage eine Verabredung hatte, die er unbedingt einhalten mußte. Da die Straßenbahn bekanntlich zu Anfang des Krieges sehr unregelmäßig fuhr und R. fürchten mußte, zu spät zu kommen, schwang er sich kurz entschlossen auf ein anderes fremdes Rad und fuhr damit davon. Als der rechtmäßige Besitzer dieses Rades das Fehlen bemerkte, erstattete er sofort bei der Polizei Anzeige. Als sich herausstellte, daß der Angeklagte der „Täter“ war, wurde gegen ihn Anklage wegen Diebstahls erhoben. — Zu der Verhandlung war die Pförtnerin geladen. Diese bekundete, daß der Angeklagte, ehe er mit dem Rade davon fuhr, ihr zugerufen habe, er müsse unbedingt ein Rad haben. Es liege, wie der Verteidiger ausführte, im gewissen Sinne ein Akt der Selbsthilfe vor, jedenfalls handele es sich hier um furtum usus (unberechtigter Gebrauchsannahme), aber nicht um einen Diebstahl. Das Gericht folgte auch diesen Ausführungen und erkannte auf Freisprechung.

### Verträgliches Verlangen der Meldung zur Rekrutierungsstammrolle.

Der Polizeipräsident von Neuföhl als Zivilvorsitzender der Erfahrungscommission hatte durch eine Bekanntmachung in den Zeitungen der Stadt Neuföhl angeordnet, daß alle im Jahre 1895 geborenen Militärpflichtigen sich in der Zeit vom 2. bis 14. Dezember 1914 beim zuständigen Polizeibureau zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle zu melden hätten.

Der am 28. April 1895 geborene Schuch meldete sich nicht. Er hielt sich nicht dazu verpflichtet, da er davon ausging, daß er im Jahre 1914 noch nicht militärpflichtig sei.

Er wurde angeklagt und vom Landgericht II wegen Uebertretung der Wehrordnung in Verbindung mit dem Reichsmilitär-gesetz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht nahm an, daß Angeklagter gemäß der Anordnung des Polizeipräsidenten sich zwischen dem 2. und 14. Dezember 1914 zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle hätte melden müssen.

Das Kammergericht hob auf die Revision des Angeklagten das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei:

Das Reichsmilitärgesetz begründe die Militärpflicht (die mit der Wehrpflicht nicht identisch ist) am 1. Januar des Jahres, wo der Betreffende sein 20. Lebensjahr vollende. Beim Angeklagten, der im April 1895 geboren sei, der also im April 1915 erst 20 Jahre alt wurde, sei somit die Militärpflicht erst mit dem 1. Januar 1915 begründet worden. Er und die anderen im Jahre 1895 geborenen Militärpflichtigen seien aber durch die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten aufgefordert worden, sich bereits im Dezember 1914, zu einer Zeit, wo sie noch nicht militärpflichtig waren, zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle zu melden. Strafbar sei nun nach der hier maßgebenden Bestimmung derjenige, der als Militärpflichtiger der ihm aufgegebenen Meldepflicht nicht genüge. Es sei darum freizusprechen, da er im Dezember 1914 noch nicht militärpflichtig gewesen sei.

### Die „Proben“ des Kommissionärs der Kriegsgetreidegesellschaft.

Für seine Vertrauensseligkeit gegenüber einem beauftragten Einkäufer der Kriegsgetreidegesellschaft, der die Landleute anheimend systematisch um Getreidemengen „erleichterte“, mußte vor der Potsdamer Strafkammer der Hüfner Gottlieb Korn aus Belgis büßen, der wegen Beiseite-schaffung von beschlagnahmten Vorräten angeklagt war.

Die Kriegsgetreidegesellschaft hatte den Kaufmann Rahlow in Belgis zum Einkäufer bestellt, aber dabei wohl den Kopf als Gärtner erwählt. R. beschäftigte den Angeklagten beim Verladen der von den Landwirten auf dem Güterbahnhof in Bornim zum Versand aufbereiteten Getreidesäcke. Es war ihm 5 Pf. pro Sack Lade-lohn zugesichert. R. hat nun unter dem Vorwande, Proben aus den Säcken entnehmen zu müssen, um sich von der Beschaffenheit des Roggens zu überzeugen, einer Reihe von Säcken geringe Mengen entnommen, sie in zwei Säcke gefüllt und den R. beauftragt, diese „Probefäde“ mit seinem Hundegespann nach Belgis zu fahren und sie dort zuerst in der Wohnung aufzubewahren. Ein dritter Sack mit Proben wurde mit der Bahn verschickt. Beim erstmalig gelang diese „Probefahrung“, die sich nach Auffassung des Gerichtes R. widerrechtlich zugeeignet. Beim zweitenmal wurde Korn von einem Bornimer Landwirt beim Abfahren der Proben ertappt. Der Bauer holte seinen Schwager als Zeugen, und beide verfolgten Korn und Rahlow auf dem Wege nach Belgis. R. geriet bei dieser Uebertretung in Bedrängnis und hat die Bornimer Landwirte, die Sache nicht anzugehen. Die gefüllten Säcke mußten wider den Willen des Kommissionärs wieder auf die Bahn, um nach ihrem rechtmäßigen Bestimmungsort zu gelangen. Bei dieser Gelegenheit fand man auch die bei R. für Rahlow aufgespeicherten 170 Pfund, an denen dem Korn ein Anrecht für 30 Pfund zugesichert war, da die Wablkarte nicht stimmte. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte die Freisprechung, da sich R. als Beauftragter des R. im Glauben befunden habe, er handle rechtmäßig, und er eine Beiseiteschaffung nicht beabsichtigt hätte. Die Strafkammer verurteilte Korn zu 20 M. wegen Beiseiteschaffung. Das Gericht nahm an, R. habe aus dem ganzen Verhalten des R. den Eindruck gewinnen müssen, daß sich R. in unethischer Weise das Getreide aneignen wolle in Gestalt der Proben. Hierbei habe aber R. Wittäterschaft geleistet.

### Parteiveranstaltungen.

**Dritter Kreis.** Am Sonntag, den 18. Juli, findet ein Ausflug mit Familien statt. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Lokal Vierdehnt bei Köpenick. Regere Beteiligung ermahnet.  
Der Vorstand.

### Jugendveranstaltungen.

**Reini Lendorff-Werk.** Am Sonntag, den 18. Juli: Tagespartie nach Bernau (Blödensee). Treffpunkt früh 1/2 9 Uhr Eichborn und Waldstraße-Ost. Wiederholter nicht versellen.  
**Pantow-Niederschönhausen.** Umstände halber findet die für Sonntag, den 18. Juli, angelegte Partie nicht statt.  
Das Heim ist am Sonntag von 4—10 Uhr geöffnet.

### Serienveranstaltungen.

Die Kinderferienausflüge in Schöneberg beginnen am Montag, den 19. Juli. Anmeldungen der Kinder werden an den bekannten Stellen entgegengenommen.  
**Oberschönweide.** Zur Beteiligung an den Ferienpielen auf dem Turnplatz in Ostend treffen sich die Kinder Sonntag nachmittags 2 Uhr auf dem Marktplatz und an der Evangelischen Kirche. Von dort erfolgt der gemeinsame Abmarsch. Essen und Trinken ist den Kindern mitzubringen.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (B. a. G.) Hamburg.** Filiale Berlin 3. Heute Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Kaiser, Reichenderger Straße 154: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 4. Morgen Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Schell, Reichenderger Straße 14: Versammlung.  
**Arbeiter-Samariterbund.** Lehrstunden haben nächste Woche:  
Kolonie Groß-Berlin, 2. Abteilung: Montag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Schweinländer Straße 42: Vortrag von D. Stein. — 3. und 6. Abteilung: Freitag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Schöneberg, Vorbergstr. 11: Vortrag des Herrn Dr. Vopp.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 3, IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Quittungs- und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anträgen, denen keine Abonnementszahlung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**G. B. 54.** Sie müssen folgende Adresse schreiben: Comité international de la Croix-Rouge, agence des prisonniers de guerre oder Agence de renseignements pour prisonniers de guerre, Genf, Rue de l'Alphonsine 3. Briefsendungen müssen offen sein, und wenn sie portofrei befördert werden sollen, den Vermerk: „Kriegsgefangenenhilfe“ tragen. — **Vuther 206.** 1. Die Bestimmungen über die Wädmerinnenhilfe gelten für alle Kassen, also auch für diese. Die Wochenhilfe beträgt so viel, wie Sie angegeben haben. Können Sie event. eine Beigewerde an das Verschickungsamt. 2. Im mobilen Zustand 63 M. monatlich. 3. Das ist und nicht bekannt. 4. Meldung ist zulässig. — **G. B. 500.** Sie gelten als ausgebildet und brauchen sich nicht zu melden. — **G. B. 100.** Wenn der Unfall kein Verschulden nachzuweisen ist, so ist eine Rüge auf Schadenersatz ausfallslos. — **M. B. 7.** Landsturm ohne Waffe; Armierungssoldat. Die Zahlen haben keine Bedeutung. — **Wuhrmann.** Dergleichen, landsturmpflichtig; arbeitsverweigerungspflichtig. — **G. B. 88.** Ja.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Sonntagmorgen.** Ostwärts fortwährende Erwärmung; zunächst vielwolkig, später im Westen beginnende Zunahme der Bewölkung und streifweise Gewitter.



Der kommende Weltwirtschaftskrieg.

Die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen der deutschen Industrie auch nach dem Krieg wirksam entgegenzutreten, wird von Edmond Tchern im „Matin“ vom 17. 7. dargelegt. Seine Vorschläge gehen von den folgenden Erwägungen aus:

1. Der wirtschaftliche Kriegsplan Deutschlands läßt sich aus den Ansichten seiner Nationalökonomien dahin zusammenfassen: Da der Weltkrieg in allen großen Industrieländern die Produktion der für die Zivilbevölkerung notwendigen Bedarfsartikel lahmgelegt hat, so wird nach Friedensschluß auf allen Verbrauchsmärkten eine dringende Nachfrage nach diesen Artikeln entstehen. Nur Deutschland mit seiner intakt gebliebenen Industrie wird dann imstande sein, diese Bedürfnisse unmittelbar zu befriedigen.

Um sich die endgültige Eroberung der neutralen Märkte Europas zu sichern, genügt es für Deutschland, ein einseitiges Handelsgebiet, das Hamburg und Triest umschließt, zu schaffen. Die wirtschaftliche Macht dieses neuen Zollvereins wird dann die skandinavischen und Balkanländer, Holland, Schwiz und Spanien in ihren Bann ziehen.

2. Der Fehler in dieser Rechnung liegt jedoch darin, daß die verbündeten Länder völlig in der Lage sind, durch Vereinbarungen ihr Gebiet den deutschen Waren zu verschließen. Die amtliche deutsche Statistik von 1913 zeigt, daß von der Gesamtausfuhr im Wert von 12 623 Millionen Frank Waren im Wert von 1504 Millionen nach Oesterreich und der Türkei, für 3881 Millionen nach den neutralen Staaten Europas, für 1058 Millionen nach Amerika, für 891 Millionen nach China und anderen Ländern gingen, während die Ausfuhr nach den jetzt feindlichen Staaten allein 4741 Millionen Frank betrug. Die ungeheuren Bedürfnisse die der Expansionsdrang der Industrie und die Zunahme der Bevölkerung für Deutschland hervorrief, werden ausgeglichen durch die Summen, welche die im Ausland verkauften Waren ins Land brachten. Deutschlands beste Käufer aber waren gerade die jetzt feindlichen Staaten. Hier liegt der schwache Punkt der wirtschaftlichen Ausrüstung Deutschlands, und es genügt, diese Länder mit einer mächtigen Zollschranke zu umschließen, um der Industrie, dem Handel und Kredit Deutschlands einen tödlichen Streich zu versetzen.

3. Die wirtschaftliche Stärke der Verbündeten liegt darin begründet, daß sie nicht nur ihren eigenen Markt dem deutschen Import verschließen können, sondern ihm auch den neutralen Markt verwehren können. Die wirtschaftlichen Stärkeverhältnisse der Mächtegruppen lassen sich auf folgender Basis berechnen:

Table with 4 columns: Verbündete Länder u. Kolonien, Deutschland, Oesterreich Türkei, Hebrige Länder. Rows include Bevölkerung (1000 E.), Eisenbahnen (1000 Kilometer), Handelsmarine (1000 Tonnen), Einfuhr (Mill. Frank), Ausfuhr (Mill. Frank), Gesamtandel.

Ein Vergleich dieser Zahlen zeigt, daß die Handelsbeziehungen der Neutralen mit den Verbündeten notwendigerweise sehr viel beträchtlicher sein müssen als mit den Ländern des zukünftigen „Zollvereins“. Wenn demnach die Neutralen zwischen beiden Gruppen zu wählen hätten, so werden sie keine Minute zögern, sich auf die Seite der Verbündeten zu stellen, auf die ihre eigenen Interessen sie treiben.

4. Das dreifache Ziel der Handelsvereinbarungen der Verbündeten muß demnach sein:

- 1. den inneren Markt gegen die beabsichtigte Invasion deutscher Waren zu sichern;
2. bei den Neutralen für eigene Waren eine günstigere Behandlung durchzusetzen;
3. die Handelsbeziehungen der Verbündeten so untereinander zu entwickeln, daß der einzelne, bei völliger Herrschaft auf dem eigenen Markt, in der Lage ist, bei den übrigen einen Ausgleich für das zu finden, was er vorher bei den Zentralmächten kaufte oder absetzte.

Dies kann mit einem dreifachen Zolltarif erreicht werden und zwar durch einen

- 1. Schutztarif mit hohen, fast prohibitorischen Sätzen gegenüber der feindlichen Gruppe und allen Neutralen, die mit ihnen gemeinsame Sache machen würden;
2. Freundschaftstarif mit sehr viel gemäßigteren Sätzen, der unter Gegenseitigkeit denjenigen Neutralen zu gewähren wäre, die ihrerseits den deutschen Produkten gegenüber den Schutztarif zur Anwendung brächten;
3. Bündnistarif auf noch gemäßigterer Grundlage, wie der vorige, der ausschließlich den verbündeten Nationen zu gewähren wäre, die mit den Waffen zum Endsiege beigetragen haben.

Diese Neuordnung würde den Vorzug haben, jeder verbündeten Nation den Nutzen ihres eigenen inneren Marktes zu lassen. Der Bündnistarif müßte so festgelegt werden, daß er die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der einzelnen Nationen einander gegenüber nicht.

Es darf übrigens nicht vergessen werden, daß, wie auch der Ausgang des Krieges sein mag, nach Friedensschluß neue Budgetmittel auch für den Sieger nötig sein werden, und daß die Zollerträge zugleich dazu dienen müssen, die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen und die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen unserer nationalen Produktion in geeigneter Weise zu verteidigen.

Durch sofortige Inangriffnahme der Vorarbeiten für eine wirtschaftliche Verständigung würden die Regierungen der verbündeten Nationen der Welt beweisen, daß sie auf wirtschaftlichem Gebiete den Krieg energisch fortzusetzen gedenken, den Deutschland in wahrlichiger Unflughet auf dem militärischen entfesselt hat.

Dies wäre eine Ermütigung für alle Produzenten und Handels-treibenden der verbündeten Länder, zugleich eine Mahnung an die Neutralen und der Ruin des deutschen Kredits. Aber Eile ist nötig, das Ende des Krieges darf nicht erst abgewartet werden.

Soweit die Wünsche und Pläne des „Matin“. Am gefährlichsten für Deutschland wäre die Aufrichtung einer gemeinsamen Zollmauer um den Dreiverband. In England hat die Agitation der Schutzollanhänger während des Krieges neue Fortschritte gemacht, und es ist daher nicht ausgeschlossen, daß das Freihandelsland sich für den Schutzoll entscheidet. Diese Agitation wird verstärkt durch die wirtschaftlichen Kriegspläne, wie sie vielfach in Deutschland entworfen worden sind. Mehrere Wirtschaftsverbände in Oesterreich und Deutschland haben sich z. B. für eine gemeinsame, möglichst hohe Zollmauer gegenüber dem Ausland ausgesprochen, und die Pläne des „Matin“ lesen sich wie eine direkte Antwort darauf. Die Agitation für einen Zollkrieg mit den Zentralmächten wird in den Ländern des Dreiverbandes um so weniger Anhang finden, je mehr Deutschland und Oesterreich auf eigene Zollkriegspläne verzichten und den ernsthaften Willen zur Ermäßigung und Aufhebung der bestehenden Zölle zeigen. Dieser Weg zur Vermeidung eines über diesen Krieg hinausreichenden Wirtschaftskampfes ist um so mehr geboten, als auch die Kon-

jumenten- und Arbeiterinteressen dringend eine Zollabrüstung erforderlich machen.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Einem glänzenden Abschluß gibt die Zuckerrabrik Glauzig Akt.-Ges. bekannt. Der Ueberschuß beträgt 1 527 873 M. gegen 453 486 M. im Vorjahre. Der Gewinn hat sich mehr als verdreifacht. Die Dividende erfährt demnach eine gewaltige Erhöhung. Sie steigt von 8 auf 20 Prozent. Die ordentlichen Abschreibungen 46 765 M. gegen 39 094 M. im Vorjahre. 135 000 M. werden einer Extra-Spezialreserve überwiesen. 100 000 M. werden für Sonderabschreibungen auf Bauten verwandt, 25 000 M. dem Dispositionsfonds und 30 000 M. dem Unterstützungsfonds überwiesen. Dieses glänzende Ergebnis für die Aktionäre wurde erzielt, trotzdem das Hauptabsatzgebiet für den deutschen Zucker, England, verfallen war. Die Maßnahmen der Regierung, die einerseits ein Sinken der Preise verhinderten, ja sogar eine Heraushebung der Preise im Gefolge hatten, trugen zu diesem Ergebnis bei.

Die Waggonfabrik Rathgeber Akt.-Ges. verteilt bei einem Reingewinn von 549 089 M., im Vorjahre 344 651 M., wieder 9 Proz. Dividende. Im Geschäftsbericht wird u. a. gesagt: Die zufriedenstellende Beschäftigung während der ersten drei Monate des Geschäftsjahres erfuhr durch Ausbruch des Krieges eine bedeutende Einschränkung. Es gelang aber bald, Aufträge für Heeresbedarf zu erhalten, wodurch der Ausfall im Waggonbau bald ersetzt wurde. Die Aussichten für das neue Jahr sind infolgedessen günstig.

Die Schlesienschen Mühlenwerke Akt.-Ges. teilen mit, daß für das Jahr 1915 mit einer höheren Dividende zu rechnen sei. Im Vorjahre betrug die Dividende 12 Proz.

Die Leipziger Trikotagenfabrik Akt.-Ges. in Leipzig-Lindenau erhöhte ihre Dividende von 7 auf 10 Proz. Zu dem Abschluß wird bemerkt, daß es der Direktion gelungen sei, das zu Beginn des Krieges daniederliegende Unternehmen durch Beschaffung von Aufträgen für Heereslieferung zu beleben.

Der Versand des Stahlwerkverbandes betrug im Monat Juni 1915 insgesamt 318 952 Tonnen (Rohstahlgewicht) gegen 288 566 Tonnen im Mai 1915 und 565 153 Tonnen im Juni 1914. Hieron entfielen auf Halbzeug 77 804 Tonnen gegen 62 002 Tonnen bzw. 130 098 Tonnen; Eisenbahn-Oberbaumaterial 154 738 Tonnen gegen 142 207 Tonnen bzw. 252 056 Tonnen; Formeisen 86 412 Tonnen gegen 84 357 Tonnen bzw. 182 090 Tonnen.

Ausnahmen zum Herstellungsverbot für Baumwollstoffe.

Die Kriegsgroßstoff-Abteilung des Kriegsministeriums macht im „Reichsanzeiger“ bekannt, daß das Herstellungsverbot für Baumwollstoffe sich nicht auf die Aufarbeitung der Garne bezieht, die bereits bei Erlaß des Verbotes im eigenen Betriebe vorhanden waren oder auf Grund von Kauf- und Lieferungsverträgen vor dem 12. Juli 1915 zum Versand gebracht oder zur Ablieferung an die eigene Weberei fertiggestellt worden sind.

Aus aller Welt.

Die Anklage gegen Ghenadiew.

Der Bukarester „Seara“ wird aus Sofia gemeldet, daß die Verhaftung Ghenadiews auf Anordnung des Kriegsministers erfolgte, infolge der sicheren Kenntnis davon, daß Ghenadiew Mitwisser an dem Attentat im Kasino gewesen war. Ministerpräsident Radoslawow zögerte vorerst, die Einwilligung zur Verhaftung zu geben. Der Führer der Demokraten Oralinow sowie der Abgeordnete Gataw erhoben die öffentliche Beschuldigung, worauf in einem Ministerrat die Verhaftung, die Generalstaatsanwalt Bojadiew forderte, beschlossen wurde. Nach einer anderen Meldung aus Sofia wurden gegen Ghenadiew drei Anklagen erhoben. Er wird der intellektuellen Urheber der Ermordung des Führers der Stambulowpartei beschuldigt. Ghenadiew wird ferner als intellektueller Urheber des Kasinootentats bezeichnet. Wie die Frau des Angeklagten Anasstasow im Prozeß eidlich bezeugte, erhob Anasstasow 10 000 Frank von Ghenadiew, um das Attentat auszuführen und nicht zur Organisation von Vandalen. Gleichzeitig wird Ghenadiew beschuldigt, das Attentat gegen den König organisiert, oder wenigstens davon gewußt zu haben, welcher letzteren Zustand er selbst zugibt. Ghenadiew dürfte vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Seiner wartet, falls sich die Anschuldigungen als richtig erweisen, die Todesstrafe.

Wie „Petit Parisien“ meldet, hat Ghenadiew seinen Freunden folgendes Telegramm gesandt: Deutschlands Agenten haben mit viel Geld eine brutale Seke gegen mich ins Werk gesetzt. Man will mich unmöglich machen, weil ohne die Unterstützung unserer Gruppe das Parlament sich in der Minderheit befindet und man den Triumph meiner Partei fürchtet. Diesem Treiben ist es gelungen, beim Kriegsgericht, das über den Attentatsprozeß vom Kasino in Sofia zu befinden hatte, ungeschicklich eine Unterjudung gegen mich durchzusetzen. Diese lächerliche und gehässige Anklage wird in sich selbst zusammenfallen. Wir befinden uns jedoch unter dem Regime des Belagerungszustandes. Meine Politik wird indessen den Sieg davontragen.

Raubmord bei Hamburg.

Eine furchtbare Mordtat ist am Mittwoch in Warmbed, einem Vorort von Hamburg, verübt worden. Dort wurde die 19 Jahre alte Ehefrau des Malergesellen Böthling erwürgt in ihrer Wohnung aufgefunden. Bei der weiteren Durchsuhung der Wohnung wurde festgestellt, daß eine Damenuhr sowie mehrere Kleidungsstücke und ein Regenstirn der Ermordeten geraubt waren. Als Täter kamen zwei junge Mädchen in Verdacht, die am selben Tage Frau B. besticht hatten. Die beiden Mädchen sind zwei Waisenhauszöglinge, die am 25. Juli 1898 zu Hamburg geborene Martha Rood und die am 4. März 1900 in Warmbed geborene Jenny Biechmann, die das Waisenhaus am 10. Juli unbefugt verlassen haben, nachdem sie schon am 30. Juni aus der Anstalt entwichen, wieder ergriffen und in die Anstalt zurückgebracht worden waren. Daß dieser Verdacht richtig war, ergab sich bereits am Donnerstag abend. 24 Stunden nach der Entdeckung der Mordtat gelang es zwei Beamten der Kriminalpolizei, die entsprungenen Waisenhausmädchen in Warmbed, nahe dem Tatorie zu ergreifen.

Die beiden Mädchen trugen einige der geraubten Sachen, durch die sie als Täterinnen stark belastet waren. Im Bureau des Kriminalrebers 10 legten beide ein Geständnis ab. Später wurden die jugendlichen Mörderinnen dem Gefängnis zugeführt.

Aus großer Zeit.

In der Erfurter „Tribüne“ lesen wir: In Elleben bei Elleben über dem Steiger, einem kleinen unterhalb dem Riedheimer Berg in der Nähe von Dittausen gelegenen Dorfe, das auf dem am weitesten zwischen Rudolstädter und Meiningener Gebiet sich erstreckenden Gipfel Sondershäuser Gebiets der Oberherrschaft liegt, scheint nicht einmal die Frau Pfarrerin etwas von der großen Zeit zu wissen, in der wir leben. Die Anstifter Zeitungen, die nicht genug von der erhebenden Zeit schreiben können, die das ganze deutsche Volk erfasst habe, scheinen in die allerdings etwas fernab vom Verkehr, aber doch verhältnismäßig nahe gelegene kleine Gemeinde noch nicht eingedrungen zu sein, sonst könnte doch die Frau Pfarrerin „sicher und gewiß“ nicht so schreiben, wie sie einer Frau eines von Anfang an im Felde stehenden Kriegers geschrieben hat. Doch wir wollen die Frau Pfarrerin nicht um die Wirkung ihres Briefes auf unsere Leser bringen, darum bruden wir ihn hier ohne jede Anmerkung ab. Die Frau Pfarrerin schreibt also an die Kriegerfrau:

Elleben, den 9. 7. 1915. H. Elleben (Schw.-Aub.)

Geehrte Frau Str.!

Ihr Mann schuldet mir für das Jahr Michaeli 1913/14 65 M. und muß für dieses Jahr 75 Mark bezahlen. Ich brauche unbedingt mein Geld. Auf Grund des von Ihrem Mann unterschriebenen Pachtvertrages bin ich berechtigt, den Acker mit der Ernte sofort zurückzunehmen und darüber anderweitig zu verfügen. Ich würde dies sicher und gewiß tun, wenn ich mein Geld nicht sofort erhalte. — Wenn Ihr Mann schreibt, daß Sie jetzt nichts bezahlen könnten, weil Sie Hunger und Kummer leiden müßten, so ist das unglaublich, denn Sie bekommen Kriegsunterstützung. Und Sie haben doch Heu und Frucht, sowie Kartoffeln von meinem Lande, das alles ist doch jetzt sehr teuer. Wenn ich binnen drei Tagen keine Nachricht von Ihnen habe, so lasse ich pfländen.

Hochachtung!

Frau Pfarrer Köhler.

Von einer Pfarrersfrau könnte man wohl verlangen, daß sie Verständnis hat für die Sorgen einer Frau aus den unteren Ständen. Ihre Anspielung auf die toten Agrarprodukte trifft in diesem Falle daneben, denn die kleinen Pächter — um einen solchen handelt es sich hier offenbar — haben davon keinen Vorteil, denn sie verbrauchen das, was sie ernten, für sich selbst.

Die Granaten des Schicksals.

Ein Mitarbeiter der „Daily Mail“ erzählt folgende wahre Geschichte aus dem Felde, die deutlich zeigen, wie langsam auch im Kriege das Spiel des Zufalls ist. Im Verlaufe der ersten Schlacht bei Ypern fiel eine schwere deutsche Granate auf das Schloß von Hooge, in dem sich der Stab der ersten Division befand. Das Frühstück war soeben in der Messe beendet worden und die Offiziere des Generalstabs begaben sich in den Hof. Zwei Offiziere stiegen an der Tür zusammen. „Nach Ihnen“, sagte der eine, indem er zurücktreten wollte. „Nein, nein, bitte gehen Sie nur voran“, sagte der andere. Der erste Offizier trat durch die Tür; aber in dem Augenblick, da er die Schwelle überschritten hatte, fiel die deutsche Granate herab und tötete ihn auf der Stelle. Sein Kamerad kam ohne die kleinste Schramme davon. In einem Bauernhof in derselben Gegend schliefen drei Soldaten nebeneinander auf dem Stroß. Eine Granate fuhr durch das Dach und platzte in der Mitte des Raumes. Die beiden Soldaten, die rechts und links lagen, wurden getötet. Der dritte, der zwischen ihnen lag, erlitt keinerlei Verletzung.

Tödlich verunglückt ist der Industrielle Joseph Thiffen, der Bruder des bekannten Großindustriellen August Thiffen. Er geriet in den Thiffenschen Fabrikanlagen zwischen zwei Eisenbahnwagen. Die Puffer der Wagen drückten ihm den Brustkorb ein. Er war sofort tot. Joseph Thiffen ist viel weniger als sein Bruder bei großen industriellen Unternehmungen hervorgetreten.

Ein falscher französischer Flieger wegen Hochstaperei verurteilt. Wie aus Rom gemeldet wird, ist ein Betrüger, der sich in Rom für den französischen Flieger André ausgegeben hatte, am Donnerstag wegen Betruges und Führung eines falschen Titels zu 17 Monaten und fünf Tagen Gefängnis, 700 Lire Geldstrafe und 200 Lire Kosten verurteilt. Der Verurteilte war in voriger Woche in der Uniform eines hohen französischen Fliegeroffiziers nach Rom gekommen und hatte dort erklärt, von Joffre entandt zu sein, um das italienische Flugwetter zu reorganisieren. Der Angekommene fand auch in den ersten Kreisen überall Eingang und wurde auf alle Art und Weise gefeiert. Zur großen Enttäuschung seiner Bewunderer wurde der falsche „André“ aber bald als Hochstapler entlarvt und verhaftet.

Großer Brand in Kopenhagen. Donnerstag abend entstand auf dem Gelände des alten Bahnhofs in Kopenhagen, wo in früheren Pachtjahren eine Anzahl industrieller Betriebe eingerichtet sind, ein großer Brand, der mehrere Betriebe zerstörte. Die gesamte Kopenhagener Feuerwehr rückte aus, und es gelang ihr, ein weiteres Umschlagreifen des Feuers zu verhindern. Der Schaden wird auf annähernd eine Million Kronen geschätzt.

Amthlicher Marktbericht der südlichen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Freitag, den 16. Juli 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. Ochsenfleisch Ia 110—122, do. IIa 95—110, do. IIIa 85—95; Bullenfleisch Ia 100—110, do. IIa 85—100; Kühe, fett 85—100, do. mager 78—85, do. hässliche 00—00, Preiser 85—90, Preiser, hässliche, 00—00; Bullen, hässliche, 00—00. Kalbfleisch, Doppelfleischer 135—155; Rindfleisch Ia 110—115, do. IIa 95—105; Kalber, get. gem. 70—90, do. dünn, 00—00, do. hoch, 00—00. Hammelfleisch: Rindfleisch 125—138; Hammel Ia 115—124, do. IIa 110—114; Schaf 110—120; holl. 95—100; Schweinefleisch, Schweine, fett 00—00, lenthige 130—155, dünn, Sauen 00—00, dünn, Schweine 00—00, do. schwedische 00—00, do. holländische 00—00. Gemälte, inländisches: Kartoffeln, Nieren, 50 kg 9—12, weiße Kastorkernen 11—12, Ragnburger, Blau 11—12,50. Sellerie Schod 2,40—3,50. Porree, Schod 0,70—1,50; Spinat 50 kg 15,00—20,00; Meerrettich, Schod 6,00—14,00; Petersillenturzel, Schodbund 4,00—6,00; Radieschen, Schodbund 1,25—1,50; Gurken, Gorgonger, 100 Stück 0,00; Knapbarber, Gams, 100 Bund 0,00—0,00, dito hiesiger 100 Bund 4,50. Tomaten, Gorgonger, 50 kg 45,00 bis 60,00. Zwiebeln, neue 50 kg 20—25. Salat, Schod 1,50—4,50. Rettiche, böhmerische, 100 Stück 10—15. Kohlrabi, Schod 1,75—2,50, Schoten, hiesige, 50 kg 25,00—30,00. Kohlrüben, Schodbund 3,00—4,50, do. 50 kg 15—17. Weißkohl, Schod 15—18. Kartoffel, Schod 15—18. Birtingkohl, Schod 7,00—12,00. Grüne Bohnen, 50 kg 21,00 bis 30,00; Bohnen 50 kg 7,00—10,00; Bohnen 50 kg 35—40. Doh und Süßfrüchte: Äpfeln, Werberse 50 kg 10,00—20,00, do. schlesische 50 kg 8,00—14,00, do. Werberse Knupper, 50 kg 25,00—35,00, do. saure 50 kg 20,00—22,00, do. Thüringer 50 kg 12—17, do. Ratten 50 kg 35—40. Kirschen, Amerikaner, Riste 25—30, Äpfel 50 kg 32—38, Birnen, Äpfel 50 kg 30—33, Stachelbeeren, reife 50 kg 15—20, Johannisbeeren 50 kg 15—20, Blaubeeren 50 kg 25,00—30,00, Erdbeeren 50 kg 25—50, do. Weißer 00—00, do. hoch, 50 kg 36—43, Himbeeren 50 kg 40—65, Zitronen: Messina 300 Stück 26—32, da. 390 Stück 23—29, do. 190 Stück 12—14, do. 50 kg 12—15, do. 190—200 Riste 12—14.



